Wiesbadener Geschäfts- und Eingliederungsbericht SGB II

Jahresbericht 2013

WIESBADEN

Amt für Soziale Arbeit

Autorenschaft:
Dr. Rabea Krätschmer-Hahn
Heiner Brülle
Sascha Glimmann

Impressum:
Herausgeber:
Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden

Amt für Soziale Arbeit
Abteilung Grundsatz und Planung
Konradinerallee 11 | 65189 Wiesbaden

Tel.: +49 (0) 611 - 31 54 49 | Fax.: +49 (0) 611 - 31 39 51

E-Mail: sozialplanung@wiesbaden.de

Druck: Druck-Center der Landeshauptstadt Wiesbaden
Auflage: 40 Stück
Download: http://www.wiesbaden.de/leben-in-wiesbaden/gesellschaft/sozialplanung/content/beschaeftigungsfoerderung.php
Mai 2014

WIESBADEN

Amt für Soziale Arbeit

Inhaltsverzeichnis

I. DAS JAHR 2013 IM ÜBERBLICK 8

II. VORBEMERKUNGEN 9

III. ENTWICKLUNGEN DER FALLZAHLEN IM SGB II 11

1. PERSONEN UND BEDARFSGEMEINSCHAFTEN 11
2. QUALIFIKATION UND ERWERBSTÄTIGKEIT 13
3. KINDER IM SGB II 22
4. GELDLEISTUNGEN 23
5. ARMUTSRISIKEN 26

IV. „LANGZEITBEZUG“ VON SGB II IN WIESBADEN 30

1. WAS BEDEUTET „LANGZEITBEZUG“? 30
2. BEDÜRFTIGKEITSRISIKO UND AUSSTIEGSLÖHNE 31
3. SGB II-BEZUGSDAUERN IN WIESBADEN 37

V. EINGLIEDERUNGSMAßNAHMEN FÜR ARBEITSUCHENDE 45

1. EINGLIEDERUNGSLEISTUNGEN FÜR UNTER 25-JÄHRIGE OHNE BERUFSAUS-BILDUNG 45
2. EINGLIEDERUNGSLEISTUNGEN FÜR 25-JÄHRIGE UND ÄLTERE 48
3. KOMMUNALE SOZIALE EINGLIEDERUNGSLEISTUNGEN 56

VI. BILDUNG UND TEILHABE 60

VII. INTEGRATIONEN 62

VIII. ORGANISATION UND LEISTUNGSPROZESSGESTALTUNG DES SGB II IM KOMMUNALEN JOBCENTER . 70

IX. AUSGABEN DER GRUNDSICHERUNG FÜR ARBEITSUCHENDE 75

X. GESCHÄFTSSTATISTIK: GRUNDSICHERUNG FÜR ARBEITSUCHENDE WIESBADEN IN ZAHLEN 2013 78

BERATUNG UND KENNTNISVERMITTLUNG FÜR BEREITS SELBSTÄNDIGE 85

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Prozentuale Verteilung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im November 2013 in Wiesbaden . 12
Abbildung 2: Personen im SGB II im November 2013 in Wiesbaden 13
Abbildung 3: Schulische Qualifikation der unter 25-Jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II in Wiesbaden, November 2013 (ohne Schülerinnen und Schüler) 14
Abbildung 4: Schulische Qualifikation der über 25-Jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II in Wiesbaden, November 2013 (ohne Schülerinnen und Schüler) 15
Abbildung 5: Berufsabschluss der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II in Wiesbaden, November 2013 (ohne Schülerinnen und Schüler) 15
Abbildung 6: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten in Westdeutschland (bis 2004 einschließlich Berlin-West, ab 2005 ohne Berlin) 1975-2011, in % 16
Abbildung 7: Art der Erwerbstätigkeit der erwerbstätigen Leistungsberechtigten im SGB II im Vergleich 2011, 2012 und 2013 in Wiesbaden (in %) 17
Abbildung 8: Prozentuale Verteilung der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im November 2013 in Wiesbaden 22
Abbildung 9: Kinder und Jugendliche mit SGB II-Bezug im November 2013 in Wiesbaden 23
Abbildung 10: Bundesmittel für Eingliederungsleistungen und Verwaltung des KJC Wiesbaden im Zeitverlauf 2011 bis 2014 26
Abbildung 11: Anteil der Haushalte mit SGB II-Bezug im November 2013 und Dezember 2012, 2011 27
Abbildung 12: SGB II-Dichte nach Altersgruppen in der Wiesbadener Bevölkerung im November 2013 und Dezember 2012, 2011 29
Abbildung 13: Anteil der Langzeitleistungsbeziehern unter den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach Altersklassen im Dezember 2013 in Wiesbaden 38
Abbildung 14: Bisherige Bezugsdauern (mit Unterbrechungen von bis zu 31 Tagen) von SGB II der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Juni 2013 in Wiesbaden 38
Abbildung 15: Erwerbsfähige Langzeitleistungsbeziehende nach Dauer des Bezugs von SGB II-Leistungen im Dezember 2013 in Wiesbaden 40
Abbildung 16: Bisherige Bezugsdauern (mit Unterbrechungen von bis zu 31 Tagen) von SGB II der Kinder im Juni 2013 in Wiesbaden 40
Abbildung 17: Langzeitleistungsbezieher nach bisheriger Dauer (mit Unterbrechungen von bis zu 31 Tagen) im Dezember 2011 für 219 Kreise mit durchgehend vollständigen Daten seit 2005 42
Abbildung 18: Berufliche Qualifikation der in 2013 Integrierten in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Wiesbaden 63
Abbildung 19: Quote der nachhaltigen Integrationen seit Jahresbeginn für September 2013 im Vergleich zur Jahres-Integrationsquote, in Wiesbaden nach Geschlecht und % 67

Abbildung 20: Aufbauorganisation des SGB II im kommunalen Jobcenter 70
Abbildung 21: Leistungsprozesse (mit Modell „Sofortmaßnahme“*) zum SGB II in Wiesbaden 71
Abbildung 22: Zielorientierte Eingliederungsstrategien für über 25-Jährige in Wiesbaden 73

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Selbständige und geringfügig Beschäftigte im November 2013 in Wiesbaden nach Geschlecht, Alter und Bedarfsgemeinschaftstyp 18
Tabelle 2: Wirtschaftsgruppen, in denen mehr als 10 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnort Wiesbaden aufstockende SGB II-Leistungen erhalten, Juni 2013 19
Tabelle 3: Die zehn wichtigsten Wirtschaftsgruppen für SGB II-Berechtigte mit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Wiesbaden, Juni 2013 20
Tabelle 4: Merkmale der Erwerbsbeteiligung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in fünf Städten im Rhein-Main-Gebiet, Dezember 2013 21
Tabelle 5: Durchschnittliche Höhe der monatlichen SGB II-Leistungen je Bedarfsgemeinschaft im Dezember 2013 .. 24
Tabelle 6: Notwendiges Bruttoarbeitsentgelt beim Bezug vorrangiger Leistungen, um keinen Grundsicherungsleistungen gemäß SGB II zu beziehen (Wiesbaden 2013, nach Haushaltskonstellation, bei Medianmiete) 33
Tabelle 7: Notwendiges Bruttoarbeitsentgelt um weder vorrangige Leistungen noch Grundsicherungsleistungen gemäß SGB II zu beziehen (Wiesbaden 2013, nach Haushaltskonstellation, bei Medianmiete) 35
Tabelle 8: Branchenübliche Bruttolöhne (Grenze 1. und 2. Quintil) für Westdeutschland 2012 35
Tabelle 9: Bezugsdauern von LZB im SGB II nach ausgewählten Merkmalen im Dezember 2013 in Wiesbaden 39
Tabelle 10: Eingliederungsleistungen für unter 25-Jährige SGB II-Leistungsberechtigte ohne Berufsausbildung im Jahr 2013 und 2012 47
Tabelle 11: Eingliederungsleistungen für über 25-Jährige SGB II-Leistungsberechtigte im Jahr 2013 und 2012 50
Tabelle 12: BuT Jahreswerte 2013 (kumulierte Zahlen) und Quoten der Inanspruchnahme durch SGB II-Leistungsberechtigte 60
Tabelle 13: Integrationen und Eintritte in eine geringfügige Beschäftigung 2012 und 2013 in Wiesbaden 62
Tabelle 14: Integrationsquote von fünf Städten in der Rhein-Main-Region im Jahr 2013 63
Tabelle 15: Integrationsquote der Alleinerziehenden in fünf Städten in der Rhein-Main-Region 64
Tabelle 16: Die 10 häufigsten Branchen (WKZ) bei Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Jahr 2013 65
Tabelle 17: Die 10 häufigsten Branchen (WKZ) bei Aufnahme einer geringfügigen Beschäftigung im Jahr 2012 66
Tabelle 18: Anteil der Integrationen, die zwischen September 2011/12 und September 2012/13 registriert wurden, die ein Jahr später noch in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sind 67
Tabelle 19: Integrationen von LZB und deren Zu- und Abgänge im SGB II in Wiesbaden 2013 67
Tabelle 20: Integrationen in berufliche oder vollschulische Ausbildung in den vergangenen Ausbildungsjahren in Wiesbaden 68
Tabelle 21: Strategietypisierung für die unter 25-Jährigen Leistungsberechtigten ohne Berufsausbildung in Wiesbaden 74

TABELLE 22: IST-AUSGABEN DER GRUNDSICHERUNG FÜR ARBEITSUCHENDE 2012 UND 2013 IN WIESBADEN..... 76
TABELLE 23: AUSGABEN FÜR EINGLIEDERUNGSLEISTUNGEN NACH MAßNAHMEARTEN IN 2012 UND 2013 IN WIESBADEN 77

Übersichtsverzeichnis
(Geschäftsstatistik)

Übersicht 1: SGB II-Bedarfsgemeinschaften 78
Übersicht 2: Struktur der Bedarfsgemeinschaften 79
Übersicht 3: Durchschnittliche Höhe des Anspruchs und der SGB II-Leistungen pro Bedarfsgemeinschaft (nur laufende Leistungen, keine Einmalzahlungen, ohne BuT) 79
Übersicht 4: Personen mit Anspruch auf SGB II-Leistungen 80
Übersicht 5: Altersstruktur der SGB II-Leistungsberechtigten 80
Übersicht 6: Arbeitsmarktteilhabe der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten 81
Übersicht 7: Erwerbstätigkeit der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten 82
Übersicht 8: Teilnehmerzahlen an Eingliederungsmaßnahmen 83
Übersicht 9: Kurzerläuterungen zu den Eingliederungsmaßnahmen (Rechtsgrundlagen ab 01.04.2012) 84
Übersicht 10: Trägerstatistik 87
Übersicht 11: Integrationen 88
Übersicht 12: Kennzahlen nach § 48a SGB II 88

Abkürzungsverzeichnis

AGH	Arbeitsgelegenheit
AGT	Ausbildungsagentur
BA	Bundesagentur für Arbeit
BAE	Berufsausbildung Benachteiligter
BG	Bedarfsgemeinschaft
BuT	Bildung und Teilhabe
BvB	Berufsvorbereitende Maßnahmen
eLb	erwerbsfähige Leistungsberechtigte
EQ	Einstiegsqualifizierung
FM	Fallmanagement
KdU	Kosten der Unterkunft
KJC	Kommunales Jobcenter
kommAV	Kommunale Arbeitsvermittlung
KT	Kindertagesstätte
LS	Leistungssachbearbeitung
LZB	Langzeitleistungsbeziehende
NEF	Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte
SGB	Sozialgesetzbuch
WKZ	WirtschaftsKlassenzugehörigkeit

I. Das Jahr 2013 im Überblick

	November 2013*		Veränderungen zu Dezember 2012	
	abs.	%	abs.	%
Entwicklung Fallzahlen				
Bedarfsgemeinschaften (BG) insg.	14.740	100,0%	+ 176	+ 1,2 %
davon				
Alleinstehende**	7.025	47,7%	- 433	- 5,8 %
Mehrere Erwachsene ohne Kinder	1.702	11,5%	+ 340	+ 25,0 %
Mehrere Erwachsene mit Kindern	2.890	19,6%	+ 493	+ 20,6 %
Alleinerziehende***	3.069	20,8%	- 180	- 5,5 %
Personen insg.	29.438	100,0%	+ 578	+ 2,0 %
davon				
bis unter 15 Jahre	8.874	30,1%	+ 214	+ 2,5 %
15 bis unter 25 Jahre	3.658	12,4%	+ 134	+ 3,8 %
25 Jahre bis unter 50 Jahre	12.073	41,0%	+ 165	+ 1,4 %
50 Jahre und älter	4.833	16,4%	+ 65	+ 1,4 %
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb) insg.	20.001	100,0%	+ 277	+ 1,4 %
davon				
männlich	9.214	46,1%	+ 122	+ 1,3 %
weiblich	10.787	53,9%	+ 155	+ 1,5 %
Erwerbstätigkeit von SGB II-Leistungsberechtigten				
eLb mit Erwerbseinkommen insg.	6.807	100,0%	+ 159	+ 2,4 %
davon				
männlich	3.209	47,1%	+ 30	+ 0,9 %
weiblich	3.598	52,9%	+ 129	+ 3,7 %
davon				
geringfügig Beschäftigte	2.324	34,1%	- 63	- 2,6 %
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	3.839	56,4%	+ 215	+ 5,9 %
Selbständige	644	9,5%	+ 7	+ 1,1 %
darunter				
mit mehreren Erwerbseinkommen	468	6,9%	+ 43	+ 10,1 %
mit Erwerbseinkommen > 800 €	2.363	34,7%	+ 227	+ 10,6 %
Arbeitslosigkeit von SGB II-Leistungsberechtigten				
Arbeitslose insg.	7.816	100,0%	+ 320	+ 4,3 %
davon				
unter 25 Jahre	694	8,9%	+ 0	+ 0,0 %
25 Jahre und älter	7.122	91,1%	+ 320	+ 4,7 %
davon				
männlich	3.864	49,4%	+ 153	+ 4,1 %
weiblich	3.952	50,6%	+ 167	+ 4,4 %
Eingliederungsmaßnahmen				
Teilnehmer/innen an Eingliederungsmaßnahmen (ohne Einmalleistungen) insg.	13.175	100,0%	- 1.241	- 8,6 %
davon				
unter 25 Jahre	1.839	14,0%	- 216	- 10,5 %
25 Jahre und älter	11.336	86,0%	- 1.025	- 8,3 %
darunter				
… Förderung der Berufsausbildung	620	4,7%	- 98	- 13,6 %
… Förderung abhängige Beschäftigung	531	4,0%	- 69	- 11,5 %
… Arbeitsgelegenheiten	1.615	12,3%	- 604	- 27,2 %
Integrationen in den Arbeits- und Ausbildungsmarkt				
Integrationen (Daten der BA)	4.985	100,0%	- 416	- 7,7 %
darunter				
Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung	4.149	83,2%	- 336	- 7,5 %
Integrationen Alleinerziehender	623	12,5%	- 80	- 11,4 %
Integrationen in eine geringfügige Beschäftigung	2.055	100,0%	- 184	- 8,2 %

* Durch ein Datenproblem mit OPEN stehen keine Dezember-Werte zur Verfügung, bzw. konnten auch nicht rekonstruiert werden, so dass die Daten aus November 2013 herangezogen werden, was zu einer leichten Verzerrung führen kann.

** Ab 01/2013 wurde die Auswertung der BG-Zusammensetzung umgestellt, was zu Verschiebungen - durch die Berücksichtigung von Personen mit Ausschlussgrund (Partner, Kinder) - innerhalb der Gruppen führt (weniger Alleinstehende -400).

*** Außerdem wurde zeitgleich die Definition der Alleinerziehenden umgestellt, indem nun dieser BG-Typ über den tatsächlich ausbezahlten Mehrbedarf identifiziert wird.

II. Vorbemerkungen

Der vorliegende Geschäfts- und Eingliederungsbericht SGB II stellt die wichtigsten Strukturen und Entwicklungen in der Grundsicherung für Arbeitsuchende im Jahr 2013 dar.
Wie auch die vorangegangenen Jahresberichte im Bereich SGB II hat auch dieser wieder ein Schwerpunktthemen: In 2013 ist „Langzeitbezug“ das Thema.
Dabei beleuchten die hier vorliegenden Analysen das Thema von verschiedenen Seiten: Was ist überhaupt Langzeitbezug? Kann man hier unterschiedliche Gruppen differenzieren? Was ist die Unterscheidung zu „Langzeitarbeitslosen“? Was gibt es für Daten und wo fehlen eindeutige Erkenntnisse? Was sind die speziellen Charakteristika der unterschiedlichen „Langzeitbezieher“ und wie lange sind die Leistungsberechtigten konkret im SGB II-Bezug in Wiesbaden?

Natürlich stellt der vorliegende Geschäftsbericht aber auch die üblichen Jahresentwicklungen der SGB II-Leistungsberechtigten und Bedarfsgemeinschaften dar.

Darüber hinaus erfüllt er auch die Funktion eines Eingliederungsberichts gemäß § 4 der Verwaltungsvereinbarung über die vom Bund zu tragenden Aufwendungen des zugelassenen kommunalen Trägers der Grundsicherung vom 6.1.2005. Damit werden die Eingliederungsleistungen und -ergebnisse dokumentiert, die das kommunale Jobcenter mit den Eingliederungsmitteln des Bundes im Jahr 2013 erreicht hat.

Die hier zugrunde liegenden Daten basieren auf dem Berichtszeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2013. Die meisten Daten von Dezember 2013 liegen erst im April 2014 vollständig vor, da aufgrund von nachträglichen Bewilligungen, rückwirkender Anerkennung der Leistungen, fehlenden Unterlagen usw. alle vorherigen Abfragen der Daten Fehlinformationen enthalten können. Um die Richtigkeit und Vollständigkeit der Daten aber zu gewährleisten, werden wichtige Sachverhalte im SGB II - wie die Zahl der Übergänge in den Arbeitsmarkt oder die Zahl der Teilnehmenden an Qualifizierungsmaßnahmen - überhaupt erst mit einer Wartezeit von drei Monaten erhoben. Dieses Prinzip gilt nicht nur für den Wiesbadener Geschäftsbericht zum SGB II, sondern wird auch in der amtlichen Statistik zum SGB II grundsätzlich so gehandhabt. Es werden in dem vorliegenden Bericht sowohl eigene Daten des Wiesbadener Jobcenters aus OPEN/PROSOZ ausgewertet, als auch die amtliche Statistik der Bundesagentur für Arbeit herangezogen, um eine möglichst detaillierte Analyse zu ermöglichen. Darüber hinaus werden auch Sonderauswertungen der BA analysiert, ergänzende Ergebnisse nicht amtlicher Studien aufgeführt und SAP Auszüge für die Finanzbuchhaltung ausgewiesen. Leider sind die eigenen Daten des Kommunalen Jobcenters Wiesbaden (OPEN/PROSOZ) aufgrund von Software-Problemen nicht für den Dezember verfügbar, so dass diese Zahlen aus dem November 2013 herangezogen wurden. Dies ist in jeder Tabelle bzw. Abbildung kenntlich gemacht.

Es sind auch Bevölkerungsstatistiken oder Arbeitsmarktstatistiken verschiedener Quellen herangezogen worden, um die Analysen auf eine breitere Basis zu stellen. Die jeweilig verwendete Datenquelle wird sowohl im Text vermerkt als auch unter den Abbildungen aufgeführt.

III. Entwicklungen der Fallzahlen im SGB II

Im diesem Kapitel sollen die allgemeinen Entwicklungen der Fallzahlen im SGB II dargestellt werden: für Bedarfsgemeinschaften[1], für Leistungsberechtigte[2] und insbesondere für Kinder. Dabei spielt die Betrachtung des Armutsrisikos – also das Risiko, existenzsichernde Leistungen gemäß SGB II zu beziehen – eine wichtige Rolle.

1. Personen und Bedarfsgemeinschaften

Insgesamt erhielten Ende des Jahres 2013 14.740 **Bedarfsgemeinschaften** Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Die Strukturen der Bedarfsgemeinschaften in Wiesbaden sind über die letzten Jahre hinweg relativ konstant:

- Im Durchschnitt leben in einer Bedarfsgemeinschaft 2 Personen.
- Gut 60 % aller Bedarfsgemeinschaften sind Bedarfsgemeinschaften ohne Kinder; in knapp 40 % leben Kinder unter 18 Jahren.
- Unter allen Bedarfsgemeinschaften befinden sich 50 % Alleinstehenden-Haushalte.

In diesen 14.740 Bedarfsgemeinschaften leben 29.438 **Personen**, die Leistungen gemäß SGB II beziehen. 47 % der Leistungsberechtigten sind männlich und 53 % weiblich.

Doch nicht alle dieser Leistungsberechtigten sind auch arbeitsuchend – wie die Bezeichnung der Hilfeleistung "Grundsicherung für Arbeitsuchende" vermuten lässt.

Die 29.438 Personen können in zwei große Untergruppen unterteilt werden:

Einerseits gibt es die große Gruppe der **erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLB)**, die konstant im Zeitverlauf gut zwei Drittel der Leistungsberechtigten ausmachen - und andererseits gibt es die **nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (neF)**, fast ausschließlich Kinder, die gemäß SGB II Leistungen zur Grundsicherung erhalten (siehe zur genaueren Beschreibung dieser Gruppe das nächste Unterkapitel I.2).

Erwerbsfähige Leitungsberechtigte sind Leistungsberechtigte im Alter zwischen 15 und 64 Jahren, die nicht durch Krankheit oder Behinderung außerstande sind, unter den üblichen Bedingungen des Arbeitsmarktes mindestens drei Stunden pro Tag erwerbstätig zu sein.

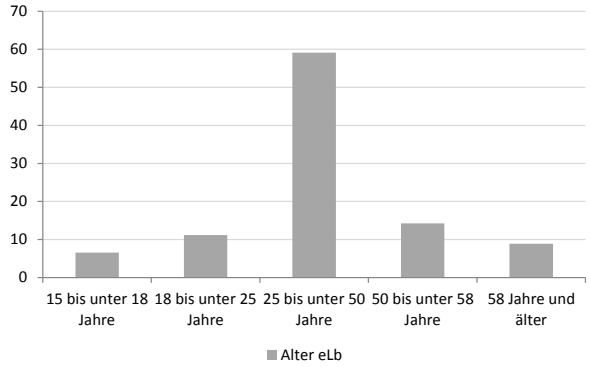
Ende des Jahres 2013 umfasst die Gruppe dieser eLb 20.001 Personen.

---

[1] Bedarfsgemeinschaften sind Haushalte, in denen mindestens eine Person unter 65 Jahren auf Leistungen aus der Grundsicherung angewiesen ist und diese auch bezieht.

[2] Leistungsberechtigte sind alle Personen mit Anspruch auf SGB II-Leistungen, die diese Leistungen auch beziehen.

Abbildung 1: Prozentuale Verteilung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im November 2013 in Wiesbaden



Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; Geschäftsstatistik

Die prozentuale Altersverteilung in der Gruppe der eLb sieht wie dargestellt aus (Abbildung 1). Den Großteil (knapp 60 %) machen die 25 bis unter 50-Jährigen aus, während nur 23 % aller eLb im Alter von 50 Jahren und älter sind. Die kleinste Gruppe (mit 18 %) sind die unter 25-Jährigen. Gemessen an der Relation dieser Altersgruppen in der Wiesbadener Bevölkerung kann man konstatieren, dass die Gruppe der 15 bis 24-Jährigen sowie die Gruppe der 25 bis 49-Jährigen im SGB II überrepräsentiert sind, da deren Anteil an der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren niedriger ausfällt (16 % bzw. 55 %). Nur die über 50-Jährigen sind unterrepräsentiert im SGB II, da ihr Bevölkerungsanteil am genannten Altersausschnitt 29 % beträgt.

Die Gruppe der eLb muss man weiterhin unterscheiden in Arbeitslose, nicht arbeitslose Arbeitsuchende und Nicht-Arbeitsuchende.

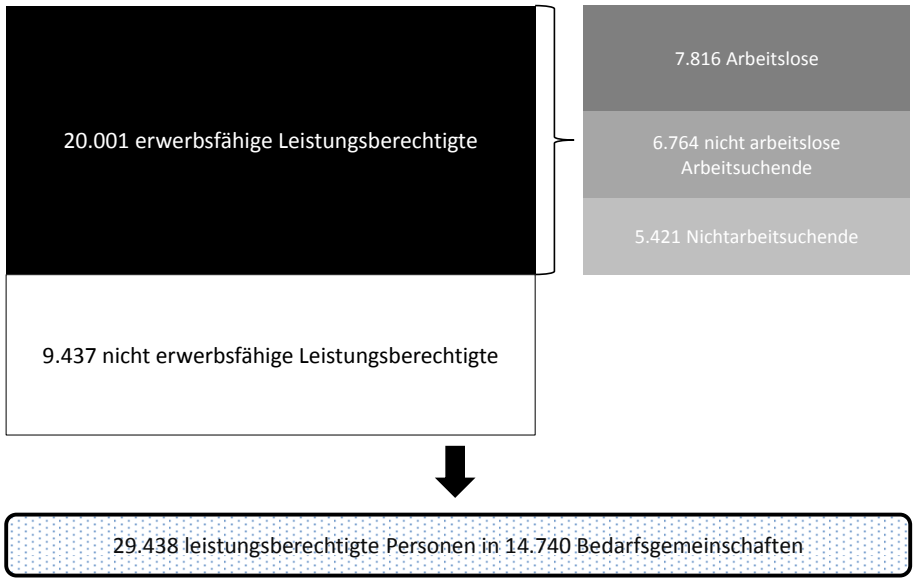
Arbeitslose sind weniger als 15 Stunden in der Woche erwerbstätig, suchen eine Beschäftigung, stehen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung und nehmen nicht an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme teil.

Nicht arbeitslose Arbeitsuchende sind Erwerbstätige, die mehr als 15 Stunden wöchentlich einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung oder einer Selbständigkeit nachgehen, oder auch Teilnehmende in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Die **Nicht-Arbeitsuchenden** schließlich sind eine heterogen Gruppe von Personen, die aus verschiedenen Gründen dem Arbeitsmarkt momentan nicht zur Verfügung stehen: Schüler, Auszubildende, Erziehungsleistende mit Kindern unter 3 Jahren, pflegende Angehörige,

Teilnehmende in längerfristigen Maßnahmen zur Weiterbildung bzw. Umschulung aber auch Erwerbstätige ohne weitere Arbeitsmarktverfügbarkeit[3].
Diese beschriebenen Gruppen der leistungsberechtigten Personen im SGB II verteilen sich Ende des Jahres 2013 wie folgend dargestellt (Abbildung 2):

Abbildung 2: Personen im SGB II im November 2013 in Wiesbaden



Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Darstellung

2. Qualifikation und Erwerbstätigkeit

Wichtig in der Betrachtung der sozialstrukturellen Ressourcen der Leistungsberechtigten im SGB II ist insbesondere ihr Qualifikationsniveau und ihre schon existierende Teilhabe an Erwerbstätigkeit. Denn die Integrationschancen in den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt sind, ebenso wie die erzielten Erwerbseinkommen, maßgeblich von der formalen schulischen und beruflichen Qualifikation abhängig. Die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II unterscheiden sich aber deutlich hinsichtlich ihres Qualifikationsniveaus von dem allgemeinen Qualifikationsniveau in der Bevölkerung bzw. von dem aller Erwerbstätigen.

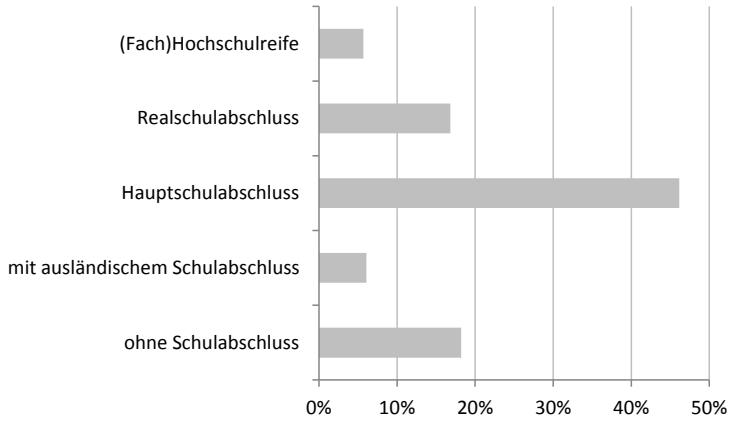
In 2012 lag der Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss an allen Schulentlassenen aus allgemeinbildenden Schulen in Wiesbaden erstmals unter 4 %. Zusammen gerechnet mit der Gruppe der Schülerinnen und Schüler mit Förderschulabschluss ergibt dies ein Anteil von ca. 8 % der Jugendlichen, die keine ausreichende Schulqualifikation mitbringt. Im Vergleich dazu ist der Anteil der

[3] D.h. die Personen gehen einer - oftmals Vollzeit - Erwerbstätigkeit nach, aber haben weder zeitlich die Möglichkeit, die Erwerbstätigkeit auszubauen (durch fehlendes Jobangebot oder eingeschränkte Verfügbarkeit bspw. durch Kinderbetreuung), noch haben sie realistische Chancen auf dem Arbeitsmarkt, mehr Lohn für ihren ausgeübten Beruf - bspw. in einer anderen Anstellung - zu bekommen.

erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ohne Schulabschluss um ein Vielfaches höher: er liegt bei 22 %.

Betrachtet man die SGB II-Leistungsberechtigten unter und über 25 Jahren getrennt, zeigt sich ein allgemein bekannter Kohorteneffekt in der Weise, dass die jungen Generationen in der Tendenz besser qualifiziert sind. Fast die Hälfte der unter 25-Jährigen im SGB II verfügt über einen Hauptschulabschluss, und insgesamt 23 % verfügen über einen höherwertigen Schulabschluss (Abbildung 3). Das ist eine sehr ähnliche Verteilung wie auch schon im Jahr zuvor.

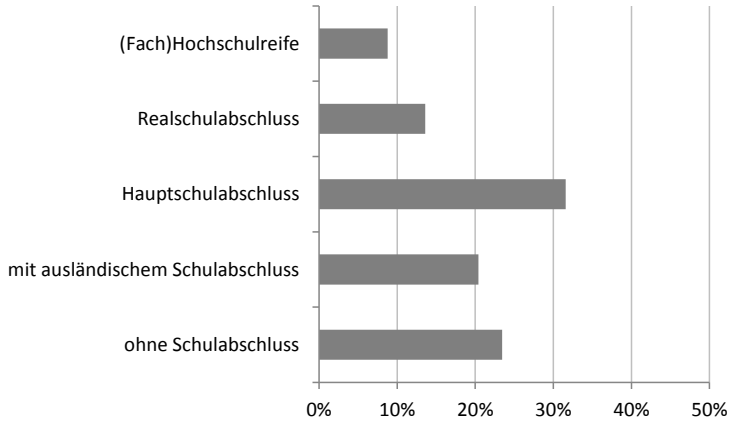
Abbildung 3: Schulische Qualifikation der unter 25-Jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II in Wiesbaden, November 2013 (ohne Schülerinnen und Schüler)



Anmerkungen: 7 % ohne Angaben; Förderschulabschluss unter „ohne Schulabschluss“ gezählt
Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Darstellung

Während sich unter den unter 25-Jährigen nur noch insgesamt 24 % ohne Schulabschluss bzw. mit ausländischem Schulabschluss befinden, umfasst diese Gruppe bei den über 25-Jährigen immerhin einen Anteil von 43 % (Abbildung 4).

Abbildung 4: Schulische Qualifikation der über 25-Jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II in Wiesbaden, November 2013 (ohne Schülerinnen und Schüler)

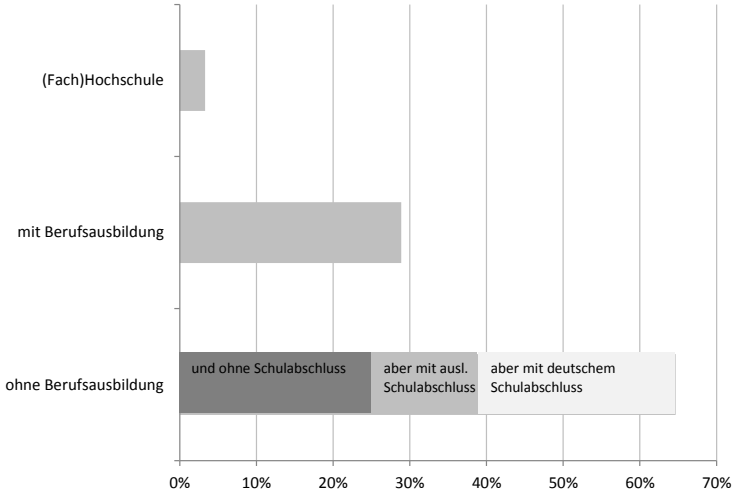


Anmerkungen: 2 % ohne Angaben; Förderschulabschluss unter „ohne Schulabschluss“ gezählt

Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Darstellung

D.h. eine große Gruppe von Personen im SGB II, die keinen oder nur einen ausländischen Schulabschluss besitzt, hat aufgrund der formalen Voraussetzungen erhebliche Probleme beim Übergang in den Ausbildungs- bzw. Arbeitsmarkt. Dies wird noch augenscheinlicher, zieht man auch die Berufsabschlüsse mit in die Betrachtung ein (Abbildung 5).

Abbildung 5: Berufsabschluss der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II in Wiesbaden, November 2013 (ohne Schülerinnen und Schüler)



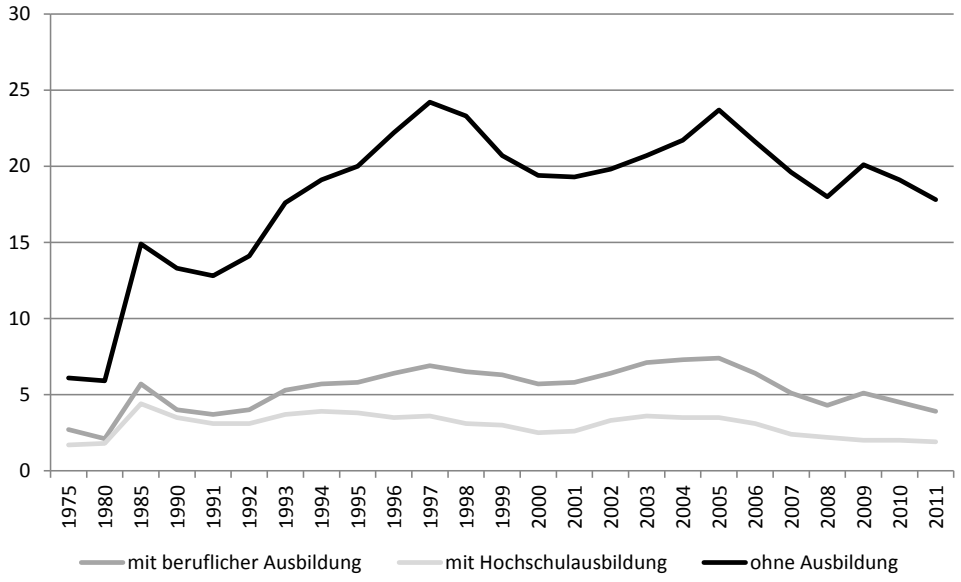
Anmerkungen: 3 % ohne Angaben

Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Darstellung

Während im vergangenen Jahr 68 % (und im Jahr 2011 67 %) der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten über 25 Jahren über keine abgeschlossene Berufsausbildung verfügten, sind es dieses Jahr 65 %. Gleichzeitig liegt der Anteil derer höher, die eine abgeschlossene Berufsausbildung haben (29 % statt 27 %). Diese relativ kleinen Veränderungen können auf die Querschnittsbetrachtung in einem bestimmten Monat zurückgeführt werden.

Es ist insgesamt im SGB II nicht untypisch, dass sich unter den Leistungsberechtigten ein hoher Anteil Geringqualifizierter befindet. Doch gerade auch der Wiesbadener Arbeitsmarkt ist gekennzeichnet durch eine geringe Aufnahmefähigkeit Geringqualifizierter und einem hohen Bedarf an qualifizierten Fachkräften.
Eindrucksvoll belegt eine Studie aus 2013, wie frappierend das Risiko arbeitslos zu werden, in Zusammenhang mit der Berufsqualifikation steht und weiter ansteigt. Insbesondere ist der Verweis der Autoren wichtig, dass diese qualifikationsbezogenen Unterschiede im Risiko auch in Krisen oder in Zeiten einer insgesamt sinkenden Arbeitslosigkeit bestehen bleiben[4] (Abbildung 6).

Abbildung 6: Qualifikationsspezifische Arbeitslosenquoten in Westdeutschland (bis 2004 einschließlich Berlin-West, ab 2005 ohne Berlin) 1975-2011, in %



Quelle: Weber/Weber 2013: Bildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit, in: IAB-Kurzbericht, Heft 4, S. 5; eigene Darstellung

Grundsicherung für Arbeitsuchende erhalten nicht nur Personen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen: Gut ein Drittel der SGB II-Leistungsberechtigten in Wiesbaden gehen einer Erwerbstätigkeit nach. Diese 6.807 Personen stocken ihr nicht bedarfsdeckendes Erwerbseinkommen mittels SGB II-Leistungen bis zum Existenzminimum ihrer Bedarfsgemeinschaft auf.

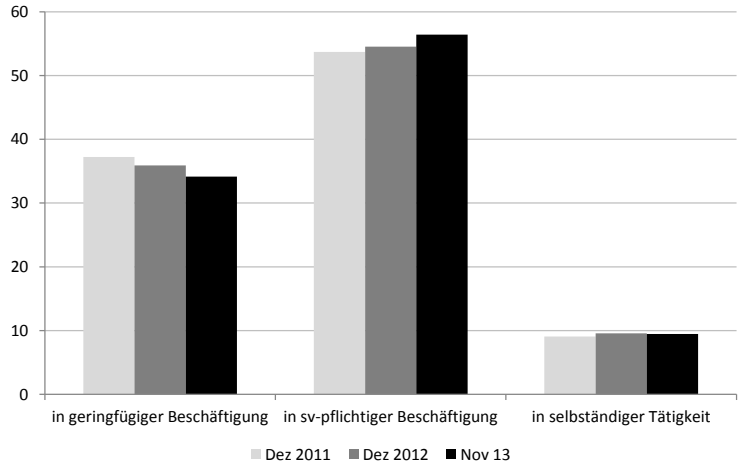
[4] Vgl. Weber/Weber (2013): Bildung ist der beste Schutz vor Arbeitslosigkeit, in: IAB-Kurzbericht, Ausgabe 4

Es gibt mehrere Gründe für eine Hilfebedürftigkeit trotz Erwerbstätigkeit:

- Niedrige Entlohnung (insbesondere bei un- und angelernten Tätigkeiten von Geringqualifizierten)
- Geringer Arbeitsumfang (wegen eingeschränkter Arbeitsmarktverfügbarkeit - z.B. durch Kinderbetreuung - oder fehlender Beschäftigungsmöglichkeit mit einer höheren Stundenzahl)
- Ein hoher Bedarf aufgrund eines großen Haushaltes (der Bedarf steigt mit jedem Mitglied im Haushalt)

Unter den erwerbstätigen Leistungsberechtigten gibt es sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Selbständige und geringfügig Beschäftigte (Abbildung 7).

Abbildung 7: Art der Erwerbstätigkeit der erwerbstätigen Leistungsberechtigten im SGB II im Vergleich 2011, 2012 und 2013 in Wiesbaden (in %)



Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; Geschäftsstatistik

Der Zeitverlauf zeigt, dass seit 2011 der prozentuale Anteil der geringfügig Beschäftigten unter den SGB II-Berechtigten zurückgegangen ist, während der Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten gestiegen ist. Diese Entwicklung dokumentiert den Fördererfolg des kommunalen Jobcenter, indem geringfügige Beschäftigungen zurück gedrängt und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen ausgebaut werden konnten[5].
Der Anteil der Selbständigen ist relativ konstant. Auch bei einer gesamten Betrachtung der Erwerbstätigen steigt ihr Anteil unter allen Leistungsberechtigten im SGB II sachte aber sukzessive. Laut Daten der BA für November 2013 sind 46 % aller

[5] Bestätigt werden kann diese Annahme dadurch, dass der Anteil der Personen im SGB II, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, relativ konstant seit 2010 ist (es also nur eine Verschiebung der Anteile nach Art der Beschäftigungsform gegeben hat) und zugleich der Anteil der Arbeitslosengeld II-Bezieher unter allen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten mit Wohnort Wiesbaden relativ stabil ist.

sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Vollzeit erwerbstätig[6] und knapp 35 % verdienen damit mehr als 850 €.

Während unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in etwa gleich viele Männer wie Frauen vertreten sind, überwiegen bei den Selbständigen die Männer und umgekehrt gibt es unter den geringfügig Beschäftigten etwas mehr Frauen (dieser Anteil ist auch im Vergleich zum Vorjahr nochmal gestiegen). Damit ist die Verteilung innerhalb der Erwerbstätigengruppen nach Geschlecht in Wiesbaden analog dem Bundestrend.
Da für die Gruppe der unter 25-Jährigen die Ausbildung oder die Integration in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung im Fokus der Vermittlung stehen, befinden sich kaum junge SGB II-Leistungsberechtigte unter 25 Jahren in einer Selbständigkeit. Andererseits ist der Anteil der 50-Jährigen und Älteren an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und an den Selbständigen gestiegen (Tabelle 1). Hier zeigt sich die ausgesprochen positive Integrationsarbeit des Teams 50plus innerhalb des KJC.

Tabelle 1: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Selbständige und geringfügig Beschäftigte im November 2013 in Wiesbaden nach Geschlecht, Alter und Bedarfsgemeinschaftstyp

	sv-pflichtig Beschäftigte	Selbständige	geringfügig Beschäftigte
Anzahl in 11/2013	3839	644	2324
Frauen	51%	42%	60%
Männer	49%	58%	40%
unter 25 Jahren	13%	1%	11%
25 bis unter 50 Jahren	67%	71%	63%
50 Jahre und älter	20%	28%	26%
Alleinstehend	23%	46%	36%
Paare ohne Kinder	18%	11%	17%
Paare mit Kindern	40%	29%	28%
Alleinerziehend	20%	14%	19%

Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; Geschäftsstatistik

Der Zusammenhang zwischen Bedarfsgemeinschaftstyp und Form der Erwerbstätigkeit ist spannend: Unter den Selbständigen befinden sich viele Alleinstehende, so dass man annehmen kann, dass eine etwas risikofreudigere und flexiblere Beschäftigung eher durch

[6] Die Ausprägungen „Vollzeit“ und „in Ausbildung“ zusammengenommen: BA, Erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Bezieher, November 2013

die Personen umgesetzt wird, die keine Verpflichtung für andere Haushaltsmitglieder übernehmen müssen. Unter den sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten ist gerade der Anteil derer aus Paarhaushalten mit Kindern sehr groß - hier liegt die Problematik auf der Hand, dass ein Erwerbseinkommen nicht ausreicht, den Bedarf einer Bedarfsgemeinschaft mit Kindern zu decken. Bemerkenswert ist, dass unter den alleinstehenden Beschäftigten die Frauen überrepräsentiert sind (17 % aller alleinstehenden Frauen im SGB II in Wiesbaden sind sv-pflichtig erwerbstätig, während es nur 10 % der Männer sind), aber unter den Paaren mit Kindern sind es eindeutig die Männer. Hier sind 41 % aller Männer in Familien mit Kindern erwerbstätig, während es nur 16 % der Frauen sind. D. h hier kommt sehr stark eine traditionelle Rollenverteilung in den Familien zum Ausdruck. Angesichts der hohen Wiesbadener Lebenshaltungskosten können Familien mit niedrigen bis mittleren Qualifikationen ein Einkommen über der Existenzsicherungsgrenze häufig nur mit 1,5 Einkommen erwirtschaften (s.u. Kapitel IV2).

Schließlich sollen sich auch die Branchen angeschaut werden, in denen die SGB II-Leistungsberechtigten tätig sind. Als erstes werden die Anteile der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit SGB II-Bezug an den gesamten Beschäftigten dieser Branche dargestellt.

Tabelle 2: Wirtschaftsgruppen, in denen mehr als 10 % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnort Wiesbaden aufstockende SGB II-Leistungen erhalten, Juni 2013

	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte		Anteil Beschäftigte mit SGB II-Bezug
	am Wohnort insgesamt	darunter ALG II-Bezieher	
Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln	2.300	450	20%
Garten- und Landschaftsbau sow ie Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen	529	111	21%
Ausschank von Getränken	119	19	16%
Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen	711	104	15%
Private Haushalte mit Hauspersonal	178	26	15%
Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	2.297	329	14%
Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr	1.127	152	13%
Befristete Überlassung von Arbeitskräften	2.215	297	13%
Hausmeisterdienste	385	51	13%
Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakw aren (in Verkaufsräumen)	559	65	12%
Einzelhandel mit Motorenkraftstoffen (Tankstellen)	170	20	12%
Güterbeförderung im Straßenverkehr, Umzugstransporte	585	58	10%

Anmerkungen: nur Wirtschaftsgruppen mit mindestens 50 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort; Daten haben eine Wartezeit von 6 Monaten; der Wirtschaftszweig „Sonstiger Unterricht“ wird in der Auflistung nicht aufgeführt (N=186).

Quelle: BA: Sonderauswertung; eigene Berechnungen und Darstellung

Am höchsten ist der Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter mit ergänzendem SGB II-Bezug im Reinigungsgewerbe. Tätigkeiten im Garten- und Landschaftsbau und in der

Gastronomie findet man an zweiter und dritter Stelle, da auch hier 21 % bzw. 16 % der Beschäftigten aufstockende Leistungen beziehen. Des Weiteren finden sich in der Liste noch weitere Tätigkeiten in der Gastronomie, in der Zeitarbeit sowie in verschiedenen Dienstleistungsbranchen. Gekennzeichnet sind diese Wirtschaftsgruppen mit hohem Anteil von Aufstockern unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten durch viele un- bzw. angelernte Tätigkeiten und einem entsprechend niedrigem Lohnniveau. Die Branchen sind relativ stabil die des letzten Jahres, aber mit kleinen Änderungen in der Reihenfolge.

Prozentuiert man die jeweilig in den Branchen tätigen Personen, die ergänzende SGB II-Leistungen empfangen, auf die Gesamtzahl aller erwerbstätigen Personen mit aufstockenden Leistungen, so kann man die 10 wichtigsten Branchen der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Leistungsberechtigten identifizieren.

Tabelle 3: Die zehn wichtigsten Wirtschaftsgruppen für SGB II-Berechtigte mit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung in Wiesbaden, Juni 2013

	Sozialversicherungs-pflichtig Beschäftigte mit ALG II-Bezug	Anteil an allen sv-pflichtig Beschäftigten mit ALG II-Bezug
Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln	450	11%
Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.	329	8%
Befristete Überlassung von Arbeitskräften	297	7%
Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)	171	4%
Sonstige Personenbeförderung im Landverkehr	152	4%
Einzelhandel mit sonstigen Gütern (in Verkaufsräumen)	125	3%
Arzt- und Zahnarztpraxen	113	3%
Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen	125	3%
Sonstiges Sozialwesen (ohne Heime)	118	3%
Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste	88	2%
10 wichtigste Branchen insgesamt	1968	49%

Anmerkungen: nur Wirtschaftsgruppen mit mindestens 50 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort; Daten haben eine Wartezeit von 6 Monaten; der sehr heterogene Wirtschaftszweig „Sonstiger Unterricht“ wird in der Auflistung nicht aufgeführt (N=186).

Quelle: BA: Sonderauswertung; eigene Berechnungen und Darstellung

Die Branchen mit den häufigsten Beschäftigungsverhältnisse von SGB II-Berechtigten, sind das Reinigungsgewerbe, die Gastronomie, die Zeitarbeit, der Einzelhandel, die Logistik und andere Dienstleistungsbranchen - mit nur geringen Abweichungen zum letzten Jahr. Insgesamt sind in diesen zehn Branchen knapp die Hälfte aller Aufstocker aus dem SGB II beschäftigt.

D. h. in diesen Branchen ist die Wahrscheinlichkeit zwar am höchsten, dass die Verdienstmöglichkeiten nicht existenzsichernd sind, aber sie bieten zugleich für die große Gruppe der gering qualifizierten SGB II-Leistungsberechtigten die Möglichkeit einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Rahmen einer un- oder angelernten Tätigkeit.
Verglichen mit den bundesdeutschen Daten spiegeln die Wiesbadener Daten genau die aufnehmenden Branchen wider, die auch für Gesamtdeutschland zu finden sind.

Schaut man sich die Erwerbsbeteiligung von SGB II-Leistungsberechtigten im interkommunalen Vergleich an, so fällt auf, dass die Erwerbsbeteiligung der eLb in Wiesbaden am höchsten ist, ebenso wie der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen eLb. Zwar ist auch der Anteil derjenigen mit einem Einkommen über 850 € im Vergleich erhöht, sowie das damit einhergehende angerechnete Einkommen je BG aber Offenbach weist im Gegensatz zum letzten Jahr mittlerweile ein höheres durchschnittliches angerechnetes Einkommen aus. In diesen stabilen Werten für Wiesbaden, über die letzten Jahre hinweg, zeigt sich die intensive Aktivierungs- und Vermittlungspolitik seitens des kommunalen Jobcenters.

Tabelle 4: Merkmale der Erwerbsbeteiligung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten in fünf Städten im Rhein-Main-Gebiet, Dezember 2013

	Wiesbaden	Darmstadt	Frankfurt	Offenbach	Mainz
Anteil Erwerbstätiger unter den eLb	32%	30%	28%	28%	29%
Anteil sozialversicherungspflichtig beschäftigte eLb	18%	16%	15%	16%	14%
Anteil ausschließlich geringfügig beschäftigte eLb	12%	12%	11%	10%	12%
Anteil selbständig erwerbstätige eLb	3%	2%	3%	2%	3%
Anteil unter den erwerbstätigen eLb mit einem Einkommen > 850 €	31%	28%	29%	34%	25%
Durchschnittlich angerechnetes Einkommen je BG mit Erwerbseinkommen	604 €	571 €	563 €	608 €	547 €

Quelle: Bundesagentur für Arbeit, Erwerbstätige Arbeitslosengeld II-Bezieher, Dezember 2013 und Bundesagentur für Arbeit, Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende - Bedarfe, Leistungen und Einkommen, Dezember 2013; eigene Darstellung

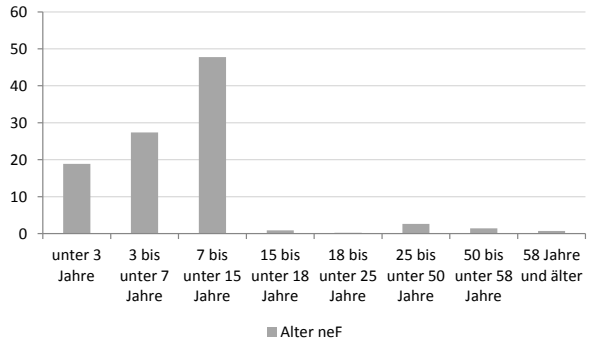
Unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten SGB II-Beziehern variiert der Anteil der Frauen zwischen den hier aufgeführten Rhein-Main-Städten deutlich: Während Darmstadt,

Mainz und Wiesbaden einen Frauenanteil von knapp über 50 % aufweisen, sind es in Frankfurt nur 48 % und in Offenbach sogar nur 40 %.
Unter allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit SGB II befinden sich in Wiesbaden 36 % in einer Vollzeittätigkeit; hier weist Darmstadt den geringsten Wert von 30 % auf.
Man spricht hier von der Gruppe der „Working poor“, die trotz einer Vollzeiterwerbstätigkeit kein existenzsicherndes Einkommen erwirtschaften und auf zusätzliche Transferleistungen aus dem SGB II angewiesen sind. Hinsichtlich dieses Phänomens scheint insbesondere die Frage naheliegend, wie die Perspektiven zur Überwindung der Hilfebedürftigkeit aussehen könnten bzw. die Risiken, lange im Bezug verbleiben zu müssen (siehe hierzu Kapitel IV).

3. Kinder im SGB II

Von den 29.438 leistungsberechtigten Personen sind, wie bereits oben benannt, 20.001 Personen erwerbsfähige Leistungsberechtigte (68 %). Die verbleibenden 32 % sind nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte (neF: sogenannte Sozialgeldberechtigte).
Betrachtet man, analog zu der Altersverteilung der eLb im vorangegangenen Unterkapitel, die Altersstruktur der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten genauer, sieht man, dass dies fast ausschließlich Kinder sind:

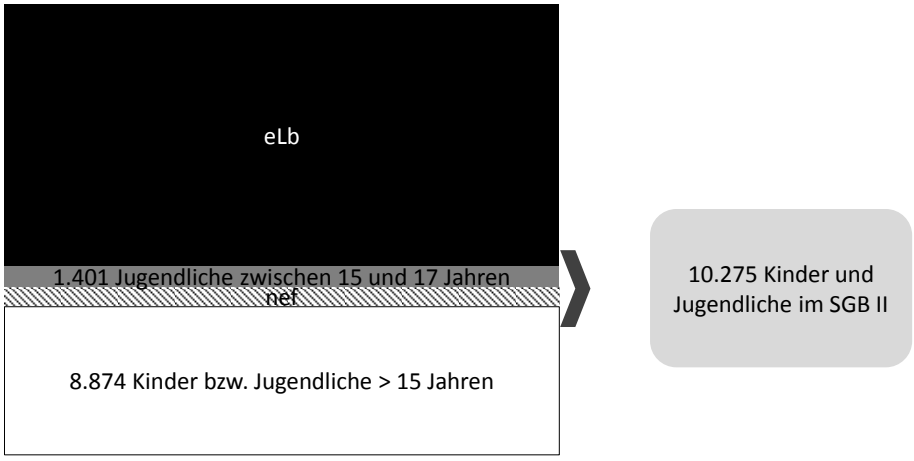
Abbildung 8: Prozentuale Verteilung der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im November 2013 in Wiesbaden



Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Darstellung

95 % aller neF sind Kinder unter 18 Jahren, die in Haushalten mit SGB II-Bezug aufwachsen. Das sind, gerechnet auf alle Leistungsbeziehenden im SGB II, 35 %.
Diese Altersverteilung macht deutlich, dass über ein Drittel aller Personen, die Leistungen nach dem SGB II beziehen, Kinder sind, deren Eltern kein bedarfsdeckendes Einkommen haben, so dass diese Kinder auf Grundsicherungsleistungen angewiesen sind (Abbildung 9).

Abbildung 9: Kinder und Jugendliche mit SGB II-Bezug im November 2013 in Wiesbaden



Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Darstellung

Damit wachsen 22 % aller Wiesbadener Kinder in Haushalten auf, die SGB II-Leistungen beziehen. Dieser Anteil ist in den letzten beiden Jahren stabil. Detailliertere Analysen zu dem Armutsrisiko von Kindern siehe in Unterkapitel 5 „Armutsrisiken".

4. Geldleistungen

Im SGB II werden in „passive" und „aktive" Leistungen unterschieden. „Aktive Leistungen" sind in der Regel Eingliederungsleistungen für Maßnahmen, die durch das Fallmanagement eingeleitet werden. „Passive Leistungen" bezeichnen die gezahlten Geldleistungen, die den Lebensunterhalt der Leistungsberechtigten decken.

Die **Geldleistung pro Bedarfsgemeinschaft** setzt sich wie folgt zusammen:

- Regelbedarfe (Arbeitslosengeld und Sozialgeld)
- Ggfs. Mehrbedarfe (z.B. bei Alleinerziehenden)
- Laufende Kosten für Unterkunft und Heizung (einschließlich Betriebs- und Nebenkosten, ohne Warmwasserausbereitung)
- Ggfs. einmalige Kosten für Wohnungsbeschaffung und Mietschulden; für erstmalige Wohnungsausstattung; für Bekleidungsausstattung
- Krankenversicherungsbeiträge und ggfs. Zuschüsse zur privaten Kranken-versicherung
- Ggfs. Leistungen für Bildung und Teilhabe

  = **Bedarf**

Davon abgezogen werden:

- Anrechenbares Einkommen

  = Leistungen pro Bedarfsgemeinschaft
- Sanktionen

= Geldleistungen pro Bedarfsgemeinschaft

Im interkommunalen Vergleich mit den Rhein-Main-Städten Frankfurt, Offenbach, Mainz und Darmstadt sieht man, dass Wiesbaden und Frankfurt die höchsten Geldleistungen je Bedarfsgemeinschaften auszahlen (Tabelle 5) - insbesondere die KdU und die dahinter liegenden hohen Mietpreise sind in Wiesbaden auffällig.

Tabelle 5: Durchschnittliche Höhe der monatlichen SGB II-Leistungen je Bedarfsgemeinschaft im Dezember 2013

SGB II-Leistung	Durchschnittliche Höhe der monatlichen SGB II-Leistungen (nach Sanktion) in Euro je Bedarfsgemeinschaft im Dezember 2012				
	Wiesbaden	Mainz	Darmstadt	Frankfurt	Offenbach
Arbeitslosengeld II und Sozialgeld	347 €	360 €	358 €	358 €	359 €
Leistungen für Unterkunft und Heizung (LfU)	459 €	404 €	432 €	434 €	436 €
nur laufende Leistung					
LfU nach Größe der Bedarfsgemeinschaften					
BG mit einer Person	354 €	318 €	326 €	360 €	324 €
BG mit zwei Personen	459 €	420 €	453 €	450 €	430 €
BG mit drei Personen	532 €	491 €	542 €	502 €	510 €
BG mit vier Personen	642 €	565 €	603 €	568 €	584 €
BG mit fünf und mehr Personen	775 €	672 €	701 €	660 €	700 €
Sozialversicherungsbeiträge	122 €	129 €	124 €	124 €	119 €
Sonstige Leistungen	8 €	5 €	12 €	10 €	2 €
Leistungen je Bedarfs-gemeinschaft insg.	**936 €**	**907 €**	**925 €**	**936 €**	**917 €**
Durchschnittliche Größe der Bedarfsgemeinschaft	2,0	2,0	2,0	1,9	2,2
durchschnittlich angerechnetes Einkommen aus Erwerbstätigkeit je BG mit Erwerbseinkommen	604 €	547 €	571 €	563 €	608 €

Quelle: BA: Geldleistungen für Bedarfsgemeinschaften - Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten; Dezember 2013 / BA: Bedarfsgemeinschaften und deren Mitglieder - Daten nach einer Wartezeit von 3 Monaten; Dezember 2013 / BA: Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II, Bedarfe, Leistungen und Einkommen - mit einer Wartezeit von 3 Monaten; Dezember 2013

Die Kosten der Unterkunft ist der Faktor, der am stärksten zwischen den aufgeführten Städten variiert, vergleicht man bspw. Mainz und Wiesbaden. Insbesondere bei den großen Bedarfsgemeinschaften mit vier oder mehr Personen wird eine unterschiedlich hohe Mietbelastung für größere Wohnungen deutlich.

Eine große Varianz ist auch in den durchschnittlichen Summen der anzurechnenden Einkommen aus Erwerbstätigkeit zu erkennen: war hier Wiesbaden in den letzten Jahren weit vorne, d.h. hier erwirtschafteten die erwerbstätigen Leistungsberechtigten das höchste Einkommen, zeigt sich 2013 in Offenbach eine große Veränderung in der Weise, dass dort

die angerechneten Einkommen um durchschnittlich 16 € angestiegen sind, während in den anderen Städten jeweils ein Zuwachs von deutlich unter 10 € zu verzeichnen war.
Die durchschnittlichen Summen der Leistungshöhen sind resümierend von drei Faktoren abhängig, die in der Tabelle auch aufgeführt sind:

1. Von der Größe der Bedarfsgemeinschaft: Denn mit steigender Personenzahl ergibt sich in der Regel auch ein höherer Bedarf und damit höhere Leistungen.
2. Unterschiede im anzurechnenden Einkommen.
3. Unterschiedliches Mietpreisniveau und damit auch Kosten der Unterkunft.

Das Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) stellt einen interessanten Vergleich in einem aktuellen Papier zum Thema „Jobcenter-Mittel“ an:
Sie legen dar, dass in 2004, im Kontext der Entstehung des SGB II seitens des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) ein Gesamtaufwand für „Eingliederungsleistungen“ und „Personal und Verwaltung“ genannt wurde. Als Werte waren 1.971 € und 1.007 € pro erwerbsfähigen Erwachsenen benannt.
2014, gemäß des Entwurfs des Bundeshaushalts, stehen noch etwa 767 € pro eLb für Eingliederungsleistungen (882 € bei Berücksichtigung nicht im SGB II berücksichtigter Bundesförderprogramme) und 1.070 € pro eLb für Verwaltungskosten zur Verfügung.
Nun stellt das BIAJ eine Rechnung vor, in der unter Berücksichtigung des Problemdruckindikators[7], die beiden Werte pro eLb im Jahr 2014 berechnet werden. Für Wiesbaden stellt die Studie heraus, dass 757 € pro eLb an Eingliederungsleistungen und 1.033 € pro eLb für Verwaltungsmittel zur Verfügung stehen.[8]
Zwei Aspekte sind aus dieser Darstellung bemerkenswert:

1. Die veranschlagten finanziellen Ressourcen sinken im Bereich der Eingliederungsleistungen drastisch. Bei den Verwaltungsmitteln ist ein leichter Anstieg in der Gewährung zu erkennen.
2. Wiesbaden liegt nach dieser Berechnung mit beiden Werten knapp unter der Maßgabe des Bundeshaushaltes.

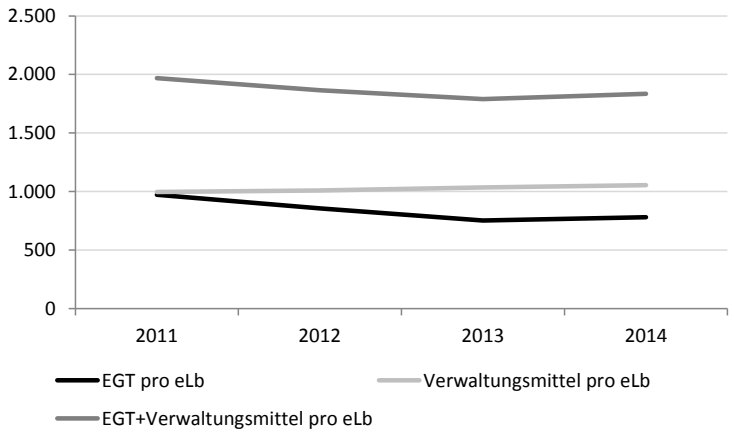
Schaut man sich ergänzend die Entwicklung dieser beiden Werte im Zeitverlauf für Wiesbaden an – im Sinne einer groben Überschlagsrechnung, in der die tatsächlich geflossenen Mittel für Eingliederungsleistungen und Verwaltung in den letzten Jahren in Bezug gesetzt werden zu den durchschnittlichen jährlichen Bestandszahl an eLb – erkennt man auch hier die klaren Tendenzen, die oben beschrieben wurden.

---

[7] Das bedeutet, dass der Zuweisungsschlüssel der Mittel pro JC sich sowohl auf die Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten als auch auf das Verhältnis der erwerbsfähigen Leistungsbeziehenden in Relation zu der Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter (Grundsicherungsquote) bezieht.

[8] Vgl. Bremer Institut für Arbeitsmarktforschung und Jugendberufshilfe (BIAJ) (2014): Jobcenter-Mittel 2014, BIAJ-Materialien, 15.1.2014

Abbildung 10: Bundesmittel für Eingliederungsleistungen und Verwaltung des KJC Wiesbaden im Zeitverlauf 2011 bis 2014



Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; eigene Berechnung und Darstellung

5. Armutsrisiken

Im November 2013 waren 12,7 % aller Wiesbadener Haushalte mit mindestens einer Person unter 65 Jahren[9] auf Leistungen aus der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) angewiesen.

Es gibt verschiedene Definitionen von Armut, unter anderem eben die sozialstaatliche Bezeichnung von Familien als arm, die Leistungen gemäß SGB II beziehen. So hat sich als *ein* gängiges Konzept in der Armutsforschung und in der Politik durchgesetzt, den Bezug von Grundsicherungsleistungen als Grenze zur Armut einzuschätzen[10]. Da in Wohlfahrtsstaaten wie Deutschland Armut in der Regel relativ definiert wird – d.h. gemessen am Wohlstandsniveau der jeweiligen Gesellschaft und nicht an einem physischen Existenzminimum – kann es auf jeden Fall keine feststehende objektive Definition geben, aber mehrere relative.[11]

Somit geht es im Folgenden, in Anlehnung an die genannte Definition, um die Betrachtung des Risikos, Existenzsicherungsleistungen zu beziehen – kurz: Armutsrisiko.

Das Armutsrisiko ist dieses Jahr wieder leicht gestiegen, während es im letzten Jahr etwas rückläufig war – nämlich von 12,6 % in 2012 auf 12,7 % in 2013.

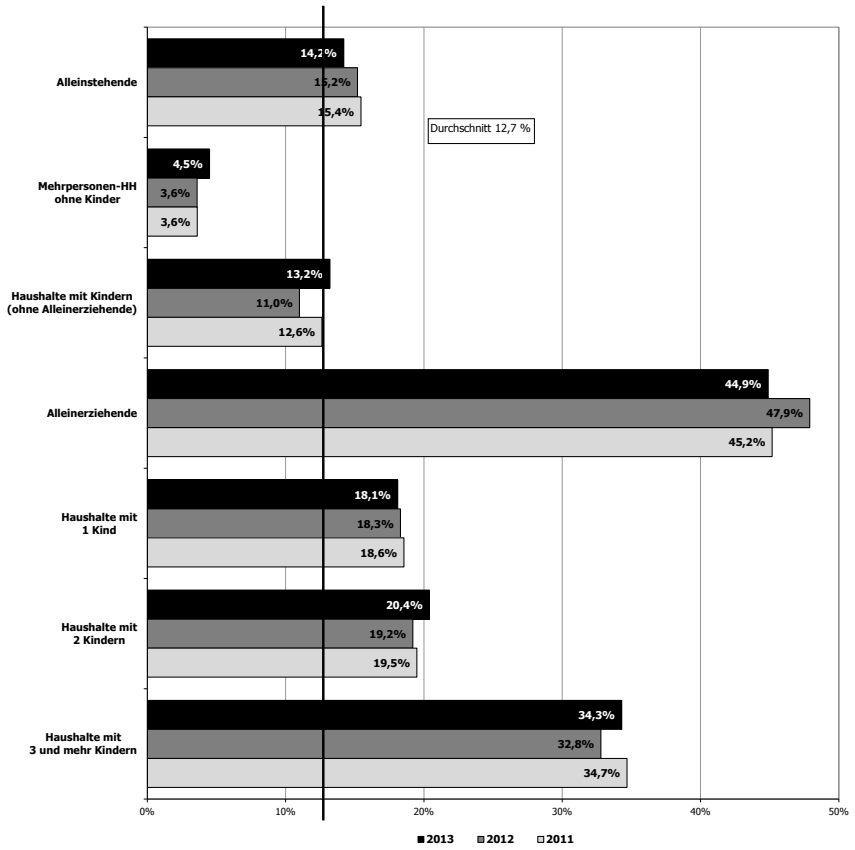
---

[9] Nur diese Bedarfsgemeinschaften haben einen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II.

[10] Siehe detaillierter zu Armutsdefinitionen: Sozialbericht zur Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien in Wiesbaden, Beiträge zur Sozialplanung Nr. 31/2010, S. 17 ff.

[11] Vgl. Lietzmann/Tophoven/Wenzig (2011): Bedürftige Kinder und ihre Lebensumstände, in: IAB-Kurzbericht, Ausgabe 6, S. 2

Abbildung 11: Anteil der Haushalte mit SGB II-Bezug im November 2013 und Dezember 2012, 2011



Anmerkungen: Nur Haushalte mit mindestens einer Person unter 65 Jahren.

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik: Haushaltszahlen; Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; Geschäftsstatistik; eigene Berechnungen und Darstellung

Zum Jahresvergleich muss vorab eine methodische Anmerkung gemacht werden: Ab Januar 2013 wurde die Operationalisierung der Bedarfsgemeinschafts-Typen umgestellt, was zu Verschiebungen innerhalb der Gruppen führte (weniger Alleinstehende: -400). Durch die jetzige Berücksichtigung von Personen mit Ausschlussgrund (Partner, Kinder) werden die BG-Typen realitätsnäher. Jedoch ist ein Jahresvergleich damit schwierig:

Man sieht anhand der Armutsrisiken nach Haushaltstypen, dass insbesondere das Armutsrisiko der Haushalte mit Kindern (ohne Berücksichtigung der Alleinerziehenden, da diese gesondert betrachtet werden), in der neuen Zuordnung, wieder gestiegen ist, aber auch das der Paar-Haushalte ohne Kinder. Da es auch bei den Alleinerziehenden eine Umstellung des Verfahrens gab, ist hier zu konstatieren, dass bei knapp 45 % liegen. Betrachtet man die Haushalte nach Kinderzahl, so bleibt nur das Armutsrisiko der Haushalte mit einem Kind konstant, währen das Risiko der 2-Kinder-Haushalte und der Haushalte mit 3 und mehr Kindern steigt (Abbildung 11).

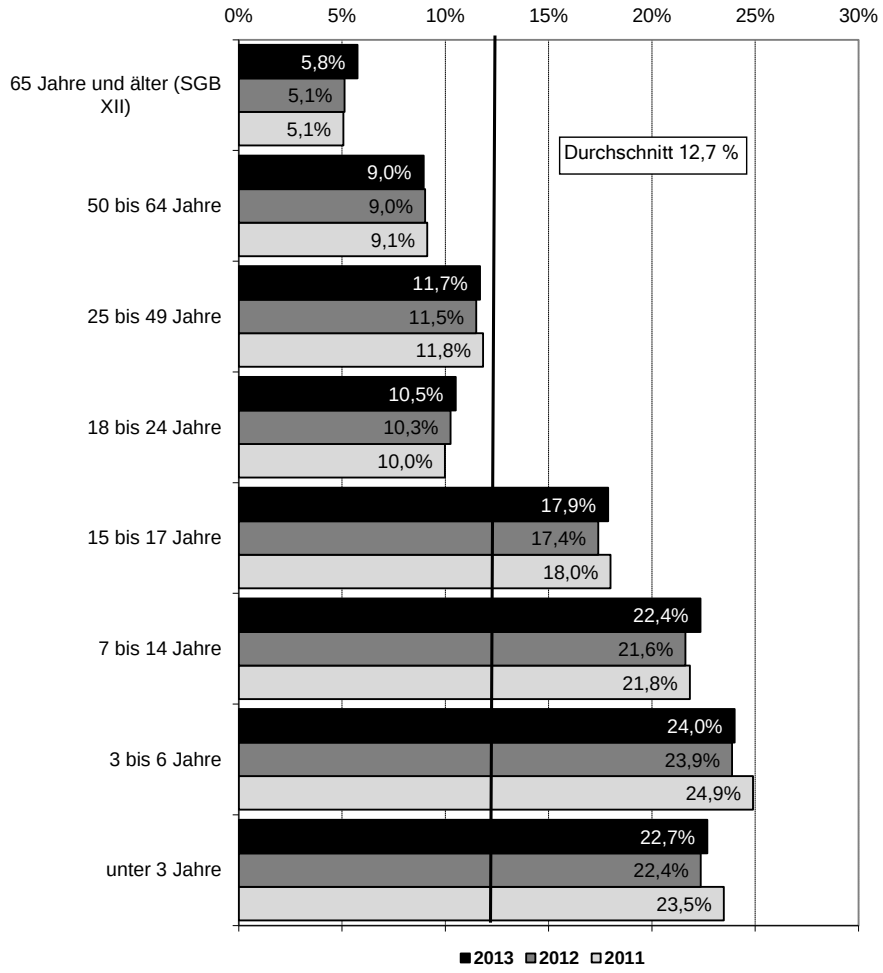
Eine besondere Armutsgefährdung weisen somit weiterhin Alleinerziehende und Haushalte mit mehreren Kindern auf. Das ist keine Besonderheit in Wiesbaden, sondern eine bundesweite Tatsache im SGB II-Bezug: Mit jedem Kind steigt der benötigte Einkommensbedarf – steht dann nur ein Einkommen pro Haushalt zur Verfügung, kann dieses kaum den Bedarf existenzsichernd decken. Gerade dann nicht, wenn es ein Erwerbseinkommen aus einer un- oder angelernten Tätigkeit ist, die ohne eine Berufsausbildung ausgeführt wird. Da ca. 65 % aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II aber über keine Berufsausbildung verfügen, ist die Ausgangslage auf dem Arbeitsmarkt ungünstig und ein bedarfsdeckendes Einkommen unwahrscheinlich. Es ist grundsätzlich bei Paar-Haushalten vonnöten, die Erwerbstätigkeit von beiden Partnern zu fördern, um ein bedarfsdeckendes Familieneinkommen zu erwirtschaften.

Besonders die Alleinerziehenden haben Schwierigkeiten, aus dem SGB II-Bezug heraus zu kommen, denn sie stehen als allein Verantwortliche für die Kindererziehung dem Arbeitsmarkt oft nur eingeschränkt zur Verfügung. Hinzu kommt, dass die Mietpreise in Wiesbaden sehr hoch liegen und einen Ausstieg aus SGB II im Vergleich zu anderen Städten erschweren.

Die SGB II-Leistungen dienen folglich in besonderem Maße der Sicherung des Lebensunterhaltes von Kindern. Dies zeigt sich in den altersspezifischen SGB II-Bezugsdichten (Abbildung 12).

Die Kinderarmutsdichte, gemessen am Bezug von Existenzsicherungsleistungen, liegt in etwa auf demselben Niveau wie im Vorjahr: 22 % der Wiesbadener Kinder unter 18 Jahren leben in Haushalten, die Leistungen gemäß SGB II beziehen. Allerdings, so zeigt die Abbildung 12 deutlich, liegen die SGB II-Dichten der Kinder um ein Vielfaches höher als die der Erwachsenen. Jedes 4. bis 5. Wiesbadener Kind wächst in Armut auf.

Abbildung 12: SGB II-Dichte nach Altersgruppen in der Wiesbadener Bevölkerung im November 2013 und Dezember 2012, 2011



Anmerkung: Der Durchschnitt von 12,7 % bezieht sich auf alle Personen, die Leistungen gemäß SGB II oder XII beziehen (unabhängig vom Alter der Person).

Quelle: Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik: Einwohnerzahlen; Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; Geschäftsstatistik; eigene Berechnungen und Darstellung

Es muss somit konstatiert werden, dass die soziale Absicherung von Kindern in vorrangigen (Leistungs-)Systemen (Steuer, Wohngeld, Kindergeld) noch nicht zufriedenstellend gelöst ist. Insgesamt betrachtet, beziehen 12,7 % der Wiesbadener Bevölkerung Existenzsicherungsleistungen; dies sind ein wenig mehr als noch im Vorjahr (+0,5 %). Die geringsten SGB II-Quoten weisen nach wie vor die Altersgruppe der 50- bis 64-Jährigen auf, auch wenn deren Quote in 2013 deutlich angestiegen ist.

IV. „Langzeitbezug“ von SGB II in Wiesbaden

1. Was bedeutet „Langzeitbezug“?

Im Diskurs über einen längerfristigen Ausschluss von Erwerbstätigkeit und den damit einhergehenden längeren Bezug von Transferleistungen werden zwei Begriffe sehr häufig unpräzise, sogar synonym, verwendet: Langzeitarbeitslosigkeit und Langzeitbezug.

Per Definition der Bundesagentur für Arbeit bedeutet Arbeitslosigkeit nicht zwangsläufig, dass keiner Erwerbstätigkeit nachgegangen wird, denn eine Beschäftigung bis zu 15 Wochenstunden kann auch mit dem Status „arbeitslos“ ausgeübt werden. Bedeutsam ist aber, dass eine Arbeitslosigkeit dann beendet wird, wenn entweder eine Tätigkeit mit mehr als 15 Wochenstunden aufgenommen wird; für mehr als sechs Wochen nichterwerbstätig abgemeldet oder arbeitsunfähig ist; **oder** wenn eine Teilnahme an einer arbeitsmarktpolitischen Maßnahme erfolgt.[12]

D.h. Personen, die sich schon seit Jahren im SGB II-Bezug befinden, sind erwerbsfähige Langzeitleistungsbeziehende, aber ihr Bezug kann (und ist zumeist) strukturiert von sich abwechselnden Phasen der Arbeitslosigkeit, der Arbeitsuche, der Erwerbstätigkeit, bei denen das Gehalt noch durch SGB II-Leistungen aufgestockt werden muss, um das Existenzminimum zu sichern oder durch die Teilnahme an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen.

Es wird deutlich, dass die erwerbsfähigen Personen im SGB II-Bezug, heterogene Situationen aufweisen und nicht zwangsläufig einem dauerhaften Ausschluss aus dem Arbeitsmarkt unterliegen. Richtig ist jedoch, dass Langzeitleistungsbeziehende anhaltend in eingeschränkten materiellen Verhältnissen leben, unabhängig von ihrer Einbindung in den Arbeitsmarkt. Dies betrifft auch das Drittel der Leistungsberechtigten im SGB II, nämlich die Kinder in Bedarfsgemeinschaften mit erwerbsfähigen Leistungsberechtigten.

Spricht man nur von Langzeitarbeitslosen umfasst das somit nur eine kleine Gruppe unter den erwerbsfähigen Langzeitleistungsbeziehenden, denn alle in Eingliederungsmaßnahmen befindlichen Personen, Erwerbstätige oder Erziehungsleistende mit Kindern unter 3 Jahren werden mit diesem Konzept - da sie nicht als Arbeitslose gelten - nicht berücksichtigt. Natürlich korrelieren Arbeitslosigkeit und Bezug stark: Da die SGB II-Leistungen („Grundsicherung für Arbeitsuchende“) eine Transferleistung ist, die eine Existenzsicherung für eine ganze Bedarfsgemeinschaft (nicht die eines Individuums) gewährleistet, ist ihr Bezug

[12] Vgl. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2013): Neue Arbeitsgruppe „Langzeitbezug“, in: IAB-Forum, Heft 2/2013, S. 45

einerseits davon abhängig, wie viele Personen in einem Haushalt leben und andererseits wie hoch das Einkommen der Mitglieder dieses Haushalts insgesamt ist.[13]
Die Dauer des Bezugs ist per Definition deshalb deutlich länger als die Dauer der Arbeitslosigkeit, da die Arbeitslosigkeit deutlich leichter unterbrochen werden kann (z.B. Teilnahme an Eingliederungsmaßnahmen) als der Bezug. So kennzeichnet die Dauer des Leistungsbezugs in aussagekräftiger Weise die Dauer der Armutslage der Leistungsberechtigten, während die Dauer der Arbeitslosigkeit tatsächlich nur den strengen Ausschluss darstellt. Während die Langzeitarbeitslosigkeit, die deutlich mit den Aktivierungspolitiken der Jobcenter und der Arbeitsmarktverfügbarkeit der Leistungsberechtigten korreliert, keinen klar zu interpretierenden Indikator darstellt.

Wann genau spricht man von Langzeitleistungsbezug?
Laut Definition der Bundesagentur für Arbeit wird eine erwerbsfähige Person ab 17 Jahren als Langzeitleistungsbezieher bezeichnet, wenn er in den letzten 24 Monaten mindestens 21 Monate Leistungen gemäß SGB II bezogen hat.
Allerdings sind nach diesem Konzept 70 % aller Wiesbadener Leistungsberechtigten Langzeitleistungsbezieher und es bietet nicht die nötige Differenziertheit, um diese Gruppe eingehender zu analysieren. Deshalb wird im Folgenden, mit Hilfe von BA-Daten, noch weiter differenziert nach Personen, die bereits 4 Jahre und länger im SGB II-Bezug sind. Ergänzt werden diese Analysen um eigene Daten des KJC Wiesbaden, in denen die Feststellung der Bezugsdauer bis zu den Anfängen des SGB II in 2005 zurückgeht.

2. Bedürftigkeitsrisiko und Ausstiegslöhne

Grundsätzlich ist das Risiko, auf SGB II-Leistungen angewiesen zu sein, ungleich verteilt. In einer aktuellen Untersuchung stellt das IAB heraus, dass das Bedürftigkeitsrisiko von Familien mit Kindern um ein Vielfaches höher ist und dass dieses Risiko steigt, je mehr Kinder sie haben. Besonders betroffen sind die Alleinerziehenden, da sie Betreuung und Erwerbstätigkeit alleine bewerkstelligen müssen und damit das Gehalt in den seltensten Fällen reicht, das Existenzminimum der Familie zu verdienen. Wenig überraschend sind ebenfalls die Ergebnisse, die zeigen, dass Arbeitslosigkeit sich signifikant negativ auf das Bedürftigkeitsrisiko auswirkt, da kein Erwerbseinkommen verdient wird – und die Bildung: liegt keine Abschluss vor, steigt auch hier wiederum das Bedürftigkeitsrisiko. Interessanterweise decken die angestellten multivariaten Analysen auf, dass zwar mehr Frauen SGB II-Leistungen beziehen, aber unter Berücksichtigung der Haushaltskonstellation

[13] Vgl. Lietzmann, Torsten/Uhl, Maria/Koller-Bösel, Lena (2013): Ursachen der Hilfebedürftigkeit: Arbeitslosigkeit ist nicht der einzige Risikofaktor, in: IAB-Forum, Heft 2/2013, S. 37

sind sie unterrepräsentiert. Das liegt vor allem daran, dass die besonders betroffene Gruppe der Alleinerziehenden fast ausschließlich Frauen umfasst.[14]
Wichtig ist die Feststellung, dass Arbeitslosigkeit zwar ein Faktor für den Bezug von SGB II-Leistungen ist, aber nicht der einzige. Eben eine Vielzahl von Faktoren (Kinder, Bedarfsgemeinschaftstyp, Bildung) spielen eine Rolle - und insbesondere die Größe der Bedarfsgemeinschaft, für die die Existenzsicherung gewährleistet werden muss, ist maßgeblich. Je größer der Haushalt ist, desto höher muss auch das erwirtschaftete Einkommen sein.[15] Für einen oder eine Alleinstehende/n ist es wahrscheinlich noch möglich, den individuellen Bedarf durch eine Vollzeiterwerbstätigkeit zu decken - selbst bei geringer Qualifikation. Aber dieses Gehalt wird nicht für eine vierköpfige Familie ausreichen; besonders nicht bei einer angelernten Tätigkeit in einer gering bezahlenden Branche.
Man kann bundesweit, und auch in Wiesbaden, den Trend beobachten, dass die Zahl der Erwerbstätigen im SGB II in den letzten Jahren ganz leicht steigt, während die Anzahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sinkt: es steigt ihr Anteil unter den Leistungsberechtigten. Somit hat scheinbar ein größerer Personenkreis im SGB II-Bezug zwar eine Einstiegsmöglichkeit in den Arbeitsmarkt, aber unter der Prämisse, mit diesem Verdienst nicht ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. So zeigen Auswertungen des Panels „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (PASS), dass die Gruppe der aufstockenden Erwerbstätigen eher durch hohe Stabilität als durch Fluktuation gekennzeichnet sind.[16]

Wie hoch muss ein Einkommen aus Erwerbstätigkeit - für unterschiedliche Bedarfsgemeinschaftstypen - in Wiesbaden aktuell sein, um keine Leistungen gemäß SGB II mehr zu benötigen? Sprich: wie hoch müssen „Ausstiegslöhne“ in Wiesbaden sein?[17]
Mitgedacht werden müssen drei Faktoren:

- Größe und Art der Bedarfsgemeinschaft: Einerseits dient die Größe zur Berechnung des Bedarfs und andererseits wird durch die Art der Familienkonstellation ermittelt, welche Steuerklasse zu berücksichtigen ist.
- Miete und Nebenkosten der Wohnung, denn das sind Faktoren bei der Berechnung von Bedarfen.

---

[14] Vgl. Lietzmann, Torsten/Uhl, Maria/Koller-Bösel, Lena (2013): Ursachen der Hilfebedürftigkeit: Arbeitslosigkeit ist nicht der einzige Risikofaktor, in: IAB-Forum, Heft 2/2013, S. 38f.
[15] Vgl. Lietzmann, Torsten/Uhl, Maria/Koller-Bösel, Lena (2013): Ursachen der Hilfebedürftigkeit: Arbeitslosigkeit ist nicht der einzige Risikofaktor, in: IAB-Forum, Heft 2/2013, S. 40f.
[16] Vgl. Bruckmeier, Kerstin/Eggs, Johannes/Himsel, Carina/Trappmann, Mark/Walwei, Ulrich (2013): Steinig und lang - der Weg aus dem Leistungsbezug, in: IAB-Kurzbericht, Heft 14/2013, S. 2ff.
[17] Hier werden Berechnungen des Geschäftsberichts 2012 aktualisiert.

- Freibeträge auf Erwerbseinkommen; denn von ihnen hängt auch die Inanspruchnahme von vorrangigen Leistungen ab (Kinderzuschlag und Wohngeld).

In Tabelle 6 werden die Ausstiegslöhne dargestellt, die eine Bedarfsgemeinschaft erzielen müsste (siehe unterschiedliche Berechnungen je nach Haushaltskonstellation[18]), um zwar vorrangige Leistungen, nämlich Wohngeld und Kinderzuschlag zu beziehen, aber darüber hinaus nicht mehr auf SGB II-Leistungen angewiesen zu sein.

Die Tabelle ist so aufgebaut, dass zuerst die Bruttoentgelte und daraus resultierende Nettoentgelte der Erwerbstätigkeit addiert werden mit ggfs. Wohngeld und Kinderzuschlag, wenn ein Anspruch darauf besteht. Abzüglich der Freibeträge ergibt sich dann das anrechenbare Einkommen auf einen SGB II-Anspruch. Darunter sind die aktuellen Bedarfe gemäß SGB II der verschiedenen Haushaltskontexte aufgeführt. Die Beispiele sind genau so gewählt, dass das anrechenbare Einkommen gerade ausreicht, um nicht mehr hilfebedürftig im Sinne des SGB II zu sein.

Da die Berechnung eines solchen „Ausstiegslohnes“ unter anderem davon abhängt, wie hoch die Miete und die Nebenkosten der jeweiligen Bedarfsgemeinschaft ist, wird eine mittlere Miete (Medianmiete) in Wiesbaden als Grundlage herangezogen. Diese Medianmieten, die zur Berechnung herangezogen werden, sind empirisch berechnete Mieten von Leistungsberechtigten der jeweiligen Bedarfsgemeinschaftstypen im November 2013 und spiegeln somit realistisch die Wohnlage der Klienten wider.

Tabelle 6: Notwendiges Bruttoarbeitsentgelt beim Bezug vorrangiger Leistungen, um keinen Grundsicherungsleistungen gemäß SGB II zu beziehen (Wiesbaden 2013, nach Haushaltskonstellation, bei Medianmiete)

	Alleinstehend	Ehepaar mit 2 Kindern	Alleinerziehende mit 1 Kind
Bruttoentgelt	1.550	1.750	1.650
Nettoentgelt	1.107	1.395	1.211
+ Wohngeld	0	202	77
+ Kindergeld	0	368	184
+ Kinderzuschlag	0	280	140
- Erwerbstätigenfreibetrag	300	330	330
= anrechenbares Einkommen auf SGB II-Anspruch	807	1.915	1.282
Grundsicherungsbedarf gemäß SGB II-Anspruch	806	1.905	1.286
darunter KdU	365	614	507
darunter Heizkosten	50	95	80

Quelle: OPEN/Prosoz 11/2013 eigene Auswertungen; Nettolohnrechner 2013; Wohngeldrechner 2014; SGB II-Rechner 2014

Ein Lesebeispiel für Alleinerziehende:

Ein/e Alleinerziehende/r mit einem Kind, das acht Jahre alt ist, hat gemäß der aktuellen Regelsatz- und Mehrbedarfsregelungen des SGB II einen Grundsicherungsbedarf von 1.286 Euro. Angenommen sie wohnen in einer größenadäquaten Wohnung in Wiesbaden, die im

[18] Die gewählten Beispiele sind: Alleinstehend; Partner-Bedarfsgemeinschaft mit 2 Kindern im Alter von 2 und 8 Jahren; Alleinerziehend mit einem Kind im Alter von 8 Jahren.

mittleren Mietpreisniveau liegt (587 Euro Miete inkl. Neben-/Heizkosten). Um diese beiden Personen mit einem eigenen Erwerbseinkommen zu versorgen – dabei aber noch staatliche Unterstützungsleistungen durch Wohngeld und Kinderzuschlag in Anspruch zu nehmen- und nicht auf SGB II-Leistungen angewiesen zu sein, muss die/der Alleinerziehende mindestens 1.650 Euro brutto verdienen.

Exkurs zu den benötigten Ausstiegslöhnen, wenn eine Miete im 75 % Quartil – statt einer Medianmiete - angenommen wird: Wenn die Mieten höher liegen, wie hier angenommen, steigt auch der gesamte Bedarf. Bei einer Miete im 75 % Quartil bedeutet das, dass der Bedarf eines Alleinstehenden auf 898 € steigt, für die vierköpfige Familie auf 2.022 € und für die/den Alleinerziehende/n auf 1.362 €.
Um diesen Bedarf mit Erwerbseinkommen zu erwirtschaften (unter Hinzuziehung vorrangiger Leistungen für die Familien mit Kindern) ergibt sich ein Bruttoentgelt für Alleinstehende in Höhe von 1.730 €. Und betrachtet man nun vergleichend die Familie mit 2 Kindern und die/den Alleinerziehende/n kommt es zu einer paradoxen Situation, die sich durch die verschiedenen, nicht integrierten Leistungssysteme Wohngeld, Kinderzuschlag und Arbeitslosengeld II ergibt:
Während die vierköpfige Familie mit nur 50 € mehr Bruttogehalt, also 1.800 €, genügend vorrangige Leistungen (Wohngeld und Kinderzuschlag) bezieht, um keinen SGB II-Leistungsanspruch bei höherer Miete zu haben, besteht diese Möglichkeit für Alleinerziehende nicht. Denn durch die Deckelung des Wohngeldes für das Bruttogehalt eines 2-Personen-Haushalte bei 1.671 €, fällt diese vorrangige Leistung für Alleinerziehende weg, die in diesem Bereich verdienen. Zugleich sinkt die Höhe des Kinderzuschlags für diesen Personenkreis, da auch hier der Gehaltskorridor für den vollen Kinderzuschlag überschritten wird.
An diesem Rechenexempel wird offensichtlich, wie dringend es der Überarbeitung des Wohngeldes bedarf und der Verbesserung im Ineinandergreifen der verschiedenen Leistungssysteme. Denn es ist im Sinne sozialer Gerechtigkeit nicht einsehbar, warum ein bestimmtes Gehalt für eine vierköpfige Familie, in der nur einer erwerbstätig ist, ausreicht, um Wohngeld und Kinderzuschlag in voller Höhe zu erhalten, während derselbe Betrag für eine/n Alleinerziehende/n, trotz schlechterer Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Kinderbetreuung, diese nicht zulässt. Mit einer solchen Logik erklärt sich auch, warum gerade die Alleinerziehenden diejenigen sind, die sich überproportional häufig im Langzeitleistungsbezug befinden.

Möchte man die Bruttoentgelte ermitteln, die nötig wären, um auf gar keine staatlichen Unterstützungsleistungen mehr angewiesen zu sein, so würden diese natürlich deutlich höher ausfallen. In der folgenden Tabelle sind die Ausstiegslöhne aufgeführt, die ohne den Bezug von Wohngeld und Kinderzuschlag erwirtschaftet werden müssten.

Tabelle 7: Notwendiges Bruttoarbeitsentgelt um weder vorrangige Leistungen noch Grundsicherungsleistungen gemäß SGB II zu beziehen (Wiesbaden 2013, nach Haushaltskonstellation, bei Medianmiete)

	Alleinstehend	Ehepaar mit 2 Kindern	Alleinerziehende mit 1 Kind
Bruttoentgelt	1.550	2.500	2.050
Nettoentgelt	1.107	1.873	1.434
+ Wohngeld	0	0	0
+ Kindergeld	0	368	184
+ Kinderzuschlag	0	0	0
- Erwerbstätigenfreibetrag	300	330	330
= anrechenbares Einkommen auf SGB II-Anspruch	807	1.911	1.288
Grundsicherungsbedarf gemäß SGB II-Anspruch	806	1.905	1.286
darunter KdU	365	614	507
darunter Heizkosten	50	95	80

Quelle: OPEN/Prosoz 11/2013 eigene Auswertungen; Nettolohnrechner 2013; Wohngeldrechner 2014; SGB II-Rechner 2014

Diese Zahlen bleiben erst einmal abstrakt, wenn man nicht das Lohngefüge bestimmter Branchen im Vergleich betrachtet. In der nächsten Tabelle sind deshalb die tatsächlich verdienten Bruttolöhne im Jahr 2012 exemplarisch für fünf Branchen ausgewählt worden, die - wie zuvor aufgezeigt wurde - maßgebliche Branchen für SGB II-Leistungsberechtigte sind: Einzelhandel, Gastronomie, Wach- und Sicherheitsdienst, Gebäudebetreuung (beinhaltet auch Reinigungsdienste) und Zeitarbeit.

Dargestellt sind die empirischen Bruttolöhne in diesen Branchen für eine Vollzeitstelle, an der Grenze zwischen dem 1. und 2. Quintil. Diesen Lohnbereich anzunehmen, erscheint aufgrund der geringen Qualifikation der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im SGB II realistisch, denn zwei Drittel verfügen über keine Berufsausbildung und üben oftmals un- bzw. angelernte Tätigkeiten aus.

Tabelle 8: Branchenübliche Bruttolöhne (Grenze 1. und 2. Quintil) für Westdeutschland 2012

Monatliche Bruttoarbeitsentgelte von sv-pflichtig Vollzeitbeschäftigten (ohne Auszubildende) in Westdeutschland, BA: Entgeltstatistik, 31.12.2012	Einzelhandel (o. Handel mit Kfz)	Gastronomie	Wach- und Sicherheitsdienste (und Detekteien)	Gebäudebetreuung/Garten- u. Landschaftsbau	Vermittlung und Überlassung von Arbeitskräften
Bruttoarbeitsentgelt je Monat; Grenze zwischen 1. und 2. Quintil	1.651,00 €	1.128,00 €	1.570,00 €	1.498,00 €	1.307,00 €

Quelle: BA: Sozialversicherungspflichtige Bruttoarbeitsentgelte - Entgeltstatistik - Stichtag 31.12.2012, Tabelle 7.2.2

Bei einem Vergleich der zuerst dargestellten notwendigen Gehälter mit den tatsächlich gezahlten Bruttoentgelten aus der Entgeltstatistik wird deutlich, wie schwierig ein Ausstieg aus dem SGB II-Bezug ist.

Als Alleinstehender ist es, durch den relativ geringen Bedarf, möglich, in den Branchen Einzelhandel und Wach- und Sicherheitsdienste mit einer Vollzeitstelle so viel zu verdienen, dass kein SGB II-Bezug notwendig ist. Im Einzelhandel ist es ebenfalls möglich, den Bedarf einer Alleinerziehenden und ihres Kindes gerade so zu decken – vorausgesetzt sie beziehen zusätzlich noch Wohngeld und Kinderzuschlag und sie ist in der Lage, die Beschäftigung in Vollzeit auszuführen. Den Bedarf einer vierköpfigen Familie, selbst unter Hinzuziehung von vorrangigen Leistungen, deckt man als Allein-Verdiener/Verdienerin mit keiner Erwerbstätigkeit in den fünf aufgeführten Branchen.

Zwar hat sich in Westdeutschland das Familienleben insoweit verändert, dass nicht mehr das Alleinverdienermodell die vorherrschende Lebensform von Familien ist. Dennoch hat der Wandel auch nicht dazu geführt, dass Frauen und gerade Mütter in gleicher Weise erwerbsorientiert wie Männer bzw. Väter sind. Vielmehr ist die meist gelebte Familienform heute das Zuverdienermodell, in dem der Mann immer noch das Haupterwerbseinkommen erzielt und die Frau einen Zuverdienst, häufig in Teilzeit und ohne Sozialversicherungspflicht, erwirtschaftet. Institutionell verfestigt wird dieses Familienmodell dadurch, dass bestimmte sozialpolitische Regulierungen dieses begünstigen (bspw. Ehegattensplitting); verschärft wird diese Verfestigung durch eine strukturelle Lohnbenachteiligung von Frauen.[19]

Dieses gesellschaftlich gelebte Modell dominiert auch im Kontext des SGB II, da auch die hier die meisten Bedarfsgemeinschaften eine Rollenverteilung im modernisierten Ernährermodell leben: das sehen sowohl die Vermittlungsfachkräfte als auch die Leistungsbeziehenden selbst oft als eine den Lebensumständen angemessene Erwerbs- und Familienkonstellation.[20]

So befindet sich auch in Westdeutschland das traditionelle Familienmodell zwar auf dem Rückzug, aber von der normativen Vorstellung, dass ein Einkommen ausreichen müsste, eine Familie zu ernähren, haben sich weder der öffentliche Diskurs noch eine breite gesellschaftliche Basis verabschiedet. So verwundert es wenig, dass das Armutsrisiko

[19] Vgl. Gottschall/Schröder (2013): „Familienlohn“ - Zur Entwicklung einer wirkmächtigen Normierung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, in: WSI-Mitteilungen, Ausgabe 3, S.161f.

[20] Vgl. Brand/Rudolph (2014): Auf zu neuen Ufern? Geschlechterleitbilder im Wandel, in: WSI Mitteilungen, Heft 2/2014, S. 92

gerade für die Haushalte mit Kindern, die keine erweiterte Erwerbsteilhabe realisieren können, entsprechend hoch ist.[21]

Problematisch bleibt weiterhin die existente Rollenaufteilung bezüglich der Familienarbeit: Da die Mütter nur einen Zuverdienst erwirtschaften, bleibt bei ihnen die Kinderbetreuung und -erziehung weiterhin überantwortet und führt im Zirkelschluss wiederum zu verbundenen Risiken einer reduzierten Erwerbsteilhabe.[22] So zeigen Studien des Wiedereinstiegs von Müttern mit längeren Erwerbsunterbrechungen durch Erziehungszeiten, dass dieser – selbst bei Frauen mit mittlerem und hohem Qualifikationsniveau – schwierig ist und oft in Teilzeiterwerbstätigkeit oder in eine Beschäftigung, für die die Frauen überqualifiziert sind, führt.[23] Dieses Risiko der reduzierten Erwerbsteilhabe hat wiederum zwei weitreichende Konsequenzen: Im Falle einer Trennung vom Partner reicht das Erwerbseinkommen der Frau nicht zur Existenzsicherung aus, und die späteren Rentenansprüche sinken anteilig. Will man sich dieser Problematik ernsthaft stellen, muss man vorrangig über Fragen der gerechten (Um)Verteilung von Familien-Arbeit zwischen den Geschlechtern sprechen, in Ergänzung mit dem Verhältnis von Erwerbs- und Familien-Arbeit für Männer und Frauen.

3. SGB II-Bezugsdauern in Wiesbaden

Wie schon erwähnt, sind zwei Drittel, nämlich genau 66 %, aller erwerbsfähigen leistungsberechtigten Langzeitleistungsbeziehenden, die – per Definition der BA – in den letzten 24 Monaten mindestens 21 Monate Leistungen gemäß SGB II bezogen haben.

Gemessen an der Grundgesamtheit aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten verteilen sich die Langzeitleistungsbeziehenden in den Altersklassen wie folgt:

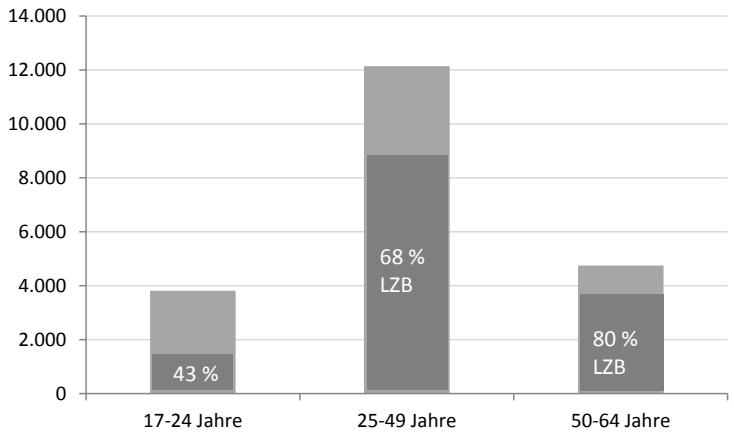
---

[21] Vgl. Gottschall/Schröder (2013): „Familienlohn“ – Zur Entwicklung einer wirkmächtigen Normierung geschlechtsspezifischer Arbeitsteilung, in: WSI-Mitteilungen, Ausgabe 3, S.161 und 166

[22] Vgl. Berninger/Dingeldey (2013): Familieneinkommen als neue Normalität?, in: WSI-Mitteilungen, Ausgabe 3, S.189

[23] Vgl. Diener, Katharina/Götz, Susanne/Schreyer, Franziska/Stephan, Gesine (2013): Beruflicher Wiedereinsteig mit Hürden, in: IAB-Kurzbericht, Heft 34/2013, S. 7

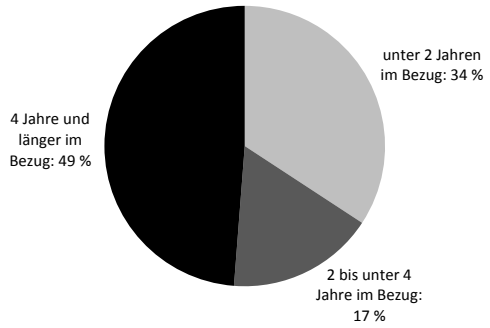
Abbildung 13: Anteil der Langzeitleistungsbeziehern unter den erwerbsfähigen Leistungsberechtigten nach Altersklassen im Dezember 2013 in Wiesbaden



Quelle: BA: Kennzahlentool;t-3; daraus Abfrage der Grunddaten, eigene Darstellung

Es befinden sich viele der Leistungsberechtigten im SGB II in Wiesbaden schon recht lange im Bezug. Einen ersten Eindruck, wie lange die Bezugsdauern sind, gibt die folgende Grafik.

Abbildung 14: Bisherige Bezugsdauern (mit Unterbrechungen von bis zu 31 Tagen) von SGB II der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im Juni 2013 in Wiesbaden



Quelle: BA: Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II. Report für Kreise und kreisfreie Städte, Wiesbaden, Berichtsmonat Dezember 2013; eigene Darstellung (N=20.823)

Eine Sonderauswertung der BA gibt Aufschluss darüber, wie bestimmte sozialstrukturelle Merkmale der Leistungsberechtigten mit der Bezugsdauer in Zusammenhang stehen (Tabelle 9).

Tabelle 9: Bezugsdauern von LZB im SGB II nach ausgewählten Merkmalen im Dezember 2013 in Wiesbaden

Merkmal	Insgesamt	Anteil an Insgesamt in %				
		unter 2 Jahre	2 - 3 Jahre	3 - 4 Jahre	4 - 5 Jahre	5 Jahre und länger
Insgesamt	13.750	1,7	6,8	7,3	8,6	75,6
Geschlecht						
Männer	6.045	1,7	6,8	8,2	9,4	73,8
Frauen	7.705	1,6	6,8	6,6	8,0	76,9
Alter						
17 bis unter 25 Jahre	1.632	2,1	9,4	7,4	8,3	72,7
25 bis unter 50 Jahre	8.311	1,9	7,3	8,1	9,5	73,1
50 Jahre und älter	3.807	0,9	4,6	5,5	6,9	82,1
Art der Erwerbstätigkeit						
erwerbstätige LZB	4.716	1,7	6,2	7,8	9,0	75,4
Typ der Bedarfsgemeinschaft						
Single-BG	4.792	1,5	6,8	8,4	9,0	74,3
Alleinerziehende BG	2.895	1,2	6,4	5,9	8,2	78,4
Partner BG ohne Kinder	1.629	2,3	7,3	5,5	8,4	76,5
Partner BG mit Kinder	3.917	2,1	7,2	8,3	8,7	73,7
Art der Berufsausbildung						
ohne Berufsausbildung	9.673	1,6	6,8	7,0	8,3	76,2
mit berufl./ schul. Berufsausbildung	3.377	1,5	6,0	7,9	9,2	75,5
akad. Berufsausbildung	309	4,2	13,3	13,9	7,4	61,2
keine Angabe Berufsausbildung	391	1,8	8,2	4,3	12,5	73,1

Quelle: BA: Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II. Sonderauswertung der Strukturdaten der Langzeitleistungsbezieher, Wiesbaden, Berichtsmonat Dezember 2013

Um Aufschluss darüber zu bekommen, ob Personen mit bestimmten Merkmalen überproportional oft 5 Jahre und länger im Leistungsbezug sind, kann man deren Prozentanteile in Verhältnis setzen zu dem gesamten Anteil von 75,6 %:

Es sind gerade die 50-Jährigen und Älteren, die zu einem höheren Anteil bereits 5 Jahre und länger, Leistungen gemäß SGB II beziehen. Die hohen Bezugsdauern fallen bei den 15- bis 25-Jährigen unterdurchschnittlich aus: Das kann man wohl darin begründet sehen, dass – wie eine bundesweite Studie herausarbeitet – längere finanzielle Hilfebedürftigkeit bei jungen Erwachsenen nicht in der Breite besteht, es aber dennoch eine nicht unbedeutende Gruppe von jungen Leistungsberechtigten gibt, denen auf Dauer keine stabile Arbeitslosenmarktintegration gelingt.[24]

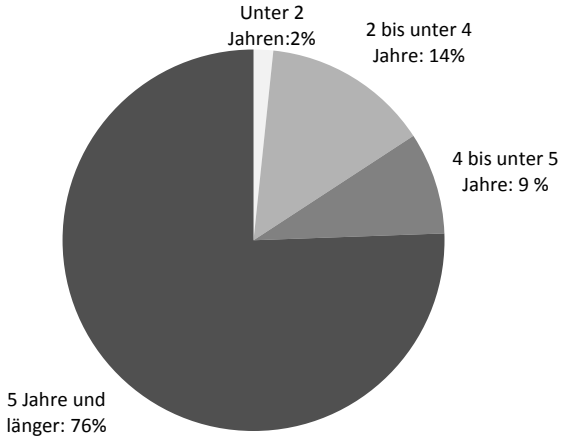
Ebenso befinden sich anteilig mehr Frauen unter den Langzeitleistungsbeziehern, was daran liegt, dass sie die Gruppe der Alleinerziehenden stellen, die besonders von Hilfebedürftigkeit betroffen ist.

Überproportional vertreten sind im Langzeitleistungsbezug über 5 Jahre auch insbesondere die Alleinerziehenden in Wiesbaden. Dieses Ergebnis entspricht gängigen Befunden, so wie auch die Feststellung, dass Personen ohne Berufsausbildung in überdurchschnittlichem Maße betroffen sind.

[24] Vgl. Schels, Brigitte (2013): Zwischen Überbrückung und Verstetigung: Leistungsbezugs- und Erwerbssequenzen junger Arbeitslosengeld-II-Empfänger, in: WSI Mitteilungen, Heft 8/2013, S. 569f.

Prozentuiert man nochmal die Bezugsdauern nur innerhalb der Gruppe der Langzeitleistungsbeziehende (nicht auf alle eLb) sieht die Verteilung noch einmal deutlich anders aus:

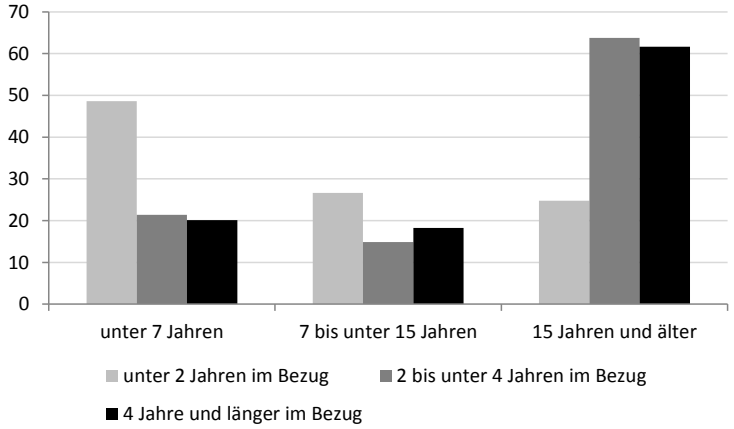
Abbildung 15: Erwerbsfähige Langzeitleistungsbeziehende nach Dauer des Bezugs von SGB II-Leistungen im Dezember 2013 in Wiesbaden



Quelle: BA: Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II. Sonderauswertung der Strukturdaten der Langzeitleistungsbeziehern, Wiesbaden, Berichtsmonat Dezember 2013; eigene Darstellung (N=13.750)

Es sind innerhalb einer Betrachtung auf der Ebene der Bedarfsgemeinschaften wiederum die Familien mit Kindern, besonders die mit vielen Kindern, und Alleinerziehende, die überproportional von langen Bezugsdauern betroffen sind. Betrachtet man zusätzlich auch die Bezugsdauern der nicht erwerbsfähigen Leistungsberechtigten - also der Kinder - unterscheiden die Werte sich insgesamt betrachtet nur geringfügig von denen der Erwerbsfähigen. Aber aufgeteilt nach verschiedenen Altersklassen sieht man, dass auch Kinder besonders davon betroffen sind, lange im SGB II-Bezug leben zu müssen.

Abbildung 16: Bisherige Bezugsdauern (mit Unterbrechungen von bis zu 31 Tagen) von SGB II der Kinder im Juni 2013 in Wiesbaden



Quelle: BA: Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II. Report für Kreise und kreisfreie Städte, Wiesbaden, Berichtsmonat Dezember 2013; eigene Darstellung (N=9.959)

Durch den empirischen Umstand, dass viele der Kinder, die unter 7 Jahren alt sind, allein bedingt durch ihr Alter eine natürliche Begrenzung der Bezugsdauer haben, die häufig unter 4 Jahren liegt, hat man hier eine Verzerrung: Denn unter allen Kindern, die älter als 7 Jahre sind, sieht man, dass darunter ca. 80 % als Langzeitleistungsbezieher gelten. Differenzierter betrachtet, sind sogar über 60 % länger als 4 Jahre im Bezug.

Seit Längerem schon beschäftigt sich die Armutsforschung mit der Persistenz von Armut: Haben wir es in Deutschland mit einem Phänomen verfestigter Armut zu tun, die nur einen kleinen Personenkreis betrifft oder weitet sich das Armutsrisiko am unteren Rand der Mittelschicht aus? Die Ergebnisse unterschiedlicher Studien zeigen, dass man nicht von einer Ausbreitung der Prekarität ausgehen kann, in dem Sinne, dass immer mehr Menschen einem Armutsrisiko unterliegen, sondern vielmehr kann man von verfestigter Armut sprechen. Armutsphasen halten länger an; die betroffen Personen sind zunehmend durch Deprivation in unterschiedlichen Lebensbereichen gekennzeichnet; und das Armutsrisiko konzentriert sich auf bestimmte Bevölkerungsgruppen.[25]

Der Ausstieg aus dem Bezug von Transferleistungen gestaltet sich sehr schwierig – wie auch das vorangegangene Kapitel zu den Ausstiegslöhnen verdeutlicht: Viele Personen, denen es gelingt, den Leistungsbezug zu überwinden, bleiben aber nicht dauerhaft ohne Bezug. So liegt die Schlussfolgerung nahe, dass die SGB II-Leistungsberechtigten überwiegend von Bedarfsgemeinschaften geprägt werden, die über längere Zeiträume durchgehend oder auch wiederholt SGB II-Leistungen beziehen.[26]

---

[25] Groh-Samberg, Olaf (2007): Armut in Deutschland verfestigt sich, in: DIW Wochenbericht, Nr. 12/2007, S. 177ff.

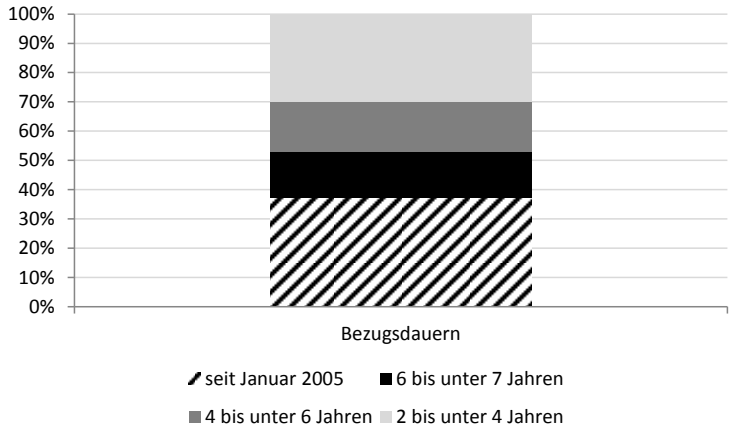
[26] Brussig, Martin/Knuth, Matthias (2011): Die Zukunft der Grundsicherung – Individualisieren, konzentrieren, intensivieren. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschaft- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, in: WISO-Diskurs, S. 14

Darauf weisen auch die Ab- und Zugänge nach Betrachtung ihrem vorherigen bzw. nachträglichen, erneuten SGB II-Bezug hin: Im Dezember 2013 sind 74 % (!) der Zugänge erwerbsfähiger Leistungsberechtigter zuvor bereits im SGB II-Bezug gewesen. Und von den Abgängen waren es ein Drittel (33 %), das innerhalb der folgenden drei Monate wiederum Leistungen gemäß SGB II benötigten[27].

Spannend wäre es, die Gruppe der 4 Jahre und länger im Bezug Befindlichen genauer zu differenzieren, um zu sehen, wie viele der Leistungsberechtigten sich schon seit Beginn des SGB II 2005 im Bezug befinden. Leider sind diese Daten auf Kreisebene für Wiesbaden nicht valide, aber eine Sonderauswertung im Methodenbericht der BA zu den Verweildauern zeigt folgendes Ergebnis:

Untersucht wurden die Bezugsdauern mit Unterbrechungen von bis zu 31 Tagen für 219 Kreise im Dezember 2011. Dabei wurde festgestellt, dass 73 % aller Leistungsberechtigter per Definition Langzeitleistungsbezieher waren; d.h. in den letzten 24 Monaten mindestens 21 Monate im Bezug. Besonders interessant ist, dass unter den Langzeitleistungsbeziehern 37 % seit Januar 2005 im Bezug sind und weitere 33 % beziehen seit über 4 Jahren Transferleistungen gemäß SGB II.

Abbildung 17: Langzeitleistungsbezieher nach bisheriger Dauer (mit Unterbrechungen von bis zu 31 Tagen) im Dezember 2011 für 219 Kreise mit durchgehend vollständigen Daten seit 2005



Quelle: BA: Methodenbericht. Verweildauern von Leistungsberechtigten in der Grundsicherung für Arbeitsuchende, Juni 2013; S. 18, eigene Darstellung

Es bleibt zu vermuten, dass die Zahlen für Wiesbaden nicht wesentlich von diesem hier gezeigten Muster abweichen: d.h. unter den Langzeitleistungsbeziehern befindet sich nur ein

[27] Quelle: BA: Statistik der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II. Report für Kreise und kreisfreie Städte, Wiesbaden, Berichtsmonat Dezember 2013; eigene Berechnungen

relativ kleiner Anteil, der weniger als 4 Jahre im Bezug ist; der überwiegende Anteil (über 50 %) ist länger als 6 Jahre im Bezug und sogar knapp 40 % beziehen seit Einführung des SGB II im Januar 2005 Leistungen gemäß SGB II.

D.h. will man sich der Problematik des Langzeitbezugs widmen, wie es bereits die meisten Fachforen besonders in 2013 getan haben, kann man nur in einem ersten Schritt anerkennen, dass die Gruppe der Langzeitleistungsbeziehenden sehr heterogen ist. Und das nicht nur, wenn man die Langzeitleistungsbeziehenden gemäß der BA-Definition betrachtet. Es gibt eben auch eine große Gruppe der sehr langen, nämlich über 5 Jahre, Leistungsbeziehenden, die vielschichtig ist.
Der lange Leistungsbezug an sich wird per se zum „Vermittlungshemmnis“ und damit zum Hemmnis, den Ausstieg aus dem Bezug von Existenzsicherungsleitungen zu schaffen. Dabei können in zwei Dimensionen unterschieden werden:
Einerseits geht mit langem Bezug auch bei vielen der langjährige Ausschluss vom Arbeitsmarkt einher. Zwar sind 34 % der LZB über 5 Jahre erwerbstätig, aber 66 % sind eben auch nicht am Arbeitsmarkt beteiligt. Die Unterscheidung der beiden Gruppen ist aber essentiell, will man sich der Problematik des LZB nähern, denn wie Studien zeigen, ist gerade die Erwerbstätigkeit und der damit einhergehende Anschluss an den Arbeitsmarkt ein wesentliches Kriterium für Teilhabeempfinden und Lebenszufriedenheit.[28]
Hinzu kommt die Dimension der fehlenden gesellschaftlichen Teilhabe, die durch die langanhaltende finanzielle Ressourcenknappheit bedingt ist. Gerade für die unter 25-Jährigen gibt es aktuelle Befunde, dass sie sehr stark in ihrer subjektiv empfundenen Teilhabe durch materielle Möglichkeiten eingeschränkt sind.[29]
Studien belegen eindrücklich, inwiefern die Regelleistungen zwar eine existenzsichernde Versorgung bereitstellen, aber dass sie nicht in der Lage sind, eine gesellschaftlich adäquate Konsum- und somit auch Teilhabeposition zu gewährleisten.[30] Dieser Aspekt ist für diejenigen LZB, die erwerbstätig sind, ebenso zutreffend wie für die nicht erwerbstätigen.
Das wirft folgende Fragen auf:
Im Kontext, dass die meisten Leistungsberechtigten von einem langen Bezug betroffen sind, es unterschiedliche Risikofaktoren für einen langen Bezug gibt und somit auch sehr heterogen Gruppen innerhalb der Langzeitleistungsbeziehenden; zudem die geringe

---

[28] Vgl. Sthamer, Evelyn/Brülle, Jan/Opitz, Lena (2013): Inklusive Gesellschaft - Teilhabe in Deutschland. Zur sozialen Teilhabe von Menschen in prekären Lebenslagen, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (Hrsg.), S. 75

[29] Vgl. Sthamer, Evelyn/Brülle, Jan/Opitz, Lena (2013): Inklusive Gesellschaft - Teilhabe in Deutschland. Zur sozialen Teilhabe von Menschen in prekären Lebenslagen, Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (Hrsg.), S. 76

[30] Vgl. Becker, Irene/Schüssler, Reinhard (2014): Das Grundsicherungsniveau. Ergebnis der Verteilungsentwicklung und normativer Setzungen, Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier 298, S. 110 ff.

Chance, einen Ausstiegslohn erwirtschaften zu können (wie das vorangegangene eindrücklich Kapitel IV. 2 belegt): Welche Strategien kann es sozialpolitisch geben?
An erster Stelle scheinen Qualifizierungsmöglichkeiten die Strategie zu sein, die Leistungsberechtigte am besten dazu zu befähigen, die eigenen Bedarfe durch Erwerbseinkommen, aus qualifizierten Tätigkeiten heraus, zu verdienen.
Des Weiteren legen die dargestellten Forschungsergebnisse mit ihrer Betonung der Wichtigkeit von Teilhabe durch Erwerbstätigkeit nahe, dass auch über die Umsetzung eines sozialen Arbeitsmarktes zeitnah nachgedacht werden müsste.
Das KJC Wiesbaden setzt deshalb insbesondere die Umschulungs- und Weiterbildungsmöglichkeiten der 25-jährigen und älteren eLb in den Fokus ihrer Arbeit, und analog dazu die Ausbildungsmöglichkeiten für die unter 25-Jährigen. Trotz gesunkenen Bundesmitteln für Eingliederungsleistungen (siehe Kapitel III.4) wurden die benötigten Mittel, um ein adäquates Platzangebot in diesen Bereichen der Qualifizierung aufrecht zu erhalten bzw. auszubauen, kommunal finanziert. Diese zusätzlichen kommunalen Mittel in relevanter Höhe setzte die Landeshauptstadt Wiesbaden bereits über mehrere Jahre zu, da die Wichtigkeit dieses Themas politisch erkannt ist. In 2013 wurden bspw. 800.000 € insbesondere für zusätzliche Umschulungsplätze, auch im Hinblick auf den Anschluss an die niedrigschwellige Eingliederungsmaßnahme der Trainingszentren (siehe dazu genauer Kapitel V), bereit gestellt. Allerdings kann die Landeshauptstadt Wiesbaden ab 2015 keine zusätzlichen kommunalen Mittel mehr zur Verfügung stellen.
Schließlich ist ein bundesweiter Befund, dass sich gerade Familien mit vielen Kindern und Alleinerziehende im Langzeitleistungsbezug befinden. Die Befunde der hier vorliegenden Kapitel zu den hohen Armutsquoten von Kindern (Kapitel III.3), ihren langen Bezugsdauern (Kapitel IV.3) und den hohen, zu erwirtschafteten Löhnen für Alleinerziehende (Kapitel IV.2) machen deutlich, dass die soziale Absicherung von Kindern durch vorrangige (Leistungs-)Systeme (Steuer, Wohngeld, Kindergeld) noch nicht zufriedenstellend gelöst ist. Die Grundsicherung von Kindern muss in der Weise sichergestellt sein, dass die Existenz von Kindern – und deren Anzahl – kein „Risiko“ für Armut darstellt.

V. Eingliederungsmaßnahmen für Arbeitsuchende

Die Eingliederungsmaßnahmen des kommunalen Jobcenters haben die Aufgabe, Arbeitsuchende

- rasch in Ausbildung bzw. in Erwerbstätigkeit zu integrieren,
- in den Fällen, in denen dies nicht möglich ist, die Qualifikation und Beschäftigungsfähigkeit zu verbessern,
- und auch arbeitsmarktfernen Personen die gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

1. Eingliederungsleistungen für unter 25-Jährige ohne Berufsausbildung

1.839 junge Menschen ohne Berufsausbildung konnten insgesamt im Jahr 2013 von der Ausbildungsagentur mit Hilfe von Eingliederungsmaßnahmen aus dem SGB II unterstützt werden. Im Vergleich zu 2012 konnten damit 10 % weniger Jugendliche aktiviert werden.
Setzt man die Zahl der Eintritte dieser Personengruppe[31] im Zuständigkeitsbereich der AGT für das Jahr 2013 in Eingliederungsmaßnahmen in das Verhältnis zu der Gruppe der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten diesen Alters, erhält man folgende Relation in einer Hochrechnung: Es befinden sich 2013 rund 2.800 eLb diesen Alters[32] in der Zuständigkeit der AGT. Bei 1.839 Teilnehmenden an Eingliederungsmaßnahmen bedeutet dies, dass ca. 66 % aktiviert wurden. Bezieht man auch hier die Erwerbstätigen (ca. 340 Personen) in die Betrachtung der „Aktivierten“ mit ein, ergibt sich ein Anteil von um die 78 %.
Bedacht werden muss bei einer solch annäherungsweisen Relation[33], dass erstens eine Person auch mehrere Maßnahmen in einem Jahr besuchen kann, und dass zweitens ein Vermittlungsversuch hier nicht abgebildet ist: D.h. es ist davon auszugehen, dass mehr Personen einen Vermittlungsvorschlag erhalten haben, aber diesem aus diversen Gründen nicht nachkommen konnten, als es Teilnehmende an Maßnahmen gab.
Vorrangiges Ziel der Ausbildungsagentur ist die Förderung der Berufsausbildung, die im Fokus der Beratung der Jugendlichen steht. Denn viele Studien und auch die eigenen Wiesbadener Daten zeigen, dass eine fehlende Berufsausbildung der größte Risikofaktor ist, langfristig auf Transferleistungen angewiesen zu sein. Die jungen Erwachsenen, für die die Ausbildungsagentur in Wiesbaden zuständig ist, unterscheiden sich aber deutlich und sind sehr heterogen in ihren Voraussetzungen:

---

[31] Während in der Ausbildungsagentur alle unter 25-Jährigen ohne Berufsausbildung betreut werden, befinden sich alle 25-Jährigen und Älteren in der Zuständigkeit der kommunalen Arbeitsvermittlung (ebenso wie die unter 25-Jährigen mit Berufsausbildung).

[32] Ca. 2.000 eLb monatlich*0,033 Fluktuation durch Zugänge*12 Monate+2.000=792+2.000= 2.792 eLb.

[33] Es handelt sich hier nicht um eine exakte Berechnung, sondern durch die Annahme von Durchschnittswerten und Fluktationsquoten gleicht es einer Hochrechnung.

Es gibt einerseits die ausbildungsreifen Jugendlichen, die schnell beruflich orientiert und in eine geeignete Berufsausbildung zu vermitteln sind, und andererseits gibt es die Jugendlichen, bei denen eine Ausbildung aufgrund verschiedener Gründe aktuell schwierig erscheint und die einer besonderen Förderung bedürfen.
Ein wichtiger Baustein dabei ist weiterhin die Förderung der außerbetrieblichen Berufsausbildung. In 2013 konnte das in 2012 gesteigerte Platzangebot weiter stabil gehalten werden: Es begannen 151 Jugendliche eine außerbetriebliche Ausbildung. Im Bereich der Berufsvorbereitenden Maßnahmen (BvB) hingegen, stellte die zuständige Agentur für Arbeit Wiesbaden 2013 deutlich weniger Plätze als noch in 2012 zur Verfügung.
Es gibt aber unter den unter 25-Jährigen ohne Berufsausbildung auch die Gruppe, für die eine Ausbildung ebenfalls aus unterschiedlichen Gründen nicht in Frage kommt und für die eine Beschäftigung angestrebt wird. Deshalb besuchte eine weitere große Gruppe Maßnahmen, die der Heranführung an den Arbeits- bzw. Ausbildungsmarkt dienen sollen: 521 Jugendliche nutzen dazu die Angebote des Vermittlungsgutscheins, der Vermittlung durch Dritte oder die Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung. Allerdings waren in diesem Förderbereich die Teilnehmendenzahlen im Vergleich zu 2012 rückläufig.
Für die zuvor genannte Gruppe der jungen Menschen, für die eher die Integration in den Arbeits- als in den Ausbildungsmarkt angezeigt ist, kann auch gerade die Arbeitsgelegenheit (AGH) als Instrument eingesetzt werden, um Berufsorientierung, Motivation, Einstellungen etc. zu überprüfen. Sie ist unter anderem auch für eine spezielle Gruppe der Jugendlichen sinnvoll, die sich in multiplen Problemlagen befinden und sich der Beratung entziehen (Tabelle 10).
So befand sich schließlich die drittgrößte Gruppe an Eingliederungsmaßnahmen in Arbeitsgelegenheiten (222 Personen). Hier sind die Zahlen, wie auch schon in 2012, durch die zweite große Instrumentenreform (Inkrafttreten am 1. April 2012), rückläufig.

Tabelle 10: Eingliederungsleistungen für unter 25-Jährige SGB II-Leistungsberechtigte ohne Berufsausbildung im Jahr 2013[34] und 2012

	Unter 25-Jährige ohne Berufsausbildung	Maßnahme-teilnehmer 2012	Frauen	Ausländer	Neu-eintritte	Maßnahme-teilnehmer 2013	Frauen	Ausländer	Neu-eintritte
1.	**1. Beratung, Vorbereitung und Unterstützung der Arbeitsuche**								
1.1	Eingelöste Vermittlungsgutscheine (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V. m. § 45 Abs. 4, Satz 3 SGB III)	4	0%	75%	4	2	50%	0%	2
1.2	Beauftragung Dritter mit der Vermittlung (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 45 Abs 1 Nr. 3 SGB III)	103	48%	40%	98	88	48%	36%	67
1.3	Förderung aus dem Vermittlungsbudget (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 44 SGB III) - nachrichtlich -	473	55%	43%	473	470	51%	46%	470
1.4	Teilnahmen an Maßnahmen zur Aktivierung und berufl. Eingliederung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 45 SGB III)	534	48%	27%	518	431	47%	27%	404
	Teilnehmer/innen insg. (ohne Einmalleistungen)	**641**	**48%**	**29%**	**620**	**521**	**43%**	**31%**	**473**
2.	**Qualifizierung**								
2.1	Berufliche Weiterbildung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 81 ff. SGB III)	9	33%	22%	5	10	10%	20%	9
2.2	Umschulungen (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 81 ff. SGB III)	24	83%	21%	23	24	96%	33%	10
	Teilnehmer/innen insg.	**33**	**70%**	**21%**	**28**	**34**	**71%**	**29%**	**19**
3.	**Förderung der Berufsausbildung**								
3.1	Berufsvorbereitende Maßnahme (BVB) (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 51 SGB III)	248	40%	36%	150	176	32%	38%	101
3.2	Berufsausbildung Benachteiligter (BAE) (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 76 SGB III)	424	35%	31%	158	424	32%	31%	151
3.3	Wiesbaden EQ (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 54a SGB III)	23	35%	44%	9	10	30%	20%	3
3.4	Sonst. Förderung der Berufsausbildung (§ 16 Abs. 1 SGB II)	22	46%	23%	10	10	50%	10%	3
	Teilnehmer/innen insg.	**717**	**37%**	**33%**	**327**	**620**	**33%**	**32%**	**258**
4.	**Beschäftigungsfördernde Maßnahmen**								
4.1	Förderung abhängiger Beschäftigung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 88 ff. bzw. §§ 417 ff. SGB III)	4	50%	25%	4	4	25%	25%	2
4.2	Förderung von Arbeitsverhältnissen (§ 16e SGB II)	-	-	-	-	0	0%	0%	0
4.3	Förderung der Selbständigkeit (§ 16b und § 16c SGB II)	-	-	-	-	0	0%	0%	0
	Teilnehmer/innen insg.	**4**	**50%**	**25%**	**4**	**4**	**25%**	**25%**	**2**
5.	**Arbeitsgelegenheiten**								
5.1	AGH mit Mehraufwandsentschädigung (§ 16d SGB II)	43	49%	19%	34	36	50%	25%	22
5.2	AGH mit Anleitung (§ 16d SGB II)	230	32%	24%	165	186	31%	24%	130
	Teilnehmer/innen insg.	**273**	**35%**	**23%**	**199**	**222**	**34%**	**24%**	**152**
6.	**Freie Förderung**								
6.1	Freie Förderung nach § 16f SGB II	6	33%	67%	4	40	35%	45%	36
6.2	Darlehen (§ 16f SGB II)	2	0%	50%	2	5	40%	0%	5
6.3	Erprobung innovativer Ansätze	-				0	0%	0%	0
	Teilnehmer/innen insg.	**8**	**25%**	**63%**	**6**	**45**	**36%**	**40%**	**41**
7.	**Flankierende Leistungen**								
7.1	Schuldnerberatung (§ 16a Nr. 2 SGB II)	20	50%	15%	13	25	40%	24%	15
7.2	Suchtberatung (§ 16a Nr. 4 SGB II)	16	19%	19%	12	12	42%	17%	9
7.3	Kinderbetreuung (§ 16a Nr. 1 SGB II)	24	100%	17%	16	11	100%	9%	4
7.4	Psycho-soziale Leistungen (§ 16a Nr. 3 SGB II)	21	62%	0%	12	18	61%	17%	11
	Teilnehmer/innen insg.	**81**	**62%**	**12%**	**53**	**66**	**56%**	**18%**	**39**
8.	**Integrations- und Sprachkurse für Migranten**								
8.1	Integrationskurse für Migranten (BAMF) (§ 44 AufenthG)	171	42%	92%	130	206	44%	91%	147
8.2	Berufsbezogene Sprachkurse	13	85%	85%	10	23	61%	87%	20
	Teilnehmer/innen insg.	**184**	**45%**	**92%**	**140**	**229**	**46%**	**90%**	**167**
9.	**Drittfinanzierte Projekte und auslaufende Förderinstrumente**								
9.1	Perspektive 50plus (aus Pakt-Mitteln des Bundes)	-	-	-	-	0	0%	0%	0
9.2	Sonst. Ausbildungen (Drittmittel)	36	83%	14%	20	53	75%	28%	24
9.3	Sonstige drittfinanzierte Projekte	78	60%	35%	50	45	49%	36%	35
	Teilnehmer/innen insg.	**114**	**68%**	**28%**	**70**	**98**	**63%**	**32%**	**59**
	Gesamt (Eingliederungsstatistik)	**2055**	**44%**	**35%**	**1447**	**1839**	**44%**	**39%**	**1210**
	zum Vergleich **Gesamt - ohne Flankierende Leistungen -**	**1974**	**43%**	**35%**	**1394**	**1773**	**43%**	**40%**	**1171**

Anmerkung: Ausführliche Maßnahmenbeschreibung in Übersicht 9

Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Auswertungen

Insgesamt über alle Maßnahmen betrachtet, ist der Frauenanteil an allen Maßnahmen im Vergleich zu 2012 gesunken (von 44 % auf 42 %). Insbesondere im Bereich der Förderung

[34] Nicht aufgeführt sind TeilnehmerInnen in rein kommunal finanzierten Maßnahmen (< 5 % aller Teilnehmenden).

der Berufsausbildung ist der Frauenanteil sehr gering – diesem Problem versucht die AGT mit speziellen (Teilzeit-)Angeboten für (allein-)erziehende Mütter oder auch Erweiterung der Berufssparten zu begegnen.
Bei dem Anteil der Ausländer an den Maßnahmeteilnehmern gibt es eine deutliche Steigerung: Während in 2012 insgesamt 35 % aller Teilnehmenden an Eingliederungsmaßnahmen ausländischer Nationalität waren, so sind es in 2013 39 %.

2. Eingliederungsleistungen für 25-Jährige und Ältere

In 2013 wurden insgesamt 11.337 Personen durch Eingliederungsmaßnahmen an den Arbeitsmarkt herangeführt. Damit wurden 8 % weniger Teilnehmende im Alter zwischen 25 und 65 Jahren aktiviert als noch in 2012 (-1.026 Personen).
Setzt man die Zahl der Eintritte der Personen, die 25 Jahre und älter sind[35] im Zuständigkeitsbereich der kommAV und der Leistungssachbearbeitung[36] für das vergangene Jahr 2013 in Eingliederungsmaßnahmen in das Verhältnis zu der Gruppe der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten diesen Alters, erhält man folgende Relation in einer Hochrechnung:
Es befinden sich pro Monat ca. 18.000 eLb über 25 Jahre in der Zuständigkeit der kommAV oder der Leistungssachbearbeitung. Hinzu kommt eine ungefähre Fluktuation durch Zugänge pro Monat von durchschnittlich 3,3 % (d.h. rund 650 Personen monatlich). Somit sind annäherungsweise ca. 25.000[37] eLb dieses Alters im Jahr 2013 Klientinnen und Klienten des Wiesbadener KJC gewesen. Das bedeutet, dass gut 45 % der eLb über 25 Jahren im Jahr 2013 in Eingliederungsmaßnahmen aktiviert wurden. Zusätzlich gibt es aber auch einen großen Anteil Erwerbstätiger, den man grundsätzlich auch als „aktiviert“ ansehen kann (ca. 6.400 Personen) – bezieht man diese Gruppe in die Berechnung mit ein, ergibt sich ein Anteil von 70 %.
Die geringere Aktivierung zum Vorjahr ist vorrangig dem Wegfall der „Sofortmaßnahme“ geschuldet, die eine Maßnahme zur Sofortaktivierung gleich zu Beginn einer Antragsstellung an einen Träger vergeben war. Diese Pilot-Maßnahme wurde Mitte 2013 eingestellt und

[35] Während in der Ausbildungsagentur alle unter 25-Jährigen ohne Berufsausbildung betreut werden, befinden sich alle 25-Jährigen und Älteren in der Zuständigkeit der kommunalen Arbeitsvermittlung (ebenso wie die unter 25-Jährigen mit Berufsausbildung).

[36] Es ist davon auszugehen, dass die Klientinnen und Klienten in der Zuständigkeit der Leistungssachbearbeitung (LS) nicht an Eingliederungsleistungen teilnehmen – allerdings können diese monatlich rund 6.000 eLb nicht unberücksichtigt bleiben.

[37] Ca. 18.000 eLb monatlich in der Zuständigkeit kommAV*0,033 Fluktuation durch Zugänge*12 Monate=7.128+18.000= 25.128 eLb.

führte zu einem deutlichen Rückgang bei den Maßnahmen der Kategorie Beratung, Vorbereitung und Unterstützung der Arbeitsuche.
Die zweite große Gruppe mit 2.236 Personen besuchte Integrations- bzw. Sprachkurse, um grundlegende Voraussetzungen zur Eingliederung in den Arbeitsmarkt zu gewährleisten - hier war die Zahl der Teilnehmenden relativ stabil zum Vorjahr.
Weiterhin befanden sich in 2013 1.393 Personen in einer Arbeitsgelegenheit, die unterschiedliche Funktionen verfolgen kann: Stabilisierung der Arbeitsfähigkeit, Feststellung der Arbeitsmotivation, Brancheneignung, Integration etc. In der AGH finden sich deshalb Gruppen mit unterschiedlichen Zielstrategien wieder: Während bei einigen die Arbeitsmarktintegration mittelfristig angestrebt wird (Neuorientierung, Aufbau bzw. Erhalt der Nähe zum 1. Arbeitsmarkt), ist bei anderen das Ziel eher längerfristig (Arbeitserprobung, Stabilisierung, Ausweitung der Beschäftigungsfähigkeit) oder die AGH dient gänzlich zur Diagnose von Ressourcen und Strategieermittlung. Die Teilnehmendenzahlen hier sind im Vergleich zu 2012 um 28 % rückläufig. Hier kommt einerseits erneut die Instrumentenreform mit einer Regelung zum Ausdruck, nach der die Dauer der Teilnahme an einer AGH eingeschränkt wurde. Andererseits wirkt sich hier auch die Reduzierung der Eingliederungsmittel durch den Bund negativ aus. Somit können viele Personen, die bereits eine AGH absolviert haben und bei denen eigentlich eine erneute Teilnahme in eine AGH sinnvoll wäre, nicht erneut in diese einmünden.
Trotz eingeschränkter Eingliederungsmittel legt das KJC Wiesbaden einen Schwerpunkt in dem Bereich der Qualifizierung, insbesondere durch die Zusetzung kommunaler Mittel: Umschulungen und Weiterbildungen sind zwar, im Vergleich mit vielen anderen Maßnahmen, langfristiger und teurer – aber in vielen Fällen gewähren nur sie die Chance auf den Ausstieg aus Transferleistungen. Denn zwei Drittel der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten verfügt über keine Berufsausbildung und findet somit nur schwerlich einen Zugang zum Arbeitsmarkt; und wenn auch nicht in dem Umfang, um die Hilfebedürftigkeit zu überwinden. Hier kommt die geschäftspolitische Leitlinie des Jobcenters zum Ausdruck, eher in nachhaltige berufliche Qualifizierung als in eine schnelle Vermittlung in prekäre Arbeitsverhältnisse zu investieren.
Durch konsequente Arbeit an der Umsetzung eines geschlechtergerechten Zugangs zum Arbeitsmarkt und zu den Eingliederungsmaßnahmen, konnte es auch in 2013, wie auch schon die Jahre zuvor, gelingen, die Aktivierung von Frauen weiterhin anteilig zu steigern. Insgesamt waren in 2013 50 % aller Aktivierten im Altersbereich 25 Jahre und älter weiblich.
Wiesbaden hat mittlerweile ein großes Portfolio an Eingliederungsmaßnahmen, die speziell für Frauen konzipiert wurden. Diese umfassen alle Bereiche von Orientierung, über Qualifizierung, bis hin zu Integration. Einige Beispiele konkreter Maßnahmen sind: Perspektiven für den Wiedereinstieg; Berufsorientierungskurse in Teilzeit;

Existenzgründungsberatung für Frauen oder Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen in gewerblich technischen Berufen.

Während in 2012 bei den 25-Jährigen und Älteren der Anteil der AusländerInnen unter den Teilnehmenden an Eingliederungsmaßnahmen gestiegen ist, stagniert er in 2013 bei 38 %.

Tabelle 11: Eingliederungsleistungen für über 25-Jährige SGB II-Leistungsberechtigte im Jahr 2013[38] und 2012

	25-Jährige und Ältere	Maßnahme-teilnehmende 2012	Frauen	Ausländer	Neu-eintritte	Maßnahme-teilnehmende 2013	Frauen	Ausländer	Neu-eintritte
1.	**1. Beratung, Vorbereitung und Unterstützung der Arbeitsuche**								
1.1	Eingelöste Vermittlungsgutscheine (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V. m. § 45 Abs. 4, Satz 3 SGB III)	23	26%	44%	23	22	50%	18%	22
1.2	Beauftragung Dritter mit der Vermittlung (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 45 Abs 1 Nr. 3 SGB III)	1402	39%	31%	1130	951	36%	31%	701
1.3	Förderung aus dem Vermittlungsbudget (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 44 SGB III) - nachrichtlich -	4457	50%	31%	4457	3541	50%	31%	3541
1.4	Teilnahmen an Maßnahmen zur Aktivierung und berufl. Eingliederung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 45 SGB III)	2696	46%	32%	2557	2432	45%	31%	2204
	Teilnehmer/innen insg. (ohne Einmalleistungen)	**4121**	**43%**	**32%**	**3710**	**3405**	**43%**	**31%**	**2927**
2.	**Qualifizierung**								
2.1	Berufliche Weiterbildung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 81 ff. SGB III)	657	48%	30%	548	586	49%	27%	438
2.2	Umschulungen (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 81 ff. SGB III)	330	62%	25%	164	378	66%	29%	174
	Teilnehmer/innen insg.	**987**	**53%**	**28%**	**712**	**964**	**55%**	**27%**	**612**
3.	**Förderung der Berufsausbildung**								
3.1	Berufsvorbereitende Maßnahme (BVB) (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 51 SGB III)	-	-	-	-	0	0%	0%	0
3.2	Berufsausbildung Benachteiligter (BAE) (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 76 SGB III) -	-	-	-		0	0%	0%	0
3.3	Wiesbaden EQ (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 54a SGB III)	-	-	-	-	1	100%	0%	1
3.4	Sonst. Förderung der Berufsausbildung (§ 16 Abs. 1 SGB II)	1	0%	0%	0	0	0%	0%	0
	Teilnehmer/innen insg.	**1**	**0%**	**0%**	**0**	**1**	**100%**	**0%**	**1**
4.	**Beschäftigungsfördernde Maßnahmen**								
4.1	Förderung abhängiger Beschäftigung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 88 ff. bzw. §§ 417 ff. SGB III)	596	40%	24%	379	527	42%	24%	271
4.2	Förderung von Arbeitsverhältnissen (§ 16e SGB II)	62	19%	19%	43	63	21%	19%	8
4.3	Förderung der Selbständigkeit (§ 16b und § 16c SGB II)	252	44%	20%	192	309	43%	24%	241
	Teilnehmer/innen insg.	**910**	**39%**	**23%**	**614**	**899**	**41%**	**24%**	**520**
5.	**Arbeitsgelegenheiten**								
5.1	AGH mit Mehraufwandsentschädigung (§ 16d SGB II)	695	50%	17%	427	545	51%	19%	311
5.2	AGH mit Anleitung (§ 16d SGB II)	1251	31%	27%	756	848	32%	30%	422
	Teilnehmer/innen insg.	**1946**	**38%**	**23%**	**1183**	**1393**	**39%**	**26%**	**733**
6.	**Freie Förderung**								
6.1	Freie Förderung nach § 16f SGB II	44	50%	39%	31	34	76%	53%	25
6.2	Darlehen (§ 16f SGB II)	52	23%	33%	52	69	22%	23%	69
6.3	Erprobung innovativer Ansätze					0	0%	0%	0
	Teilnehmer/innen insg.	**96**	**35%**	**35%**	**83**	**103**	**40%**	**33%**	**94**
7.	**Flankierende Leistungen**								
7.1	Schuldnerberatung (§ 16a Nr. 2 SGB II)	378	41%	32%	253	328	43%	27%	190
7.2	Suchtberatung (§ 16a Nr. 4 SGB II)	117	16%	17%	78	103	14%	24%	72
7.3	Kinderbetreuung (§ 16a Nr. 1 SGB II)	287	90%	43%	198	310	93%	41%	167
7.4	Psycho-soziale Leistungen (§ 16a Nr. 3 SGB II)	53	45%	23%	38	40	40%	28%	24
	Teilnehmer/innen insg.	**835**	**55%**	**33%**	**567**	**781**	**59%**	**32%**	**453**
8.	**Integrations- und Sprachkurse für Migranten**								
8.1	Integrationskurse für Migranten (BAMF) (§ 44 AufenthG)	2200	66%	81%	1796	2085	62%	87%	1738
8.2	Berufsbezogene Sprachkurse	112	75%	74%	76	151	68%	76%	117
	Teilnehmer/innen insg.	**2312**	**67%**	**80%**	**1872**	**2236**	**62%**	**86%**	**1855**
9.	**Drittfinanzierte Projekte und auslaufende Förderinstrumente**								
9.1	Perspektive 50plus (aus Pakt-Mitteln des Bundes)	1059	46%	27%	757	1358	50%	26%	1236
9.2	Sonst. Ausbildungen (Drittmittel)	5	100%	20%	1	11	100%	18%	7
9.3	Sonstige drittfinanzierte Projekte	89	79%	36%	50	186	74%	49%	159
	Teilnehmer/innen insg.	**1153**	**48%**	**27%**	**808**	**1555**	**53%**	**29%**	**1402**
	Gesamt (Eingliederungsstatistik)	**12361**	**48%**	**38%**	**9549**	**11337**	**50%**	**38%**	**12138**
	zum Vergleich **Gesamt - ohne Flankierende Leistungen -**	**11526**	**48%**	**39%**	**8982**	**10556**	**49%**	**38%**	**11685**

[38] Nicht aufgeführt sind TeilnehmerInnen in rein kommunal finanzierten Maßnahmen (< 1 % aller Teilnehmenden).

Anmerkung: Ausführliche Maßnahmenbeschreibung in Übersicht 9
Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Auswertungen

Im Kontext des Schwerpunktthemas „Langzeitbezug“ ist es aufschlussreich, sich die Zahlen der LZB in Eingliederungsmaßnahmen anzuschauen: Monatlich besuchten durchschnittlich 1.336 LZB in 2013 Eingliederungsmaßnahmen des KJC. Im Verhältnis zum durchschnittlichen Bestand der LZB sind das rund 10 %. Vergleicht man diese „Aktivierungsquote der LZB“ im Sinne der Ergänzungsgröße K3E2 (Kennzahlen nach § 48a SGB II) mit anderen Rhein-Main-Städten wie Frankfurt, Darmstadt, Offenbach und Mainz, ist sie als hoch einzustufen.
Gerade durch Maßnahmen für LZB, wie bspw. die „niedrigschwelligen“ Trainingszentren, die Ende 2012 eingerichtet wurden, um nach einem ganzheitlichen Konzept Integrationsfortschritte bei Personen zu erzielen, die schon sehr lange im SGB II-Bezug sind und bereits viele Eingliederungsmaßnahmen durchlaufen haben, bemüht sich das KJC um einen Teil der LZB. Zusammen mit der strategischen Ausrichtung des KJC, Qualifizierungen in den Fokus seiner Tätigkeiten zu stellen, ist die Förderung in dieser Eingliederungsmaßnahme ein wichtiger Vorbereitungsschritt, um bspw. eine Umschulung anzuschließen. Hier werden im Sinne von Bildungsketten die Qualifizierungsfähigkeiten – und Qualifizierungsschritte sinnvoll aufeinander aufgebaut.

Abschließend werden zwei Maßnahmen, die im Jahr 2013 eine besondere Innovation waren bzw. gute Ergebnisse gebracht haben, folgend detaillierter vorgestellt:

1.) Vermittlung durch Dritte – intensiv (gefördert nach § 16 Absatz 1 Zweites Buch Sozialgesetzbuch SGB II i. V. m. § 45 Absatz 1 Satz 1 Nr. 3 Drittes Buch Sozialgesetzbuch SGB III)

Teilnehmerstruktur

Das Projekt „Vermittlung durch Dritte – intensiv“ wird in dem Zeitraum 01.05.2012 bis 30.04.2014 von der *vhs Wiesbaden e.V. – Fachbereich Beruf und Karriere* – durchgeführt.
Die Maßnahme richtet sich an erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die Anspruch auf Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II) haben, arbeitslos sind und ggf. geringfügig in so genannten 450 Euro Jobs tätig sind.
Ziel der Maßnahme ist die Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im allgemeinen Arbeitsmarkt mit einem Einkommen, das die Beendigung des Leistungsbezugs ermöglicht.
Die 65 Teilnehmerplätze sind durchgängig besetzt und werden sowohl mit Kunden des Fallmanagements (FM) 1. Arbeitsmarkt des Kommunalen Jobcenters Wiesbaden als auch der Ausbildungsagentur der Landeshauptstadt Wiesbaden besetzt.

Die Teilnehmerstruktur ist sehr heterogen im Hinblick auf Qualifikation, Geschlecht und Herkunft, Schul-/Ausbildung, Vorkenntnisse (z.B. im Bereich EDV) sowie Alter und familiäre Situation. Teilnehmer/Teilnehmerinnen aus dem FM 1. Arbeitsmarkt verfügen zum überwiegenden Teil über eine abgeschlossene Ausbildung (ca. 50 - 60 %, zum Teil auch im Ausland erworben) in unterschiedlichen Ausbildungsberufen, teilweise auch in Berufen, die einen Studienabschluss erfordern.
Alle Teilnehmer und Teilnehmerinnen werden von den FM vor dem Hintergrund einer schnellen und realistischen Integration in den 1. Arbeitsmarkt zugewiesen.
Teilnehmer und Teilnehmerinnen ohne Berufsabschluss bewerben sich hauptsächlich im Bereich der Helfertätigkeiten (Verkaufshilfen, Küchenhelfer, Fahrer, hauswirtschaftliche Helfer, Reinigungskräfte).

Aufbau des Vermittlungsprojektes

Einzelberatungen mit den Themenbereichen Bewerbungscoaching und Bewerbungsmanagement finden zwei Mal wöchentlich statt. Darüber hinaus werden ergänzend wöchentlich Gruppenangebote (Workshops) zu bestimmten berufsrelevanten Themen durchgeführt.
Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen erhalten einen Monatsplan und wählen pro Woche mindestens ein Workshop-Angebot in Absprache mit ihrem Berater aus. Die Workshops umfassen in der Regel 4 Unterrichtsstunden und gliedern sich in die Themenbereiche

- verbesserte Eigenpräsentation im Bewerbungsprozess
- Vorbereitung auf den Arbeitsmarkt/die Anforderungen der Arbeitswelt
- EDV-Training

Die Workshop-Angebote verteilen sich auf den Vor- und Nachmittag, so dass auch Teilnehmer und Teilnehmerinnen mit Mini- oder Teilzeit-Jobs, kleinen Kindern oder anderen Betreuungspflichten nicht benachteiligt werden und bei der Auswahl der Kurse flexibel sind.
Die Teilnehmer und Teilnehmerinnen erhalten einerseits durch das Schulungsangebot die Möglichkeit, sich besser „zu vermarkten“, um überzeugender und professioneller im Vorstellungsgespräch bei zukünftigen Arbeitgebern aufzutreten. Andererseits optimieren EDV-Schulungen die „technische“ Komponente der Bewerbung. Stellenrecherche im Internet, der Umgang mit MS-Office-Produkten bzw. E-Mail-Programmen sind Bausteine, die eine verbesserte Erstellung/Versendung von Bewerbungen ermöglichen. Gute EDV-Kenntnisse sind überwiegend Grundvoraussetzung in vielen Arbeitsfeldern auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt.
Ergänzt werden die Workshops durch Firmenpräsentationen und Gastvorträge.

Zur Verbesserung der Vermittlungschancen können während der Maßnahmedauer betriebliche Praktika bei mehreren Arbeitgebern erfolgen. Die Praxisstellen orientieren sich an der beruflichen Zielsetzung des Teilnehmers bzw. der Teilnehmerin, die nach der gemeinsamen Zielfindungsphase zu Beginn der Maßnahme als realistisch und umsetzbar befunden wurden. Die betriebliche Erprobung findet in Unternehmen statt, die einen grundsätzlichen Personalbedarf haben.
Teilnehmer und Teilnehmerinnen, die in ein sozialversicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis vermittelt werden, erhalten eine Nachbetreuung während der Probezeit. Angebote dazu sind ein Ehemaligenstammtisch, die Kontaktpflege durch den Berater oder eine tel. „Notfallsprechstunde“, zur Klärung von Problemen im Zusammenhang mit der neuen Arbeitsstelle.

Fazit

In Kombination mit den individuellen und vermittlungsorientierten Beratungsgesprächen und Bewerbungsaktivitäten der vhs wurden gute (Vermittlungs-) Ergebnisse erzielt.
Die Teilnehmer/Teilnehmerinnen schätzen die intensive Unterstützung im Bewerbungsprozess. Eine tel./pers. Kontaktaufnahme durch den Berater im Vorfeld einer Bewerbung öffnet i.d.R. Türen bei den Arbeitgebern. Die Tatsache, dass sich Bewerber und Bewerberinnen in einem Vermittlungs- und Qualifizierungsprojekt der vhs befinden, hat oft eine positive Wirkung auf Entscheidungsträger in den Unternehmen. Auch die Teilnehmer und Teilnehmerinnen selbst bewerten die Teilnahme bei einem bekannten und angesehenen Bildungsträger - der vhs - als Qualitätsfaktor.
Insgesamt konnten 2013 über 100 Teilnehmer und Teilnehmerinnen erfolgreich und zumeist auch nachhaltig in ein Arbeitsverhältnis vermittelt werden.

2.) OK - Orientierungs- und Aktivierungskurs für Männer mit Migrationshintergrund

(gefördert im Rahmen des Arbeitsmarktbudget 2013 des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration)

Teilnehmerstruktur

Ziel der Maßnahme ist, erwerbsfähige leistungsberechtigte Männer (eLb) über 25 Jahre mit Migrationshintergrund und multiplen Problemlagen langfristig in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren.
Langzeitarbeitslose Männer mit niedrigem Qualifikationsstand, Berufsentfremdung, die schwer vermittelbar sind, sollen durch individuelle Förderung der persönlichen und sozialen Handlungskompetenzen und Reflexion männerspezifischer Rollenidentität, die Möglichkeit einer realistischen Berufsperspektive erarbeiten und diese in Verbindung mit der Erstellung eines individuellen Handlungsplans zeitnah umsetzen.
Das Projekt „OK“ wird seit dem 01.09.2013 vom Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft

e. V. durchgeführt und hat eine Dauer von insgesamt 24 Monaten. Es handelt sich um ein niedrigschwelliges Angebot, die Teilnehmer haben eine Anwesenheitszeit von 5 Stunden täglich. Die maximale Zuweisungsdauer für jeden einzelnen Teilnehmer beträgt 6 Monate.

Aufbau der Maßnahme

Bei der Umsetzung der Zielerreichung wird eine zielgruppenorientierte Methodik und Didaktik angewendet.

Die Maßnahme umfasst folgende Inhalte:

- Modul 1 - Berufliche Orientierung
- Modul 2 – Berufliche Kenntnisvermittlung
- Modul 3 – Bewerbungstraining
- Modul 4 – Sprachtraining
- Modul 5 – Soziale Aktivitäten und Gesundheitstraining

Die einzelnen Module werden in den wöchentlichen Unterrichtseinheiten (25 Unterrichtsstunden) variabel eingesetzt.

Unterstützend zu den Unterrichtseinheiten werden 2-mal im Monat 60 minütige Einzelcoachings je Teilnehmer durchgeführt.

Während der gesamten Maßnahme werden verschiedene Methoden zur optimalen Inhaltsvermittlung je nach Themengebiet eingesetzt: Gruppenarbeit, Einzelarbeit, Planspiel, Freiarbeit, Projektarbeit, Recherche, Rollenspiel, Brainstorming. Durch die Umsetzung des Ansatzes Fordern und Fördern, entsteht ein abwechslungsreiches Training welches gleichzeitig aktivierende Funktion hat.

Ein Schwerpunkt zu Beginn der Maßnahme ist die Kompetenzbilanzierung und die Berufsorientierung. Für jeden einzelnen Teilnehmer wird ein individueller Weg erarbeitet, nachdem die jeweiligen Fähigkeiten, Kenntnissen und die individuelle Situation festgestellt wird. Vorhandene berufsbezogene Stärken und Kompetenzen werden [wieder] entdeckt und das Selbstbewusstsein gestärkt. Nachdem der Abgleich zwischen Stärken- und Anforderungsprofil stattgefunden hat, kann eine realistische Berufsperspektive erarbeitet werden. Im Anschluss besteht die Möglichkeit, ein betriebliches Praktikum zu absolvieren, in dem eigene Vorstellungen des jeweiligen Berufsbilds mit den realistischen Anforderungen im Betrieb abgeglichen werden können. Es besteht die Möglichkeit, die Praktikumsphase in verschiedenen Betrieben oder verschiedenen Berufsfeldern zu absolvieren.

Sprach- und Kommunikationstraining erfolgt durchgängig in allen Maßnahmenabschnitten als integraler Bestandteil in den Beratungs-, Erprobungs- und Qualifizierungsprozessen nach der

Maxime „Fachunterricht ist Sprachunterricht“. In einigen Modulen erfolgt die Umsetzung als integrierte Sprachförderung. Bei Modulen mit besonderen Anforderungen an die Deutschkenntnisse, wie z.B. bei der Berufsorientierung und beim Bewerbungstraining, werden je nach Ergebnis der mündlichen und schriftlichen Sprachstandsfeststellung in der Startphase spezielle Kurse eingerichtet, wie z.B:

- Lesefähigkeit zur Texterschließung
- Mündliche Ausdrucksfähigkeit und Phonetik
- Schriftliche Ausdrucksfähigkeit und Rechtschreibung
- Hörverstehen als Teil des Kommunikationsprozesses mit den verschiedenen Akteuren
- Situationsübliche Redemittel und situationstypische Formen mündlicher und schriftlicher Kommunikation
- Wortschatztraining, z.B. allgemeines, fachbezogenes, berufsspezifisches Vokabular

Das individuelle Coaching ist ein wesentlicher Bestandteil der Maßnahme. Die Erfahrung hat gezeigt, dass hier Raum für Themen ist, die in der Gruppenveranstaltung nicht angesprochen werden. Lösungen für persönliche und berufliche Probleme unterstützen das Ziel, einen Arbeitsplatz zu finden oder eine Qualifizierung anschließend aufzunehmen. Wesentlicher Faktor dabei ist die kontinuierliche Kooperation mit potentiellen Arbeitgebern oder anderen Netzwerkpartnern. Gemeinsame Unternehmungen in der Gruppe (z. B. Nordic-Walking, Exkursionen, kulturelle Aktivitäten) motivieren und fördern Interaktionen zwischen den Teilnehmenden.

Parallel dazu findet ein aktives Bewerbungsmanagement statt mit

- - Unterstützung bei der Erstellung oder Aktualisierung der Bewerbungsunterlagen
- - Vorbereitung auf die Vorstellungsgespräche
- - Klärung weiterführender Qualifizierungs-/Umschulungs-/Ausbildungsmaßnahmen

Fazit:

Von den 24 Teilnehmern, die seit 01.09.2013 die Maßnahme besucht haben, hatten 2 Teilnehmer einen Hauptschulabschluss, 1 Teilnehmer einen Realschulabschluss. 21 Teilnehmer verfügten über keinen anerkannten Schulabschluss. Die bisherigen 24 Teilnehmer kamen aus 15 verschiedenen Ländern. Der überwiegende Teil (46 %) war in der Altersstufe von 40-49 Jahre.

Bisher sind von allen eingemündeten Teilnehmern 9 Teilnehmer ausgeschieden. Von diesen haben 6 Teilnehmer eine sozialversicherungspflichtige Arbeit aufnehmen können. 1 Teilnehmer hat einen Minijob angetreten. Ein Teilnehmer nimmt parallel zur OK-Maßnahme an einem Kurs für Nichtschüler bei der VHS teil, um den Hauptschulabschluss zu erwerben, um anschließend eine Ausbildung im Automobilbereich aufzunehmen.

3. Kommunale soziale Eingliederungsleistungen

Das bisher dargestellte, breite Förderangebot der Eingliederungsleistungen wird gemäß § 16a SGB II noch durch kommunale Eingliederungsleistungen ergänzt. Die Ausgestaltung findet im kommunalen Netzwerk mit Jugendhilfe, Wohlfahrtspflege, Alten- und Sozialhilfe statt und ist wesentlicher Bestandteil der Wiesbadener Eingliederungsstrategie.

- **Angebote zur Kindertagesbetreuung**

Insgesamt bietet die gute Vernetzung des kommunalen Jobcenters mit der Jugendhilfe und zunehmend auch mit den Schule ergänzenden Betreuungsangeboten des Schulträgers eine gute Voraussetzung für die Nutzung der vorhandenen Angebote durch die Klientinnen und Klienten des Jobcenters. Die arbeitsuchenden Eltern sind gehalten im vielfältigen **Tagesbetreuungsangebot in der Landeshauptstadt Wiesbaden**, wie alle anderen Eltern auch, ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot für ihre Kinder zu suchen. Das Fallmanagement berät und unterstützt sie hierbei. Das Amt für Soziale Arbeit übernimmt die Gebühren bzw. Elternbeiträge für die Kinder Familien mit SGB II-Bezug und wendete hierfür im Jahr 2013 4,7 Mio. € aus kommunalen Jugendhilfemitteln auf.

In 2013 haben

- 260 Kinder unter 3 Jahren
- 1.760 Kinder im Elementarbereich
- 1.180 Kinder in Horten und Betreuenden Grundschule der Jugendhilfe
- 3.200 Kinder insgesamt

die Beiträge aufgrund ihres SGB II-Bezugs zu 100 % bezuschusst bzw. erlassen bekommen (gemäß § 90 SGB VIII).
Angesichts anhaltender Probleme mit der unzureichenden EDV im Bereich der Kindertagesstättenbeitragsbezuschussung wurden diese Daten aus einer Aktenzählung ermittelt und mit Daten der BuT-Leistungen zur Mittagsversorgung validiert.
Zusätzlich erhielten 336 Grundschulkinder als Teilnehmende an Betreuungsangeboten gemäß § 15 hess. Schulgesetz ihre Betreuungskosten aufgrund eines SGB II-Anspruchs erlassen, diese Leistung erfolgt gemäß StVV-Beschluss als freiwillige Leistung der Stadt Wiesbaden.

Wenn Eltern keine bzw. keine ausreichende Tagesbetreuung in der **Regelbetreuung** finden, um einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nachzugehen oder eine Qualifikationsmaßnahme anzutreten, hat das Fallmanagement die Möglichkeit einer

„besonderen Betreuungsbedarfsmeldung“. Dazu wird eine entsprechende Eingliederungsvereinbarung mit den Eltern geschlossen und zeitnah bedarfsgerecht die zusätzlichen Betreuungskapazitäten bei den Einrichtungsträgern angefordert. Diese wird in der Regel für Kinder unter 3 Jahren und Kinder im Grundschulalter zusätzlich bereitgestellt und direkt als komplementäre kommunale Leistung gemäß § 16 a finanziert. 2013 wurden diese Plätze auch an 5 Grundschulen mit Betreuungseinrichtung in Verantwortung des Schulamtes (Fördervereine oder Träger) eingerichtet. Zur Umsetzung dieser Betreuungsbedarfsmeldungen finanziert das kommunale Jobcenter 2013 aus kommunalen Mitteln für soziale Eingliederungsleistungen und aus dem Arbeitsmarktbudget des Landes Hessen:

- 20 zusätzliche Krippenplätze für Kinder unter 3 Jahren
- 12 zusätzliche Tagespflegeplätze im Projekt „Kinderbrücke“
- 74 zusätzliche Plätze für Schulkinder in Betreuenden Grundschulen
- 16 Plätze für Schulkinder in Betreuungsangeboten gemäß § 15 Hess. Schulgesetz in Verantwortung des Schulamtes
- 10 zusätzliche Plätze in Kinderhorten.

Auf diesem Wege wurden **ergänzend zur Regelbetreuung** in 2013 321 Kinder kurzfristig in ein bedarfsgerechtes Tagesbetreuungsangebot integriert und so die Erwerbsarbeit oder Qualifizierung der Eltern unterstützt. Zusätzlich wurden für einige Eltern die Kosten der Tagesbetreuung ihrer Kinder an Schulen mit kostenpflichtigen Betreuungsangeboten gemäß § 16a SGB II übernommen, um eine Erwerbsteilhabe der Eltern zu ermöglichen.
Seit September 2012 gibt es ein Beratungsangebot beim Träger XENIA für alle Kunden/innen, bei denen im Fallmanagement keine Lösung bezüglich der Kinderbetreuung herbeigeführt werden konnte („**Familienservice**“), d. h. es geht auch darum, Notfälle und kurzfristige Bedarfe abzudecken. XENIA dokumentiert die Bedarfe, um eine Grundlage zu erarbeiten und weitere bedarfsgerechte Betreuungsformen zu konzipieren.
Diese Beratungs- und Vermittlungsstelle bietet Eltern individuelle Beratung und Unterstützung bei der Organisation der kindgemäßen, passgenauen Betreuungslösung. Sie berät, vermittelt und organisiert. Dabei werden unterschiedliche Lösungen systematisch erprobt und entwickelt:

- „private Netze/selbst verfügbare Ressourcen“:

Die Beratungs- und Vermittlungsstelle hilft beim Erschließen selbst verfügbarer Ressourcen, Nachbarn, Kontakt mit anderen Eltern aus der KT oder im Umfeld, die Betreuungslücken überbrücken helfen.

- „ergänzende bezahlte Betreuung“:

Die Beratungs- und Vermittlungsstelle stellt geeignete Personen (Auszubildende der Fachschule für Sozialpädagogik, Student/-innen, Praktikant/-innen, Honorarkräfte) zur Verfügung, die gegen Bezahlung das Kind nach dem Besuch der KT/BGS o. ä. nach Hause bringen und dort die Betreuung in den Randzeiten übernehmen (besonders bei jüngeren Kindern empfehlenswert)

- „Organisation eines erweiterten Angebotes im Rahmen von Betreuungseinrichtungen“:

Die Beratungs- und Vermittlungsstelle organisiert bei „mehrfachem“ Bedarf stundenweise Betreuung durch geeignete Personen bzw. Fachkräfte an bestehenden Betreuungseinrichtungen, z. B. wenn mehrere Kinder gleichzeitig einmal wöchentlich zwei Stunden Zusatzbetreuung brauchen o. ä.
Ein Sachbericht wird jährlich durch den Träger erstellt. Für etwa 50 % der zugewiesenen Kundinnen und Kunden konnte kurzfristig eine individuelle Betreuungslösung gefunden werden, so dass die Teilnahme an einer Fördermaßnahme oder die Integration in den Arbeitsmarkt möglich war. Das Modellprojekt wurde im Dezember 2013 um ein weiteres Jahr – bis zum 31.01.2015 - verlängert.
Zusätzlich besteht im Rahmen der Eingliederungsmaßnahme der Trainingszentren die Möglichkeit, individuelle Lösungen der Kinderbetreuung zu organisieren, wenn die anderen benannten Angebote nicht ausreichen.

- **Schuldnerberatung**

Drei der existierenden Schuldnerberatungsstellen in Wiesbaden werden durch komplementäre Leistungen nach § 16a SGB II bezuschusst (Träger sind: Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben, Caritasverband und Diakonisches Werk). Bisher wird eine zusätzliche Schuldnerberatungsfachkraft in diesem Kontext finanziert. Zusätzlich werden im Rahmen der Eingliederungsmaßnahme „Trainingszentren“ weitere Einzelberatungsstunden zur Schuldnerberatung finanziert.
Die zusammengefasste Wiesbadener Schuldnerberatungsstatistik für die aufgeführten drei Träger zeigt folgende Nutzung in 2013:

- Insgesamt wurden 1.748 Personen in 2013 von den Schuldnerberatungsstellen beraten.
- Darunter befanden sich 852 Personen im SGB II-Bezug (49 %).
- Unter allen Beratungsfällen waren 1.410 Personen neu begonnene Fälle (81 %).

- Unter den neu begonnen Fällen wiederum waren 806 Personen SGB II-Leistungsberechtigte (57 %).

➢ **Suchtberatung**

Die Fallmanagementfachkräfte und die erwerbsfähigen Leistungsberechtigte (eLb) legen in einer Eingliederungsvereinbarung die Einschaltung einer Suchtberatung mit folgenden Details fest:

- Vereinbarung eines Erstberatungstermins bei der Beratungsstelle und Einverständnis, dass beratungsrelevante Daten ausgetauscht werden dürfen;
- Verpflichtung des eLb, die ausgehändigten Formulare „Sachstandsbericht“ und „Datenblatt“ der Beratungsstelle zu übergeben;
- alle vereinbarten Beratungstermine wahrzunehmen sowie eine entsprechende Bescheinigung dem Fallmanagement vorzulegen.

Stimmt der eLb dem schriftlichen Austausch der beratungsrelevanten Daten nicht zu, so wird in der Eingliederungsvereinbarung lediglich vereinbart, dass der eLb das Formular „Sachstandsbericht“ ausfüllen und regelmäßige Rückmeldungen über den Beratungsverlauf gibt. Die Suchberatungsstellen werden aus allgemeinen kommunalen und aus kommunalen SGB II-Mitteln gefördert. Ergänzend wird vom kommunalen Jobcenter eine dreiviertel Stelle beim Caritasverband und eine halbe Stelle beim Träger „JJ“ finanziert.

Im Jahr 2013 wurden 115 erwerbsfähige Leistungsberechtigte auf Veranlassung des KJC in den Suchtberatungsstellen unterstützt und über § 16a SGB II finanziert. Selbstverständlich gibt es darüber hinaus auch Leistungsberechtigte, die ohne Veranlassung oder Wissen des Fallmanagements die Beratungsleistungen der Suchtberatungsstellen nutzen.

VI. Bildung und Teilhabe

Leistungen gemäß § 28 SGB II „Bildung und Teilhabe“ werden von einer Fachstelle im kommunalen Jobcenter bearbeitet, die in Kooperation mit der Jugendhilfe im Amt für Soziale Arbeit, dem städtischen Schulamt und den freien Trägern agiert. Diese Förderleistungen zur Bildung und Teilhabe gewährt das kommunale Jobcenter Wiesbaden seit April 2011.

Für die Jahreswerte 2013 muss angemerkt werden, dass aufgrund eines Datenbankproblems nur Daten bis Ende Oktober vorliegen. Die Werte sind hochgerechnet, analog dem Ergebnis der letzten beiden Monate in 2012.

Tabelle 12: BuT Jahreswerte 2013 (kumulierte Zahlen) und Quoten der Inanspruchnahme durch SGB II-Leistungsberechtigte

		Hochgerechnete Werte **Jahreswerte Gesamt 3) 4)**	**davon 0-2 Jahre**	**davon 3-5 Jahre**	**davon 6-9 Jahre**	**davon 10-14 Jahre**	**davon 15-17 Jahre**	**davon 20,38% der 18-24 Jährigen 2)**
		SGB II	SGB II	SGB II	SGB II	SGB II	SGB II	SGB II
Anspruchsberechtigte Stand Januar 2013 /2012 3,6,11)	abs.	**10.726**	**1.887**	**2.004**	**2.369**	**2.663**	**1.358**	**445**
	dar. Schüler	6.382	x	x	2.369	2.663	905	445
Personen die mindestens eine BuT Leistung hatten 1,5)	abs.	**9.327**	234	1.531	2.641	3.079	1.178	305
	%	87,0%	12,4%	76,4%	111,5%	115,6%	86,7%	68,5%
Angemessene Lernförderung §28 Abs.5 SGB II 6)	abs.	**537**	x	x	66	250	132	19
	% (Schüler)	8,4%	x	x	2,8%	9,4%	14,6%	4,3%
Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf §28 SGB II 5,6)	abs.	**6.669**	x	47	2.329	3.067	1.017	209
	% (Schüler)	104,5%	x	x 8	98,3%	115,2%	112,4%	47,0%
Hort: Mittagsverpflegung nach §28 Abs.6 SGB II 9,10)	abs.	**462**	x	6	309	127	x	x
	%	4,3%	x	x 8	13,0%	4,8%	x	x
KiTa: Mittagsverpflegung nach §28 Abs.6 SGB II 3,9,10)	abs.	**2.433**	223	1.476	625	x	x	x
	%	22,7%	11,8%	73,7%	26,4%	x	x	x
Schule: Mittagsverpflegung nach §28 Abs.6 SGB II 9,10)	abs.	**1.866**	x	34	649	981	122	8
	%	17,4%	x	x 8	27,4%	36,8%	9,0%	1,8%
Ausflüge und Klassenfahrten nach §28 Abs.2 SGB II	abs.	**1.986**	x	35	297	964	400	126
	%	18,5%	x	1,7%	12,5%	36,2%	29,5%	28,3%
Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben §28 Abs.7 SGB II 3)	abs.	**980**	13	90	367	346	63	12
	% (Unter 18) 7)	9,5%	0,7%	4,5%	15,5%	13,0%	4,6%	x 8
Mehraufwendungen Schülerbeförderung §28 Abs.4 SGB II 6)	abs.	**175**	x	x	x	1	75	72
	% (Schüler)	2,7%	x	x	x	-	8,3%	16,2%

x Angabe nicht zutreffend oder nicht sinnvoll
- Zahlenwert <3 oder Berechnung nicht möglich da Division durch 0
1) Jede Person wird über alle Hilfearten nur 1x gezählt.
2) Laut HSM sind Im Schnitt 20,38% aller Personen dieses Jahrgangs Schüler, daher wurden 20,38% des Bestandes als Referenzgröße genommen.
3) inkl. der 0-2 jährigen (diese sind je nach Darstellung evtl. wegen geringer Relevanz ausgeblendet)
4) Es werden nur 20% der KiZ Kinder gezählt, da wir von 80% Überschneidung mit Wohngeldbezug ausgehen
5) Die in Anspruch genommenen Leistungen sind die kumulierten Antragsteller des ganzen Jahres - die potentiell Anspruchsberechtigten als Vergleichswert sind im Monat Januar gezählt. So können insbesondere beim automatisiert ausgezahlten Schulbedarf Quoten von über 100% entstehen. Dies bedeutet, dass die Leistung bei nahezu jedem potentiell Anspruchsberechtigten ankommt.
6) Darunter Schüler - Auch die Prozentuierung der Schülerbezogenen Bedarfe wurde auf Schüler bezogen.
7) Die Prozentuierung wurde nur auf Kinder bis unter 18 Jahre bezogen, da nur diese entsprechende Leistungen erhalten können.
8) Fälle die nur knapp in die Altersgruppe gerutscht sind, eine Prozentuierung wäre verzerrend
9) Das Alter der Kinder wird zum 1.8. des Jahres (Beginn Kindergarten- und Schuljahr) berechnet.
10) Kinder die von der KiTa in die Schule oder den Hort übergehen, werden in beiden Mittagessen-Kategorien erfasst.
11) Wohngeld und Kinderzuschlagsberechtigte = Stand Dez2011/Jan2012

Hinweise:
Pro Leistungsart wird jede Person nur 1x pro Jahr gezählt

Im Vergleich zum Vorjahr ist die Anzahl der Personen, die mindestens eine BuT Leistung erhalten haben, wiederum gestiegen (von 85 % auf 87 %).

Mit der Ausstattung persönlichen Schulbedarfs werden alle anspruchsberechtigten Kinder im SGB II erreicht, denn dieser Betrag wird als Pauschale zwei Mal im Jahr an die Leistungsberechtigten überwiesen.

Bei der Mittagsverpflegung (in Horten, Kitas und Schulen insgesamt) wurde das Angebot in den Betreuungseinrichtungen insgesamt weiter ausgebaut, ferner konnte zusätzlich durch Verfahrensumstellungen und -vereinfachungen eine bessere Inanspruchnahme erreicht werden, die in 2014 noch fortentwickelt werden soll. Während in 2012 41,8 % aller anspruchsberechtigten Kinder und Jugendlichen eine Mittagsverpflegung in Anspruch nahmen, waren es in 2013 44,4 %.

Auch die Angebote zur Lernförderung und deren Nutzung konnte wiederum etwas erhöht werden; von 7,8 % auf 8,5 % aller Schülerinnen und Schüler im SGB II. Hier arbeitet die Fachstelle BuT gerade an speziellen Angeboten in Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit, um Förderangebote für mehr anspruchsberechtigte Kinder und Jugendliche zu entwickeln und deren Teilnehmende unbürokratisch zu unterstützen.

Die Inanspruchnahme von Förderung im Bereich Ausflüge und Klassenfahrten ist etwas gestiegen (von 17,1 % auf 18,5 %), während die Leistungen für Schülerbeförderung und leider auch Leistungen zur Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben (Sportvereine, Musikunterricht etc.) stagnierten.

In 2013 wurden viele Prozesse zur Vereinfachung der Erreichbarkeit und der Inanspruchnahme in der Fachstelle BuT angestoßen, um in 2014 – gerade in den noch nicht ausreichend genutzten Fördermaßnahmen – eine noch größere Inanspruchnahme zu erreichen.

VII. Integrationen

Im gesamten Jahr 2013 haben **4.985 Integrationen in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung** stattgefunden und **2.055 Eintritte in eine geringfügige Beschäftigung**.

Tabelle 13: Integrationen und Eintritte in eine geringfügige Beschäftigung 2012 und 2013 in Wiesbaden

	2012	2013
Integrationen in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Ausbildung oder Selbständigkeit	5.401	4.985
Integrationsquote (Integrationen/durchschnittliche eLB)	26,2%	24,1%
Eintritte in eine geringfügige Beschäftigung	2.239	2.055
Eintrittsquote (Eintritte/durchschnittliche eLB)	10,9%	10,0%
Durchschnittlicher monatlicher Bestand an eLb	20.596	20.712

Quelle: BA: Kennzahlentool;t-3; eigene Darstellung

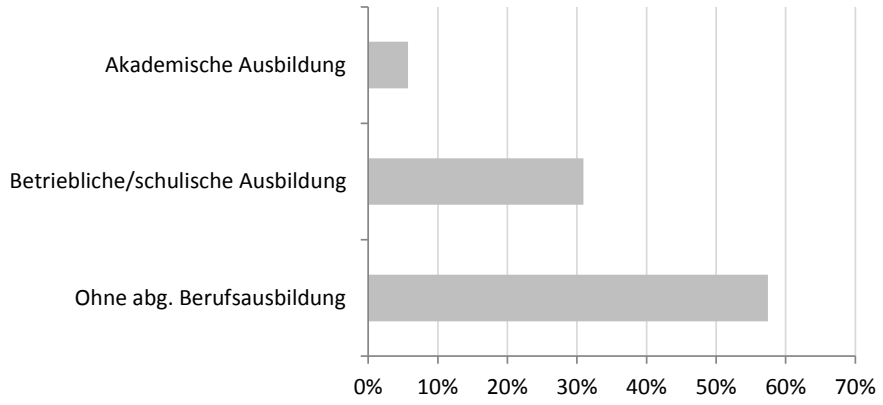
Die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungen in 2013 untergliedern sich folgendermaßen:

- 78 % nahmen eine ungeförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung auf
- 5 % traten in eine geförderte sozialversicherungspflichtige Beschäftigung ein
- 10 % mündeten in eine duale oder vollqualifizierende Berufsausbildung
- 4 %[39] machten sich selbständig.

Männer fanden damit einen überproportionalen Zugang in Berufsausbildung bzw. Erwerbstätigkeit (58 %).
Das Ausbildungsniveau der Integrierten liegt etwas höher als das der Grundgesamtheit aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, denn während unter den Integrierten 57 % über keinen Berufsabschluss verfügen, sind es unter allen eLb 65 %.

[39] Die fehlenden 3 % können aufgrund zu kleiner monatlicher Werte nicht eindeutig zugewiesen werden.

Abbildung 18: Berufliche Qualifikation der in 2013 Integrierten in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Wiesbaden



Anmerkung: 6 % haben keine Angabe zur Berufsausbildung gemacht

Quelle: BA: Sonderauswertung der Grundsicherungsstatistik; eigene Berechnungen und Darstellung

Diese 4.985 Integrationen entsprechen einer Integrationsquote von 24,1 %. Dabei werden die erreichten Integrationen in das Verhältnis gesetzt zu der durchschnittlichen Anzahl erwerbsfähiger Leistungsberechtigter im Jahr 2013. Mit dieser Quote steht Wiesbaden an zweiter Stelle der vergleichbaren Rhein-Main-Städte.

Tabelle 14: Integrationsquote von fünf Städten in der Rhein-Main-Region im Jahr 2013

Zeitraum	Wiesbaden	Mainz	Darmstadt	Frankfurt	Offenbach
Januar bis Dezember 2013	24,1 %	21,5 %	24,7 %	23,0 %	23,3 %

Quelle: BA: Kennzahlentool;t-3; eigene Darstellung

Wie die zuvor beschriebenen Merkmale der Integrierten zeigen, sind die Wahrscheinlichkeiten, in den Arbeitsmarkt integriert zu werden, unter den eLb unterschiedlich. Zusammengefasst kann man die Tendenzen, kaum verändert zum vorangegangen Jahr, wie folgt beschreiben:

- Männer haben eine bessere Chance, in Erwerbsarbeit integriert zu werden.
- Während die über 50-Jährigen 23 % aller erwerbsfähigen Leistungsberechtigten ausmachen, sind sie nur zu 14 % unter den Integrierten zu finden und damit ist ihre Chance deutlich unterdurchschnittlich, eine Arbeit aufzunehmen.
- Je höher die schulische und berufliche Qualifikation, desto wahrscheinlicher ist auch die Integration.
- Alleinerziehende haben geringere Chancen, in den Arbeitsmarkt integriert zu werden.

Die Alleinerziehenden sind eine Gruppe, der besondere Aufmerksamkeit im Integrationsprozess geschenkt wird, denn Ziel des kommunalen Jobcenters Wiesbaden ist es, die Integrationsquote der Alleinerziehenden der allgemeinen Integrationsquote anzugleichen. Dafür wurden seit Jahren spezifische Angebote konzipiert (Teilzeit-Angebote, modulare Teilnahmen etc.) und mit besonderen Hilfestellungen (u.a. Hilfe bei der Suche nach einem Betreuungsplatz) flankiert, um die schwierige Lage, das Vereinbaren von Erwerbstätigkeit und alleinige Kinderbetreuung, zu ermöglichen.
Empirische Studien zu den Integrationseffekten von bestimmten Maßnahmen zeigen durchaus unterschiedliche Wirkungen für Erziehende: Die Förderung der beruflichen Weiterbildung hat die stärkste Beschäftigungswirkung, bei Müttern allgemein, aber in besonderem Maße bei alleinerziehenden Müttern. Vermutlich profitieren gerade sie von einer Erneuerung der beruflichen Kenntnisse, da sie eine längere Erwerbsunterbrechung hatten.[40]
Die Integrationsquote der Alleinerziehenden, wiederum im Rhein-Main-Vergleich, im Zeitverlauf zeigt, dass sie in 2012 in Wiesbaden deutlich gesteigert werden konnte, während es ambivalente Tendenzen in den Vergleichsstädten gab. Allerdings zeigen die Ergebnisse in 2013 – trotz unveränderter Quantität und Qualität der Maßnahmen für Alleinerziehende zu 2012 –, dass die Integrationsquoten deutlich einbrechen: und das in allen hier betrachteten Vergleichsstädten mit ähnlichen Arbeitsmarktlage.
Es liegt die Vermutung nahe – zieht man aktuelle Bevölkerungs- und Arbeitsmarktstatistiken für Wiesbaden zusätzlich heran –, dass eine erhöhte Konkurrenz um Beschäftigungsverhältnisse durch Zuwanderung und mehr erwerbstätige Frauen in 2013 vorliegt (siehe Rückgang der allgemeinen Integrationsquote). Und es ist scheinbar insbesondere die Gruppe der Alleinerziehenden, die durch die erhöhte Konkurrenzlage in ihren Integrationen betroffen ist.

Tabelle 15: Integrationsquote der Alleinerziehenden in fünf Städten in der Rhein-Main-Region

Zeitraum	Wiesbaden	Mainz	Darmstadt	Frankfurt	Offenbach
Januar 2011 bis Dezember 2011	20,0 %	18,0 %	20,5 %	20,3 %	18,2 %
Januar 2012 bis Dezember 2012	22,1 %	20,1 %	18,8 %	19,5 %	17,2 %
Januar 2013 bis Dezember 2013	18,9 %	15,5 %	18,1 %	18,7 %	16,2 %

Quelle: BA: Kennzahlentool;t-3; eigene Darstellung

[40] Vgl. Zabel (2012): Alleinerziehende profitieren am meisten von Weiterbildung, in: IAB-Kurzbericht, Ausgabe 12, S. 6f.

Von allen Integrierten schafft es durchschnittlich knapp ein Drittel, durch die Integration in den Arbeitsmarkt auch aus dem SGB II-Bezug auszusteigen.
Das „nur“ ein Drittel aller Integrationen auch zum Ausstieg aus dem SGB II-Leistungsbezug führt, kann an mehreren Gründen liegen:

- Niedrige Qualifikationen der SGB II-Leistungsberechtigten, die größtenteils über keine abgeschlossene Ausbildung verfügen, sind insbesondere im Dienstleistungsbereich mit niedrigen Löhnen verbunden.
- Die hohen Mieten in Wiesbaden beanspruchen einen großen Teil des Einkommens.
- Je größer eine Bedarfsgemeinschaft (Anzahl der Kinder) ist, desto höher ist auch ihr Existenzsicherungsbedarf. Liegt dann nur ein Einkommen aus Erwerbstätigkeit vor, kann dieser Bedarf nur schwerlich gedeckt werden.

Relativ konstant im Zeitverlauf sind auch die Branchen, in die die Integrationen vorrangig erfolgen – hier gibt es nur jährlich marginale Verschiebungen in der Reihenfolge.

Tabelle 16: Die 10 häufigsten Branchen (WKZ) bei Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung im Jahr 2013

78.2 Befristete Überlassung von Arbeitskräften
56.1 Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.
82.9 Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen
81.2 Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln
96.0 Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen
47.1 Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)
47.2 Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)
41.2 Bau von Gebäuden
81.3 Garten- und Landschaftsbau sowie Erbringung von sonstigen gärtnerischen Dienstleistungen
78.3 Sonstige Überlassung von Arbeitskräften

Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Auswertungen

Wie auch schon die Jahre zuvor ist die Zeit- und die Leiharbeit der wichtigste Aufnahmemarkt für SGB II-Leistungsberechtigte. Danach folgen die Gastronomie, Dienstleistungsgewerbe und das Reinigungsgewerbe. Es folgen diverse Dienstleistungssektoren, insbesondere der Einzelhandel.
Diese Branchen sind gekennzeichnet durch relativ viele Tätigkeiten für Geringqualifizierte, aber auch durch niedrige Löhne. Gerade die Zeit- und Leiharbeit ist ein wichtiger Sektor, um Geringqualifizierten auf dem Wiesbadener Arbeitsmarkt, der eine sehr geringe Nachfrage nach ungelernten Kräften hat, eine Möglichkeit der Integration zu bieten.

Betrachtet man analog dazu auch die zehn häufigsten Branchen für Eintritte in geringfügige Beschäftigungen finden sich fast identische Branchen und auch wenig Varianz in der jährlichen Reihenfolge.

Tabelle 17: Die 10 häufigsten Branchen (WKZ) bei Aufnahme einer geringfügigen Beschäftigung im Jahr 2012

56.1 Restaurants, Gaststätten, Imbissstuben, Cafés, Eissalons u. Ä.
81.2 Reinigung von Gebäuden, Straßen und Verkehrsmitteln
82.9 Erbringung sonstiger wirtschaftlicher Dienstleistungen für Unternehmen und Privatpersonen
96.0 Erbringung von sonstigen überwiegend persönlichen Dienstleistungen
47.1 Einzelhandel mit Waren verschiedener Art (in Verkaufsräumen)
47.2 Einzelhandel mit Nahrungs- und Genussmitteln, Getränken und Tabakwaren (in Verkaufsräumen)
97.0 Private Haushalte mit Hauspersonal
78.2 Befristete Überlassung von Arbeitskräften
53.2 Sonstige Post-, Kurier- und Expressdienste
56.2 Caterer und Erbringung sonstiger Verpflegungsdienstleistungen

Quelle: Amt für Soziale Arbeit Wiesbaden; OPEN/Prosoz; eigene Auswertungen

Es gibt folglich zwei wesentliche Befunde im stabilen Zeitverlauf: die Branchen, die vielen SGB II-Leistungsberechtigten eine Integration ermöglichen, tun dies sowohl im Bereich der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung als auch im Bereich der geringfügigen Beschäftigung. Es legt die Vermutung nahe, dass die geringfügigen Beschäftigungen nicht grundsätzlich als Brücke in eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung einzuschätzen sind, sondern sie scheinen ein etabliertes Arbeitsmarktsegment zu sein, das den Betrieben ermöglicht, einen Teil der Beschäftigten auf Dauer flexibel und niederschwellig einzustellen.[41]

Seit 2012 wird auch die Nachhaltigkeit der Integrationen durch die BA analysiert: Indem geprüft wird, inwiefern sich eine integrierte Person genau ein Jahr später noch in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung befindet.
Wiesbaden wies schon in 2012 im Rhein-Main-Vergleich einen sehr guten Wert der Nachhaltigkeit auf: Zwei Drittel aller Integrationen sind auch ein Jahr später so nachhaltig, dass sich die Integrierten in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung befinden.
In 2013 ist der Wert etwas gesunken, aber während die Vergleichsstädte im Rhein-Main-Gebiet deutlichere Rückgänge verzeichnen, ist der Wiesbadener Rückgang minimal.

[41] Vgl. Hohendanner, Christian / Stegmaier, Jens (2012): Umstrittene Minijobs. Geringfügige Beschäftigung in deutschen Betrieben, in: IAB-Kurzbericht, Nr. 24/2012, S. 7

Tabelle 18: Anteil der Integrationen, die zwischen September 2011/12 und September 2012/13 registriert wurden, die ein Jahr später noch in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sind

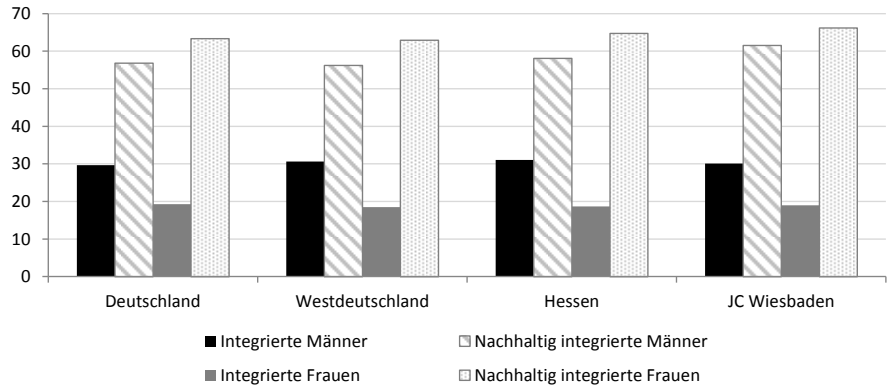
Zeitraum	Wiesbaden	Mainz	Darmstadt	Frankfurt	Offenbach
September 2011 bis September 2012	63,4 %	63,1 %	59,8 %	60,8 %	58,0 %
September 2012 bis September 2013	63,2 %	59,6 %	59,2 %	59,5 %	*56,9 %*

Quelle: BA: Kennzahlentool; t-6; eigene Darstellung

Angesichts der schwierigen Branchenstruktur der Integrierten ist die hohe Nachhaltigkeit der Integrationen bemerkenswert und bestätigt die gut und passgenaue Qualifizierung und Vermittlung der Arbeitsuchenden seitens der Fallmanagement- und Vermittlungsfachkräfte des Kommunalen Jobcenter der Landeshauptstadt Wiesbaden.

Ein generelles Phänomen in Westdeutschland, Hessen und auch Wiesbaden ist, dass zwar Frauen unter den Integrierten unterrepräsentiert sind, aber unter den nachhaltig Integrierten sind allerdings proportional mehr Frauen zu finden.

Abbildung 19: Quote der nachhaltigen Integrationen seit Jahresbeginn für September 2013 im Vergleich zur Jahres-Integrationsquote, in Wiesbaden nach Geschlecht und %



Anmerkungen: Werte für Deutschland, Westdeutschland und Hessen beinhalten teilweise unvollständige, unplausible oder imputierte Grunddaten laut BA Kennzahlentool.
Quelle: BA: Kennzahlentool; Darstellung durch das Hessische Sozialministerium; t-3 und t-6; Datenstand: 16.4.14

Das Schwerpunktthema dieses Berichts ist der „Langzeitleistungsbezug“ (siehe Kapitel IV). Insofern ist es auch von besonderem Interesse, im Anschluss an die ausgeführten Ergebnisse zu Langzeitleistungsbeziehenden, sich die Integrationen der LZB anzuschauen.

Tabelle 19: Integrationen von LZB und deren Zu- und Abgänge im SGB II in Wiesbaden 2013

	Durchschnittliche monatliche LZB 2013	Integrationen von LZB in 2013	Durchschnittliche Abgänge der LZB pro Monat in 2013	Durchschnittliche Zugänge der LZB pro Monat in 2013
Anzahl	13.902	2.433	315	274
in % von Spalte 1		18%		
Differenz Zu- und Abgänge				-41

Quelle: BA: Kennzahlentool; Daten t-3; Datenstand: 20.5.14; eigene Darstellung

Eine gute Integrationsquote von 18 % - im Vergleich zur allgemeinen Integrationsquote von 24 % und den LZB-Integrationsquoten der vergleichbaren Rhein-Main-Städte - belegt die Anstrengungen des KJC, gerade für die LZB geeignete Maßnahmen und Hilfen anzubieten, um eine Arbeitsmarktintegration herbeizuführen. So ist das Portfolio der Eingliederungsmaßnahmen in Wiesbaden weit gefächert, um den unterschiedlichen Personengruppen (siehe Kapitel IV.3) gerecht zu werden. Gerade die Suche nach einer passgenauen Hilfe für Personen, die schon lange Jahre im SGB II-Bezug sind und schon viele verschiedene Eingliederungsmaßnahmen durchlaufen haben, war der Anlass, Ende des Jahres 2012 die niedrigschwellige Maßnahme der Trainingszentren einzuführen. Hier werden Integrationsfortschritte mit LZB nach einem ganzheitlichen Konzept erzielt, das auch gesundheits-, sucht-, und schuldenspezifische Angebote begleitend zur Verfügung stellt. Durch diese gezielten Maßnahmen für LZB wird deutlich, wie Wiesbaden einen leichten aber stetigen Rückgang der Zahl der LZB verwirklichen kann.

Schließlich sollen auch noch detaillierter die Integrationen in eine berufliche oder vollschulische Ausbildung angeschaut werden, um den Übergang in den Ausbildungsmarkt gesondert zu betrachten. Dies geschieht nun in Ergänzung zu den zuvor benannten Zahlen der BA mit den Daten des kommunalen Jobcenters, die von der Datengrundlage her zwar etwas abweichen, aber für die Ausbildungen einen detaillierten Zeitreihenvergleich aus den vorherigen Berichten ermöglicht.

Tabelle 20: Integrationen in berufliche oder vollschulische Ausbildung in den vergangenen Ausbildungsjahren in Wiesbaden

Form der Ausbildung	Ausbildungsjahr 2009/10	Ausbildungsjahr 2010/11	Ausbildungsjahr 2011/12	Ausbildungsjahr 2012/13
Betriebliche Ausbildung	250	338	263	229
Schulische Ausbildung oder Studium	74	66	73	67
Kooperative BaE-Ausbildung	72	68	81	83
Integrative BaE-Ausbildung	76	75	78	70
Betriebliche trägerunterstützte Teilzeitausbildung	4	10	8	4
Übergänge in den Ausbildungsmarkt insgesamt	**476**	**557**	**503**	**453**

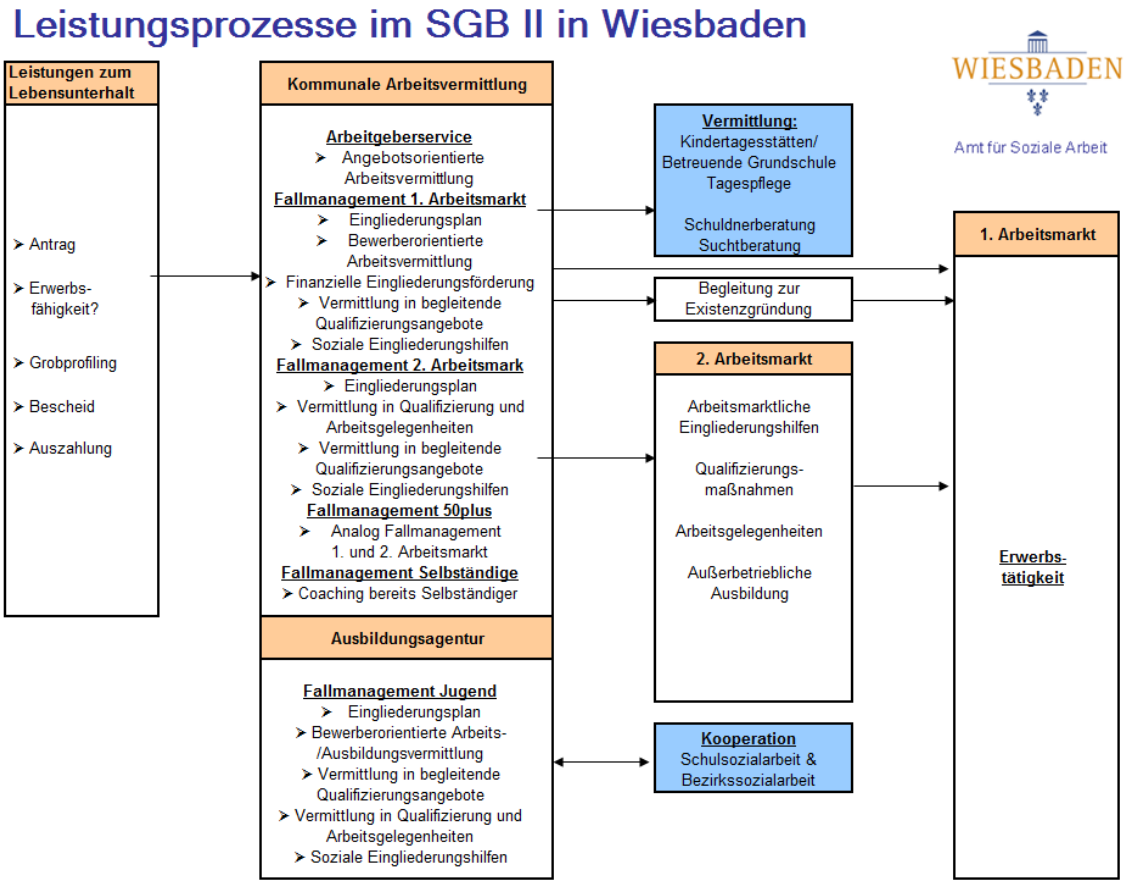
Quelle: Ausbildungsagentur der Landeshauptstadt Wiesbaden; Amt für Soziale Arbeit; Geschäftsstatistik

Stellt man in einem ersten Schritt einen Vergleich zum Vorjahr an, sind die Integrationen in Ausbildung rückläufig, besonders im Bereich der betrieblichen Ausbildung. Man erkennt an der längeren Zeitreihe deutlich, wie stark das Ausbildungsgeschehen bei der AGT abhängig ist von der generellen Lage auf dem Ausbildungsmarkt: Denn während die nicht betrieblichen Ausbildungsformen relativ stabile Entwicklungen aufweisen, sind die großen Schwankungen allein bei den betrieblichen zu verzeichnen. Die anderen Bereiche verändern sich gering und als Gegengewicht zu dem Defizit an zurückgegangenen betrieblichen Ausbildungen. Diese These kann dadurch gestützt werden, dass auch die Daten der neu begonnen Ausbildungsverhältnisse der Kammern in Wiesbaden einen Rückgang dokumentieren (ca. 5 %). Und bei einem generellen Ausbildungsrückgang ist es insbesondere die Gruppe der SGB II-Leistungsberechtigten, für die sich der Zugang auf den Ausbildungsmarkt schwierig gestaltet.

VIII. Organisation und Leistungsprozessgestaltung des SGB II im kommunalen Jobcenter

Das kommunale Jobcenter ist gemäß § 6a Abs. 6 SGB II als Abteilung „Jobcenter“ in die Struktur des Amtes für Soziale Arbeit eingebunden. Das Amt für Soziale Arbeit umfasst neben dem SGB II die Aufgaben des Jugend- und Sozialamtes. Die Ausbildungsagentur der Landeshauptstadt Wiesbaden GmbH (AGT) wurde mit dem Fallmanagement und der Ausbildungsvermittlung für unter 25-Jährigen, die über keine Berufsausbildung verfügen, gemäß § 11b des Hessischen Offensiv-Gesetzes beliehen.

Abbildung 20: Aufbauorganisation des SGB II im kommunalen Jobcenter

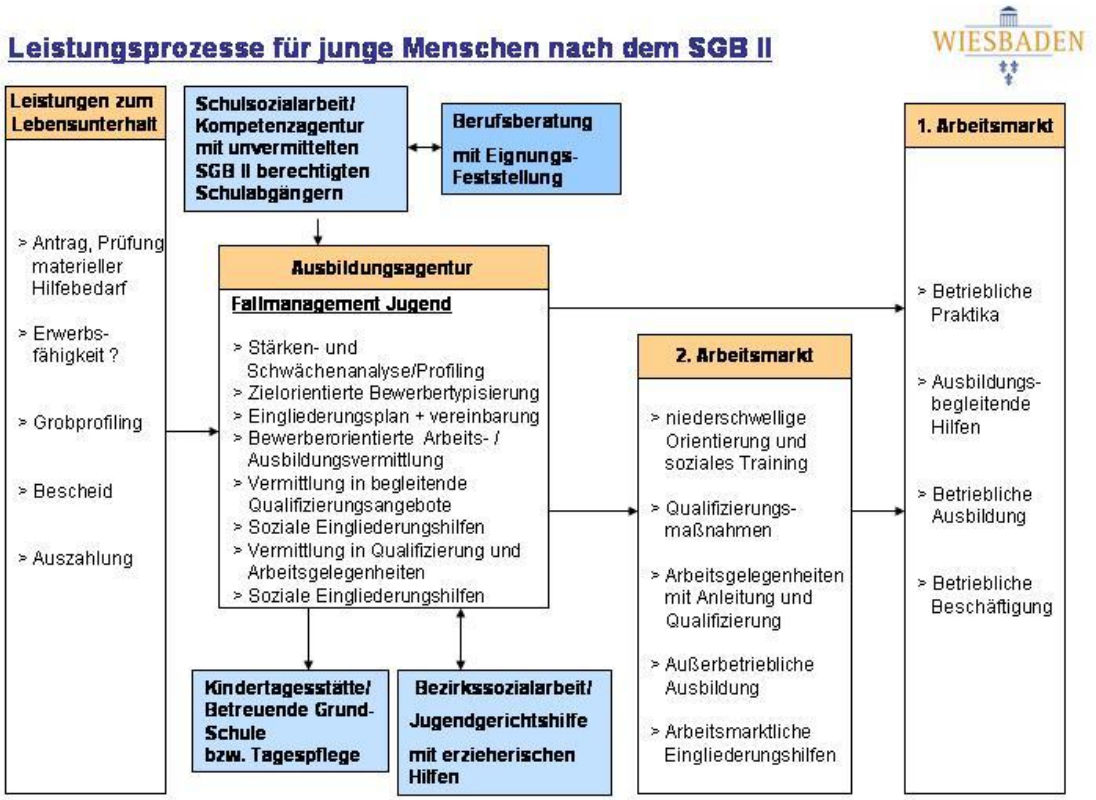


Quelle: Kommunales Jobcenter Wiesbaden

Es erfolgt in Wiesbaden eine dreifache Spezialisierung: nach Leistungsgewährung und Fallmanagement, nach Wohnregionen und nach Zielgruppen.

Zentrales Element des **Leistungsprozesses** ist eine Kategorisierung der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten entlang der zielorientierten Eingliederungsstrategien.

Abbildung 21: Leistungsprozesse (mit Modell „Sofortmaßnahme“*) zum SGB II in Wiesbaden



*Die Sofortmaßnahme gibt es 2012 in zwei von vier Standorten; in den zwei anderen Standorten erfolgt der Zugang über die Leistungssachbearbeitung (derselbe Ablauf ohne Kästchen „Bildungsträger“).
Quelle: Kommunales Jobcenter Wiesbaden

Bis zum 30.04.2013 wurde in den Regionen Ost und Süd der Zugang über eine Sofortmaßnahme bei einem Bildungsträger erprobt. Da hier nicht die gewünschten Ergebnisse erreicht werden konnten, wird seit dem 01.05.2013 in diesen Regionen erneut ein anderer Zugang erprobt. Hierbei erfolgt am Empfang eine Terminvergabe zur Erstberatung. Bei der Erstberatung, die durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kundenservice durchgeführt wird, werden die Antragsformulare ausgehändigt, über das Kommunale Jobcenter informiert und eine Verfügbarkeitsprüfung durchgeführt. Bei einer wahrscheinlichen Anspruchsberechtigung wird zeitnah ein Termin für das Erstprofiling im Fallmanagement vereinbart.

Die Landeshauptstadt Wiesbaden hat für die Umsetzung der im SGB II gestellten Aufgabe der Integration in Erwerbsarbeit und den Erhalt bzw. die Wiederherstellung der Beschäftigungsfähigkeit zielbezogene Unterstützungs- und Eingliederungsstrategien entwickelt. Um diesen Prozess zu optimieren, startete Ende 2013 das Projekt „Neuer Leistungsprozess“ im Kommunalen Jobcenter Wiesbaden. Ziel ist es zum einen den Ablauf bis zur Bescheiderteilung und bis zur ersten aktivierenden Beratung zu beschleunigen und zum anderen Schnittstellenkonflikte zu minimieren, um so eine höhere

Beschäftigtenzufriedenheit zu erreichen. Das Konzept soll bis Mitte des Jahres 2014 erstellt sein.

Eingliederungsstrategien für 25-Jährige und ältere Arbeitsuchende

Die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die älter als 25 Jahre sind (bzw. unter 25-jährig aber mit abgeschlossener Berufsausbildung[42]), werden zunächst von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Leistungssachbearbeitung im Rahmen der Antragsprüfung mittels eines so genannten Grobprofilings hinsichtlich einer zielorientierten Eingliederungsstrategien aufgeteilt. Diese zielorientierte Strategietypisierung ist das zentrale Instrument der KlientenInnensteuerung.

Die Zuständigkeit (persönliche/r Ansprechpartner/in) für eine Kundin/ einen Kunden (LS oder FM) wird durch das Grobprofiling festgelegt. Bei Zuweisung zum Fallmanagement erfolgt hier

- die Festlegung von zeitlich begrenzten ziel- und kundenorientierten Eingliederungsstrategien,
- die Bereitstellung von passgenauen Eingliederungsleistungen für unterschiedliche Strategietypen.

In der zielorientierten Strategietypisierung wird zwischen acht unterschiedlichen Strategietypen unterschieden, welche sich wiederum zu drei Zielbereichen zuordnen lassen.

Die Festlegung einer Strategie verfolgt einen ressourcen- und vor allem zielorientierten Ansatz im Hinblick auf die Leitziele „Integration in nachhaltige Erwerbstätigkeit“ sowie „Unabhängigkeit von Transferleistungen“.

Ausgehend vom später folgenden Tiefenprofiling trifft das Fallmanagement im Dialog mit den Klientinnen und Klienten die Entscheidung, ob bzw. welche Ressourcen gestärkt werden sollen. Ist die Ausweitung unterschiedlicher Ressourcen notwendig, so werden diese priorisiert. Anhand dieser Priorisierung werden die vorrangige Strategie (Strategietyp), sowie das vorrangige Etappenziel ausgewählt. Es wird somit hervorgehoben, dass die Auswahl einer Strategie die ganzheitliche Betrachtung der Klientinnen und Klienten voraussetzt. Auch Merkmale wie geringfügige oder gar sozialversicherungspflichtige Beschäftigung müssen daher nicht zwangsläufig die Strategiewahl maßgeblich beeinflussen.

Abbildung 22: Zielorientierte Eingliederungsstrategien für über 25-Jährige in Wiesbaden

Leitziel
Integration in Erwerbstätigkeit
Unabhängigkeit von Transferleistungen

Zielbereich	Strategietyp	Zielbeschreibung
1. Arbeitsmarkt	A	Ausweitung des Erwerbseinkommens aus sozialversicherungspflichtiger oder selbständiger Tätigkeit
	B	Direkte Arbeitsmarktintegration (sozialversicherungspflichtig oder selbständig) mit und ohne speziellen Förderungsangeboten
2. Arbeitsmarkt	C	Arbeitsmarktintegration mittelfristig angestrebt - Ausweitung beruflicher Qualifikationen sowie berufliche (Neu-) Orientierung, Aufbau und Erhalt der Nähe zum 1. AM
	D	Arbeitsmarktintegration längerfristig angestrebt - zunächst Arbeitserprobung und -gewöhnung, soziale Stabilisierung, Ausweitung der Beschäftigungs- und/ oder Qualifizierungsfähigkeit
	E	Diagnose von Ressourcen und Ziel- bzw. Strategieermittlung
Materielle Grundsicherung	X	Vorübergehende materielle Grundsicherung - temporär keine Arbeitsmarktintegration oder Ausweitung von Erwerbseinkommen möglich
	Y	Längerfristig materielle Grundsicherung - Längerfristig keine Arbeitsmarktintegration oder Ausweitung von Erwerbseinkommen möglich
	Z	Einmündung in das Fallmanagement

Quelle: Kommunales Jobcenter Wiesbaden

Die Auswahl eines Strategietyps stellt immer eine Momentaufnahme dar. Sie ist daher im Laufe des Beratungsprozesses ständig zu hinterfragen und an die aktuellen Entwicklungen der Klientinnen und Klienten anzupassen.

Eingliederungsstrategien für unter 25-Jährige ohne Berufsausbildung

Alle unter 25-jährigen erwerbsfähigen Leistungsberechtigten, die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen, werden umgehend nach der Leistungsbewilligung von der Leistungssachbearbeitung zur Ausbildungsagentur der Landeshauptstadt Wiesbaden GmbH als beliehener Träger des Fallmanagements für unter 25-Jährige ohne abgeschlossene Berufsausbildung zugewiesen. Ein gesondertes Verfahren gibt es für Schülerinnen und Schüler an allgemeinbildenden Schulen bzw. Berufsfachschulen und Erziehungsleistende mit Kindern unter 3 Jahren ohne Erwerbswunsch: Schülerinnen und Schüler in Abschlussklassen werden spätestens 10 Monate vor dem geplanten Schulabschluss und Erziehungsleistende zu dem Zeitpunkt, an dem das jüngste Kind das 2. Lebensjahr vollendet, durch die Leistungssachbearbeitung zur Beratung an die Ausbildungsagentur verwiesen. Auch durch eine intensive Kooperation mit der Schulsozialarbeit, die das Amt für Soziale Arbeit an allen Wiesbadener Haupt- und Gesamtschulen eingerichtet hat, ist eine frühzeitige und

engmaschige berufliche Orientierung der Schülerinnen und Schüler in den Abgangsjahrgängen sichergestellt.

Die Eingliederungsstrategie der Stadt Wiesbaden für unter 25-Jährige zielt darauf, möglichst viele junge Menschen zu einer abgeschlossenen Berufsausbildung zu führen. Die Ausbildungsagentur der Landeshauptstadt Wiesbaden arbeitet hierzu mit unterschiedlichen **zielorientierten Eingliederungsstrategien**, je nach Zielgruppe:

Tabelle 21: Strategietypisierung für die unter 25-Jährigen Leistungsberechtigten ohne Berufsausbildung in Wiesbaden

Ziel	A	B	C	D	E	S
aktuelle Zielbe-schreibung	Integration in **Ausbildung**	Integration in **Beschäftigung**	**Vorbereitung auf die Integration** in Ausbildung oder Beschäftigung	**Aktivierung**	**Diagnose**	**Schüler** weiterführender Schule
Zielgruppe	Kunden, die im laufenden Ausbildungsjahr für die Aufnahme einer Ausbildung vorgesehen sind	Kunden, die aktuell für die Aufnahme einer Beschäftigung vorgesehen sind	Kunden, die mittels versch. Maßnahmen auf die Aufnahme einer Ausbildung oder Beschäftigung vorbereitet werden	Kunden, die bisher mit Angeboten des Fallmanagements nicht erreicht werden konnten und für die es aktuell keine zielführende Planung gibt	Kunden, bei denen noch keine eindeutige Strategie vorliegt, die Ressourcen unklar sind bzw. das Profiling noch nicht abgeschlossen ist	Schüler, die einen weiteren Schulbesuch anstreben und bei denen diese Planung durch das Fallmanagement unterstützt und überwacht wird
Typische Eingliederungs-leistungen	• AGS • BVB • BaE • Bewerbungs-training • Betriebliche Praktika • …	• Drittvermittlung • Job plus • Bewerbungs-training • Betriebliche Praktika • …	• Niederschwellige Angebote • AGH • BvB • FbW • Betriebliche Praktika • …	• Blitzstart • Trainingszentrum • …	• AGH • Betriebliche Praktika • Trainingszentrum • …	• keine
Zeitlicher Rahmen	-	-	-	-	• bis zu 6 Monate	-

Anmerkung: Strategietypen X und Z sind analog der Zielstrategietypisierung für die über 25-Jährigen
Quelle: Kommunales Jobcenter Wiesbaden

IX. Ausgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende

In der Grundsicherung für Arbeitsuchende gibt es den Bund und die Kommune als Kostenträger. Folgend werden die Ausgaben für das Jahr 2013 untergliedert dargestellt.

Der **Bund** trägt

- die Ausgaben für das Arbeitslosen- und Sozialgeld einschließlich der Mehrbedarfe,
- die Beiträge zur Sozialversicherung (Kranken- und Pflegeversicherung) soweit sie nicht von Dritten (z. B. Arbeitgebern) erbracht werden,
- 26,4 % der Kosten der Unterkunft[43],
- den entstehenden Verwaltungsaufwand für die Leistungsgewährung und Aktivierung der Leistungsberechtigten, allerdings ohne den Verwaltungsaufwand zur Ermittlung und Zahlbarmachung der Kosten der Unterkunft sowie zur Erbringung der kommunalen Leistungen (Eingliederungsleistungen nach § 16a und Bildung und Teilhabe § 28 und 29 SGB II),
- die Teilnahmekosten für Eingliederungsleistungen von Arbeitsuchenden.
- Aufwendungen für Bildung und Teilhabe.

Die **Kommune** trägt

- 73,6 % der Kosten der Unterkunft,
- Einmalige Leistungen nach § 24 Abs. 3 SGB II (Erstausstattung für Wohnung einschl. Haushaltsgeräten, Erstausstattung für Bekleidung bei Schwangerschaft und Anschaffung bzw. Reparaturen von orthopädischen Schuhen oder die Reparatur sowie die Miete von therapeutischen Geräten),
- Eingliederungsleistungen nach § 16a SGB II (Aufwendungen für die Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder, die Pflege von Angehörigen, Schuldnerberatung, psychosoziale Betreuung und Suchtberatung, die für die Eingliederung in das Erwerbsleben erforderlich sind)
- den Verwaltungsaufwand für die kommunalen Leistungen. Seit April 2011 betragen sie aufgrund der Einführung des kommunalen Bildungs- und Teilhabepaket 15,2 % des Verwaltungsaufwandes des KJC.

Insgesamt beliefen sich die Ausgaben zum SGB II im Jahr 2013 auf 213,7 Mio. €, während sie in 2012 209,4 Mio. € betrugen (Tabelle 22). Dieser Anstieg in den Ausgaben des SGB II

---

[43] Der Anteil des Bundes an den reinen KdU-Leistungen beträgt seit Januar 2012 24,5 %; hinzukommen 1,9 % an Erstattung für Warmwasser.

ist sowohl bei den kommunalen als auch bei den Bundesmitteln zu verzeichnen. Wiederum sind unter den kommunalen Ausgaben erneut die Ausgaben für KdU gestiegen, ebenso haben sich die Ausgaben für BuT erhöht.

Tabelle 22: Ist-Ausgaben der Grundsicherung für Arbeitsuchende 2012 und 2013 in Wiesbaden

Stadt Wiesbaden	Ist-Ausgaben 2012		Ist-Ausgaben 2013
Lfd. Kosten der Unterkunft und Heizung	58.688.823,96 €		60.580.768,64 €
Leistungen für Mietschulden (Darlehen)	1.263.487,33 €		1.182.213,98 €
Einmalige Leistungen nach § 24 Abs. 3 SGB II	1.352.294,17 €	[r]	1.320.114,83 €
Kommunale Eingliederungsleistungen nach § 16a (2)	1.118.443,44 €		1.207.593,19 €
Kommunale Eingliederungsleistungen nach § 28 (BuT)-neu (2a)	2.152.268,45 €		2.723.100,33 €
Kommunaler Anteil Verwaltungskosten (2b)	3.246.903,51 €		3.254.769,08 €
Summe Ausgaben Wiesbaden	**67.822.220,86 €**		**70.268.560,05 €**
Summe Ausgaben Wiesbaden (ohne BuT)	**65.669.952,41 €**		**67.545.459,72 €**
Bund	**Ist-Ausgaben 2012**		**Ist-Ausgaben 2013**
Leistungen zum Lebensunterhalt (3)	61.633.822,18 €		63.193.763,67 €
Beitrag zur Krankenversucherung	19.546.161,06 €		19.469.496,84 €
Beiträge zur Rentenversicherung (3a)	214.590,72 €	-	2.091,57 €
Beiträge zur Pflegeversicherung	2.696.303,59 €		2.807.332,57 €
Lfd. Kosten der Unterkunft und Heizung (4)	21.051.461,86 €		21.730.058,31 €
Eingliederungsleistungen	16.165.537,90 €		15.409.530,13 €
Beschäftigungspakt Perspektiven 50plus (5)	2.124.560,71 €		2.690.284,34 €
Verwaltungskosten	18.114.303,80 €		18.158.185,38 €
Verwaltungskosten BuT	*755.375,83 €*		*823.108,27 €*
Summe Ausgaben Bund	**141.546.741,82 €**		**144.279.667,94 €**
Summe Ausgaben Bund (ohne Projekt 50plus)	**139.422.181,11 €**		**141.589.383,60 €**
Ausgaben SGB II insgesamt	**209.368.962,68 €**		**214.548.227,99 €**
Ausgaben SGB II insgesamt (ohne Projekt 50plus)	**207.244.401,97 €**		**211.857.943,65 €**

[r] = nachhträglich revidierter Wert
(1) Komm. Anteil an den Kosten der Unterkunft 2012: 73,6%
(2) teilweise Refinanzierung über Landesprogramm Arbeitsmarktbudget
(2a) nur Ausgaben für SGB II-Empfänger, ohne Gegenfinanzierung nach § 46 SGB II
(2b) Der komm. Anteil an den Verwaltungskosten betrug für das Jahr 2012: 15,2%
(3) Regelleistung, Mehrbedarfe und sonst. gesetzl. Leistungen gem. SGB II
(3a) Seit Januar 2011 sind die SGB II-Empfänger nicht mehr rentenversichert.
Bei dem ausgewiesenen Betrag handelt es sich um Nachzahlungen infolge v. Nachberechnungen
(4) Beteiligung des Bundes an den Kosten der Unterkunft 2012: 26,4%
(5) Summe Ausgaben Bundesprogramm Perspektive 50plus

Quelle: Amt für Soziale Arbeit, Abrechnung Bund, Finanzbuchhaltung SAP, Jahresabrechnung 2012 und 2013

Der Eingliederungstitel ist im Jahr 2013 um 15 % gesunken ist, nämlich auf 15,2 Mio. € die in diesem Jahr für Eingliederungsleistungen zur Verfügung standen.
Wie sich die tatsächlichen Ausgaben auf die einzelnen Maßnahmenarten verteilen, zeigt Tabelle 23:

Tabelle 23: Ausgaben für Eingliederungsleistungen nach Maßnahmearten in 2012 und 2013 in Wiesbaden

Kostenartbezeichnung	Kostenart	IST-Ausgaben/Einnahmen 2012	IST-Ausgaben/Einnahmen 2013
Arbeitsgelegenheiten	784781, 784913	**4.447.684,49 €**	**2.765.080,74 €**
Ausbildungsmaßnahmen	784779, 784790	**2.984.196,44 €**	**1.459.213,09 €**
Eingliederungszuschüsse	784774	**2.113.131,60 €**	**1.810.533,97 €**
Förderung der beruflichen Weiterbildung	784776, 784785	**1.908.367,88 €**	**2.124.275,20 €**
Vermittlung Dritte/inkl. Bewerbungsz. SGB II	784775, 784795	**1.314.079,43 €**	**1.206.274,99 €**
Niederschwellige Angebote i.R. §16 (2)	784903	**1.482.688,00 €**	**3.579.121,49 €**
Beschäftigungszuschuss § 16e	784784, 784940	**506.785,80 €**	**926.984,20 €**
Kostenübern. Mobilitätshilfen	784909	**358.705,98 €**	**286.391,72 €**
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung nach § 45 SGB III	784793,784794, 784796, 784777	**352.126,02 €**	**450.574,31 €**
Rehablitationsmaßnahmen	784907, 784912	**186.717,57 €**	**113.201,28 €**
Darl. f. Leist. gem. § 16f	784788	**57.403,42 €**	**56.515,46 €**
Bewerbungstraining § 16 (2)	784904	**79.239,17 €**	**56.124,94 €**
Darl. Existenzgründung §16c	784789	**46.271,49 €**	**25.865,03 €**
Einstiegsgeld § 29	784782	**49.692,73 €**	**32.207,62 €**
Freie Förderung §16f	784797, 784919	**41.294,36 €**	**166.181,17 €**
Existenzgründung gem § 16 (2)	784901	**53.300,88 €**	**285.578,27 €**
Ausbildungsbegleitende Hilfen	784911	**17.109,91 €**	**11.371,57 €**
Eingelöste Vermittlungsgutscheine	784902	**38.000,00 €**	**36.000,00 €**
Bewerbungskosten	784778	**41.660,10 €**	**18.035,08 €**
Altersteilzeit	784906	**- €**	**- €**
Sonstiges	784915	**- €**	**- €**
	Ausgaben	**16.078.455,27 €**	**15.409.530,13 €**
Rückzahlung von Eingliederungsleistungen	507213	**8.786,02 €**	**5.337,16 €**
Rückzahlung von Darlehen § 16 SGB II	507253	**22.852,50 €**	**23.543,06 €**
Erstattung aus Landesprogrammen	507821	**22.500,00 €**	**30.000,00 €**
	Einnahmen	**54.138,52 €**	**58.880,22 €**
	Ausg-Einn	**16.024.316,75 €**	**15.350.649,91 €**

Quelle: Amt für Soziale Arbeit, Abrechnung Bund, Finanzbuchhaltung SAP, Jahresabrechnung 2012 und 2013 (Stand: 16.5.2014); Eingliederungsleistungen zusammengefasst

X. Geschäftsstatistik: Grundsicherung für Arbeitsuchende Wiesbaden in Zahlen 2013

In diesem Kapitel wird nun die Geschäftsstatistik des kommunalen Jobcenters Wiesbaden aufgeführt. Diese besteht aus Daten, die aus OPEN zu einem aktuellen Zeitpunkt (t-0) gezogen und verarbeitet werden. Die sind unterschiedlich zu den Daten der BA – dies liegt an den unterschiedlichen Bezugszeiträumen:
Als SGB II-Leistungsberechtigte gelten hier alle Personen/Bedarfsgemeinschaften, die an mindestens einem Tag im Berichtsmonat Anspruch auf Arbeitslosen- oder Sozialgeld hatten. Die Daten werden in der 1. Woche des Folgemonats aus OPEN ausgewertet. Die amtliche Statistik der Bundesagentur für Arbeit hingegen ermittelt einen sogenannten Stichtagsbestand, meist zum 15. des Monats; diese Daten werden aber dann erst mit einem Zeitverzug von drei Monaten als endgültige Daten (sogenannte t-3-Daten) veröffentlicht.

Wichtig zu beachten:
Die Daten aus OPEN/PROSOZ für den Monat Dezember sind aufgrund von Software-Problemen nicht verfügbar, so dass in der Dezember-Spalte die Daten aus November doppelt aufgeführt werden.

Übersicht 1: SGB II-Bedarfsgemeinschaften

Bedarfsgemeinschaften		**Jan 13**	**Feb 13**	**Mrz 13**	**Apr 13**	**Mai 13**	**Jun 13**	**Jul 13**	**Aug 13**	**Sep 13**	**Okt 13**	**Nov 13**	**Dez 13**
Bedarfsgemeinschaften	abs.	14.708	14.786	14.912	14.939	14.914	14.901	14.905	14.849	14.822	14.775	14.740	14.740
Mitglieder pro Bedarfsgemeinschaft	Per-sonen	1,99	1,99	1,99	1,99	1,99	1,99	1,99	2,00	2,00	2,00	2,00	2,00

Übersicht 2: Struktur der Bedarfsgemeinschaften

		*3 Jan 13	Feb 13	Mrz 13	Apr 13	Mai 13	Jun 13	Jul 13	Aug 13	Sep 13	Okt 13	Nov 13	Dez 13
Bedarfsgemeinschaften insg.	**abs.**	**r 14.708**	**r 14.786**	**r 14.912**	**r 14.939**	**r 14.914**	**r 14.901**	**r 14.906**	**14.861**	**14.822**	**14.775**	**14.740**	**14.740**
	in %	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Bedarfsgemeinschaften ohne Kinder	**abs.**	**r 8.697**	**r 8.763**	**r 8.860**	**r 8.863**	**r 8.861**	**r 8.852**	**r 8.868**	**8.808**	**8.794**	**8.738**	**8.727**	**8.727**
	in %	59,1	59,3	59,4	59,3	59,4	59,4	59,5	59,3	59,3	59,1	59,2	59,2
darunter Alleinstehende Erwachsene	abs.	r 7.056	r 7.104	r 7.198	r 7.189	r 7.182	r 7.170	r 7.170	7.114	7.087	7.049	7.025	7.025
	in %	48,0	48,0	48,3	48,1	48,2	48,1	48,1	47,9	47,8	47,7	47,7	47,7
Bedarfsgemeinschaften mit Kindern	**abs.**	**r 5.960**	**r 5.969**	**r 5.996**	**r 6.020**	**r 5.999**	**r 5.998**	**r 5.990**	**5.991**	**5.977**	**5.985**	**5.959**	**5.959**
	in %	40,5	40,4	40,2	40,3	40,2	40,3	40,2	40,3	40,3	40,5	40,4	40,4
darunter Alleinerziehende	abs.	r 3.132	r 3.114	r 3.123	r 3.125	r 3.116	r 3.116	r 3.122	3.106	3.088	3.096	3.069	3.069
	in %	21,3	21,1	20,9	20,9	20,9	20,9	20,9	20,9	20,8	21,0	20,8	20,8
und zwar Alleinerziehende mit Kindern unter 3 Jahren	abs.	r 699	r 670	r 665	r 678	r 673	r 671	r 680	661	644	642	630	630
	in %	4,8	4,5	4,5	4,5	4,5	4,5	4,6	4,4	4,3	4,3	4,3	4,3
Anzahl der Kinder in der Bedarfsgemeinschaft													
mit einem Kind	abs.	r 2.839	r 2.845	r 2.869	r 2.875	r 2.869	r 2.860	r 2.846	2.838	2.826	2.837	2.835	2.835
	in %	48,0	48,0	48,1	48,0	48,1	47,9	47,7	47,6	47,5	47,6	47,7	47,7
mit zwei Kindern	abs.	r 2.003	r 2.007	r 2.011	r 2.035	r 2.023	r 2.030	r 2.060	2.057	2.054	2.044	2.027	2.027
	in %	33,9	33,9	33,7	34,0	33,9	34,0	34,5	34,5	34,5	34,3	34,1	34,1
mit drei und mehr Kindern	abs.	r 1.072	r 1.076	r 1.086	r 1.080	r 1.075	r 1.075	r 1.063	1.072	1.074	1.080	1.076	1.076
	in %	18,1	18,2	18,2	18,0	18,0	18,0	17,8	18,0	18,0	18,1	18,1	18,1

*Ab 01/2013 wurde die Auswertung der BG-Zusammensetzung umgestellt, was zu Verschiebungen innerhalb der Gruppen führt (weniger Alleinstehende -400). Durch die Berücksichtigung von Personen mit Ausschlussgrund (Partner, Kinder) werden die BG-Typen realitätsnäher.
Außerdem wurde zeitgleich die Definition der Alleinerziehenden umgestellt, indem nun dieser BG-Typ über den Mehrbedarf operationalisiert wird. Durch diese Umstellung erfolgte eine Reduktion der Fälle um ca. -120 (eine erste Umstellung der Definition in 3/2012 führte damals zu einem Zuwachs von +200); das muss in Jahresvergleichen berücksichtigt werden.
Es wurden die Daten bis einschließlich 07/13 revidiert.

Übersicht 3: Durchschnittliche Höhe des Anspruchs und der SGB II-Leistungen pro Bedarfsgemeinschaft (nur laufende Leistungen, keine Einmalzahlungen, ohne BuT)

Bedarfsart - Anspruch	*3) **Jan 13**	**Feb 13**	**Mrz 13**	**Apr 13**	**Mai 13**	**Jun 13**	**Jul 13**	**Aug 13**	**Sep 13**	**Okt 13**	**Nov 13**	**Dez 13**
Arbeitslosengeld u. Sozialgeld	644 €	642 €	644 €	645 €	645 €	646 €	646 €	647 €	647 €	647 €	648 €	648 €
+ Mehrbedarf	24 €	24 €	24 €	24 €	23 €	24 €	24 €	24 €	24 €	24 €	24 €	24 €
+ Krankenversicherung (2)	122 €	121 €	122 €	121 €	119 €	121 €	121 €	122 €	121 €	121 €	122 €	122 €
+ Kosten für Unterkunft (2)	437 €	436 €	437 €	438 €	437 €	437 €	438 €	440 €	440 €	441 €	442 €	442 €
+ Kosten für Heizung (2)	70 €	70 €	69 €	69 €	69 €	70 €	70 €	70 €	71 €	71 €	72 €	72 €
- angerechnete Einkünfte	385 €	385 €	384 €	388 €	390 €	392 €	389 €	393 €	397 €	397 €	400 €	400 €
= durchschnittliche Leistung pro BG und Monat	**912 €**	**908 €**	**911 €**	**910 €**	**904 €**	**906 €**	**910 €**	**910 €**	**907 €**	**905 €**	**906 €**	**906 €**
= durchschnittlicher Leistung pro Person und Monat	**459 €**	**456 €**	**458 €**	**457 €**	**454 €**	**455 €**	**456 €**	**456 €**	**454 €**	**454 €**	**453 €**	**454 €**

(3) Erhöhung der Regelsätze und Sozialversicherungsbeiträge

Übersicht 4: Personen mit Anspruch auf SGB II-Leistungen

Personen		Jan 13	Feb 13	Mrz 13	Apr 13	Mai 13	Jun 13	Jul 13	Aug 13	Sep 13	Okt 13	Nov 13	Dez 13
SGB II-Bezieher insg.	**abs.**	**29.241**	**29.420**	**29.653**	**29.751**	**29.676**	**29.686**	**29.714**	**29.636**	**29.591**	**29.480**	**29.438**	**29.438**
	in %	100%	100%	100%	100%	100%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
davon männlich	abs.	13.885	13.971	14.127	14.145	14.098	14.091	14.117	14.028	14.010	13.940	13.911	13.911
	in %	47,5%	47,5%	47,6%	47,5%	47,5%	47,5%	47,5%	47,3%	47,3%	47,3%	47,3%	47,3%
weiblich	abs.	15.356	15.449	15.526	15.606	15.578	15.595	15.597	15.608	15.581	15.540	15.527	15.527
	in %	52,5%	52,5%	52,4%	52,5%	52,5%	52,5%	52,5%	52,7%	52,7%	52,7%	52,7%	52,7%
dav. **ALG II-Bezieher** (1)	**abs.**	**19.934**	**20.052**	**20.230**	**20.274**	**20.254**	**20.255**	**20.285**	**20.182**	**20.139**	**20.032**	**20.001**	**20.001**
(eLb)	in %	68,2%	68,2%	68,2%	68,1%	68,3%	68,2%	68,3%	68,1%	68,1%	68,0%	67,9%	67,9%
davon männlich	abs.	9.205	9.271	9.385	9.368	9.357	9.357	9.364	9.288	9.264	9.225	9.214	9.214
	in %	46,2%	46,2%	46,4%	46,2%	46,2%	46,2%	46,2%	46,0%	46,0%	46,1%	46,1%	46,1%
weiblich	abs.	10.729	10.781	10.845	10.906	10.897	10.898	10.921	10.894	10.875	10.807	10.787	10.787
	in %	53,8%	53,8%	53,6%	53,8%	53,8%	53,8%	53,8%	54,0%	54,0%	53,9%	53,9%	53,9%
Bezieher von	**abs.**	**9.307**	**9.368**	**9.423**	**9.477**	**9.422**	**9.431**	**9.429**	**9.454**	**9.452**	**9.448**	**9.437**	**9.437**
Sozialgeld (2) (nef)	in %	31,8%	31,8%	31,8%	31,9%	31,7%	31,8%	31,7%	31,9%	31,9%	32,0%	32,1%	32,1%
davon männlich	abs.	4.680	4.700	4.742	4.777	4.741	4.734	4.753	4.740	4.746	4.715	4.697	4.697
	in %	50,3%	50,2%	50,3%	50,4%	50,3%	50,2%	50,4%	50,1%	50,2%	49,9%	49,8%	49,8%
weiblich	abs.	4.627	4.668	4.681	4.700	4.681	4.697	4.676	4.714	4.706	4.733	4.740	4.740
	in %	49,7%	49,8%	49,7%	49,6%	49,7%	49,8%	49,6%	49,9%	49,8%	50,1%	50,2%	50,2%

Personen mit auschl.	**abs.**	**177**	**180**	**171**	**160**	**175**	**168**	**165**	**151**	**141**	**145**	**135**	**135**
Fallmanagement-Leistunge	in %	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
davon männlich	abs.	122	129	129	125	131	125	118	108	98	92	83	83
	in %	68,9%	71,7%	75,4%	78,1%	74,9%	74,4%	71,5%	71,5%	69,5%	63,4%	61,5%	61,5%
weiblich	abs.	55	51	42	35	44	43	47	43	43	53	52	52
	in %	31,1%	28,3%	24,6%	21,9%	25,1%	25,6%	28,5%	28,5%	30,5%	36,6%	38,5%	38,5%

(1) **ALG II-Bezieher (eLb) = Erwerbsfähige Leistungsberechtigte zwischen 15 und 64 Jahren**
(2) **Sozialgeld-Bezieher (nef) = Nicht erwerbsfähige Angehörige des Leistungsberechtigten**

Übersicht 5: Altersstruktur der SGB II-Leistungsberechtigten

		Jan 13	Feb 13	Mrz 13	Apr 13	Mai 13	Jun 13	Jul 13	Aug 13	Sep 13	Okt 13	Nov 13	Dez 13
SGB II-Leistungs-	**abs.**	**29.241**	**29.420**	**29.653**	**29.751**	**29.676**	**29.686**	**29.714**	**29.636**	**29.591**	**29.480**	**29.438**	**29.438**
berechtigte insgesamt	**in %**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**	**100,0%**
dar. weiblich	**abs.**	**15.356**	**15.449**	**15.526**	**15.606**	**15.578**	**15.595**	**15.597**	**15.608**	**15.581**	**15.540**	**15.527**	**15.527**
	in %	**52,5%**	**52,5%**	**52,4%**	**52,5%**	**52,5%**	**52,5%**	**52,5%**	**52,7%**	**52,7%**	**52,7%**	**52,7%**	**52,7%**
unter 3 Jahre	abs.	1.839	1.825	1.836	1.858	1.836	1.850	1.843	1.828	1.807	1.813	1.783	1.783
	in %	6,3%	6,2%	6,2%	6,2%	6,2%	6,2%	6,2%	6,2%	6,1%	6,1%	6,1%	6,1%
dar. weiblich	abs.	886	880	888	902	888	906	891	900	880	890	874	874
	in %	48,2%	48,2%	48,4%	48,5%	48,4%	49,0%	48,3%	49,2%	48,7%	49,1%	49,0%	49,0%
3 bis unter 7 Jahre	abs.	2.571	2.631	2.649	2.637	2.625	2.606	2.623	2.646	2.621	2.598	2.583	2.583
	in %	8,8%	8,9%	8,9%	8,9%	8,8%	8,8%	8,8%	8,9%	8,9%	8,8%	8,8%	8,8%
dar. weiblich	abs.	1.304	1.336	1.342	1.332	1.328	1.317	1.320	1.331	1.322	1.317	1.310	1.310
	in %	50,7%	50,8%	50,7%	50,5%	50,6%	50,5%	50,3%	50,3%	50,4%	50,7%	50,7%	50,7%
7 bis unter 15 Jahre	abs.	4.414	4.430	4.452	4.486	4.464	4.474	4.465	4.470	4.483	4.491	4.508	4.508
	in %	15,1%	15,1%	15,0%	15,1%	15,0%	15,1%	15,0%	15,1%	15,1%	15,2%	15,3%	15,3%
dar. weiblich	abs.	2.159	2.172	2.170	2.181	2.182	2.185	2.175	2.189	2.187	2.200	2.223	2.223
	in %	48,9%	49,0%	48,7%	48,6%	48,9%	48,8%	48,7%	49,0%	48,8%	49,0%	49,3%	49,3%
15 bis unter 18 Jahre	abs.	1.345	1.340	1.357	1.357	1.358	1.373	1.378	1.367	1.379	1.386	1.401	1.401
	in %	4,6%	4,6%	4,6%	4,6%	4,6%	4,6%	4,6%	4,6%	4,7%	4,7%	4,8%	4,8%
dar. weiblich	abs.	652	661	664	688	684	693	695	680	682	682	692	692
	in %	48,5%	49,3%	48,9%	50,7%	50,4%	50,5%	50,4%	49,7%	49,5%	49,2%	49,4%	49,4%
18 bis unter 25 Jahre	abs.	2.229	2.289	2.315	2.324	2.325	2.338	2.387	2.344	2.338	2.277	2.257	2.257
	in %	7,6%	7,8%	7,8%	7,8%	7,8%	7,9%	8,0%	7,9%	7,9%	7,7%	7,7%	7,7%
dar. weiblich	abs.	1.273	1.301	1.309	1.311	1.315	1.314	1.345	1.325	1.324	1.278	1.271	1.271
	in %	57,1%	56,8%	56,5%	56,4%	56,6%	56,2%	56,3%	56,5%	56,6%	56,1%	56,3%	56,3%
25 bis unter 50 Jahre	abs.	12.029	12.088	12.182	12.183	12.161	12.134	12.122	12.129	12.121	12.080	12.073	12.073
	in %	41,1%	41,1%	41,1%	40,9%	41,0%	40,9%	40,8%	40,9%	41,0%	41,0%	41,0%	41,0%
dar. weiblich	abs.	6.769	6.792	6.819	6.831	6.816	6.815	6.810	6.828	6.819	6.812	6.800	6.800
	in %	56,3%	56,2%	56,0%	56,1%	56,0%	56,2%	56,2%	56,3%	56,3%	56,4%	56,3%	56,3%
50 bis unter 58 Jahre	abs.	2.977	2.975	2.998	3.030	3.022	3.037	3.022	3.004	2.988	2.990	2.982	2.982
	in %	10,2%	10,1%	10,1%	10,2%	10,2%	10,2%	10,2%	10,1%	10,1%	10,1%	10,1%	10,1%
dar. weiblich	abs.	1.423	1.424	1.437	1.455	1.446	1.453	1.440	1.440	1.451	1.447	1.435	1.435
	in %	47,8%	47,9%	47,9%	48,0%	47,8%	47,8%	47,7%	47,9%	48,6%	48,4%	48,1%	48,1%
58 bis unter 65 Jahre	abs.	1.837	1.842	1.864	1.876	1.885	1.874	1.874	1.848	1.854	1.845	1.851	1.851
	in %	6,3%	6,3%	6,3%	6,3%	6,4%	6,3%	6,3%	6,2%	6,3%	6,3%	6,3%	6,3%
dar. weiblich	abs.	890	883	897	906	919	912	921	915	916	914	922	922
	in %	48,4%	47,9%	48,1%	48,3%	48,8%	48,7%	49,1%	49,5%	49,4%	49,5%	49,8%	49,8%

Übersicht 6: Arbeitsmarktteilhabe der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten

Personen			Jan 13	Feb 13	Mrz 13	Apr 13	Mai 13	Jun 13	Jul 13	Aug 13	Sep 13	Okt 13	Nov 13	Dez 13
Leistungs-		abs.	**19.934**	**20.052**	**20.230**	**20.274**	**20.254**	**20.255**	**20.285**	**20.182**	**20.139**	**20.032**	**20.001**	**20.001**
berechtigte (eLb) insg.		in %	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%
davon	unter 25 Jahren	abs.	3.489	3.548	3.594	3.601	3.607	3.628	3.685	3.622	3.620	3.559	3.550	3.550
		in %	17,5%	17,7%	17,8%	17,8%	17,8%	17,9%	18,2%	17,9%	18,0%	17,8%	17,7%	17,7%
	über 25 Jahren	abs.	16.445	16.504	16.636	16.673	16.647	16.627	16.600	16.560	16.519	16.473	16.451	16.451
		in %	82,5%	82,3%	82,2%	82,2%	82,2%	82,1%	81,8%	82,1%	82,0%	82,2%	82,3%	82,3%
dav. **arbeitslos**		abs.	**7.659**	**7.737**	**7.901**	**7.950**	**8.008**	**7.985**	**8.149**	**8.114**	**7.854**	**7.697**	**7.816**	**7.816**
		in %	38,4%	38,6%	39,1%	39,2%	39,5%	39,4%	40,2%	40,2%	39,0%	38,4%	39,1%	39,1%
davon	unter 25 Jahren	abs.	708	757	771	794	755	719	793	850	787	707	694	694
		in %	20,3%	21,3%	21,5%	22,0%	20,9%	19,8%	21,5%	23,5%	21,7%	19,9%	19,5%	19,5%
	über 25 Jahren	abs.	6.951	6.980	7.130	7.156	7.253	7.266	7.356	7.264	7.067	6.990	7.122	7.122
		in %	42,3%	42,3%	42,9%	42,9%	43,6%	43,7%	44,3%	43,9%	42,8%	42,4%	43,3%	43,3%
dav. **erwerbstätig**		abs.	**6.672**	**6.614**	**6.615**	**6.625**	**6.659**	**6.687**	**6.653**	**6.694**	**6.755**	**6.776**	**6.807**	**6.807**
		in %	33,5%	33,0%	32,7%	32,7%	32,9%	33,0%	32,8%	33,2%	33,5%	33,8%	34,0%	34,0%
davon	unter 25 Jahren	abs.	771	754	736	710	716	724	699	687	738	755	769	769
		in %	22,1%	21,3%	20,5%	19,7%	19,9%	20,0%	19,0%	19,0%	20,4%	21,2%	21,7%	21,7%
	über 25 Jahren	abs.	5.901	5.860	5.879	5.915	5.943	5.963	5.954	6.007	6.017	6.021	6.038	6.038
		in %	35,9%	35,5%	35,3%	35,5%	35,7%	35,9%	35,9%	36,3%	36,4%	36,6%	36,7%	36,7%
dav. **ALG I - Aufstocker**		abs.	**524**	**576**	**624**	**629**	**586**	**573**	**546**	**527**	**545**	**535**	**526**	**526**
		in %	2,6%	2,9%	3,1%	3,1%	2,9%	2,8%	2,7%	2,6%	2,7%	2,7%	2,6%	2,6%
davon	unter 25 Jahren	abs.	57	62	65	70	64	64	67	55	64	57	49	49
		in %	1,6%	1,7%	1,8%	1,9%	1,8%	1,8%	1,8%	1,5%	1,8%	1,6%	1,4%	1,4%
	über 25 Jahren	abs.	467	514	559	559	522	509	479	472	481	478	477	477
		in %	2,8%	3,1%	3,4%	3,4%	3,1%	3,1%	2,9%	2,9%	2,9%	2,9%	2,9%	2,9%

Übersicht 7: Erwerbstätigkeit der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten

		Jan 13	Feb 13	Mrz 13	Apr 13	Mai 13	Jun 13	Jul 13	Aug 13	Sep 13	Okt 13	Nov 13	Dez 13
Erwerbstätige	**abs.**	**6.672**	**6.614**	**6.615**	**6.625**	**6.659**	**6.687**	**6.653**	**6.694**	**6.755**	**6.776**	**6.807**	**6.807**
-insgesamt-	**in %**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
dar. in geringfügiger Beschäftigung	abs.	2.427	2.423	2.395	2.400	2.390	2.378	2.340	2.351	2.328	2.290	2.324	2.324
	in %	36,4	36,6	36,2	36,2	35,9%	35,6%	35,2%	35,1%	34,5%	33,8%	34,1%	34,1%
in sozialversicherungs-pflichtiger Beschäftigung	abs.	3.629	3.573	3.576	3.581	3.628	3.656	3.680	3.694	3.768	3.842	3.839	3.839
	in %	54,4	54,0	54,1	54,1	54,5%	54,7%	55,3%	55,2%	55,8%	56,7%	56,4%	56,4%
in selbständiger Tätigkeit	abs.	616	618	644	644	641	653	633	649	659	644	644	644
	in %	9,2	9,3	9,7	9,7	9,6%	9,8%	9,5%	9,7%	9,8%	9,5%	9,5%	9,5%
mit mehreren Erwerbseinkommen	abs.	420	409	435	436	443	446	447	464	482	476	468	468
	in %	6,3	6,2	6,6	6,6	6,7	6,7	6,7	6,9	7,1	7,0	6,9	6,9
mit Brutto-Einkommen > 800 €	abs.	2.058	2.083	2.065	2.119	2.163	2.237	2.260	2.315	2.330	2.337	2.363	2.363
	in %	30,8	31,5	31,2	32,0	32,5%	33,5%	34,0%	34,6%	34,5%	34,5%	34,7%	34,7%
Erwerbsbeteiligung alle eLb	in %	**33,5**	**33,0**	**32,7**	**32,7**	**32,9%**	**33,0%**	**32,8%**	**33,2%**	**33,5%**	**33,8%**	**34,0%**	**34,0%**
Erwerbstätige	**abs.**	**3.509**	**3.510**	**3.545**	**3.550**	**3.537**	**3.549**	**3.541**	**3.551**	**3.607**	**3.599**	**3.598**	**3.598**
-Frauen-	**in %**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
dar. in geringfügiger Beschäftigung	abs.	1.407	1.408	1.422	1.416	1.402	1.393	1.377	1.376	1.387	1.363	1.383	1.383
	in %	40,1	40,1	40,1	39,9	39,6%	39,3%	38,9%	38,7%	38,5%	37,9%	38,4%	38,4%
in sozialversicherungs-pflichtiger Beschäftigung	abs.	1.841	1.834	1.842	1.852	1.855	1.874	1.885	1.892	1.939	1.955	1.943	1.943
	in %	52,5	52,3	52,0	52,2	52,4%	52,8%	53,2%	53,3%	53,8%	54,3%	54,0%	54,0%
in selbständiger Tätigkeit	abs.	261	268	281	282	280	282	279	283	281	281	272	272
	in %	7,4	7,6	7,9	7,9	7,9%	7,9%	7,9%	8,0%	7,8%	7,8%	7,6%	7,6%
mit mehreren Erwerbseinkommen	abs.	271	267	288	286	289	283	300	312	322	313	302	302
	in %	7,7	7,6	8,1	8,1	8,2	8,0	8,5	8,8	8,9	8,7	8,4	8,4
mit Brutto-Einkommen > 800 €	abs.	1.057	1.087	1.080	1.119	1.128	1.169	1.177	1.195	1.219	1.209	1.216	1.216
	in %	30,1	31,0	30,5	31,5	31,9%	32,9%	33,2%	33,7%	33,8%	33,6%	33,8%	33,8%
Erwerbsbeteiligung Frauen	in %	**32,7**	**32,6**	**32,7**	**32,6**	**32,5%**	**32,6%**	**32,4%**	**32,6%**	**33,2%**	**33,3%**	**33,4%**	**33,4%**
Erwerbstätige	**abs.**	**3.163**	**3.104**	**3.070**	**3.075**	**3.122**	**3.138**	**3.112**	**3.143**	**3.148**	**3.177**	**3.209**	**3.209**
-Männer-	**in %**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
dar. in geringfügiger Beschäftigung	abs.	1.020	1.015	973	984	988	985	963	975	941	927	941	941
	in %	32,2	32,7	31,7	32,0	31,6%	31,4%	30,9%	31,0%	29,9%	29,2%	29,3%	29,3%
in sozialversicherungs-pflichtiger Beschäftigung	abs.	1.788	1.739	1.734	1.729	1.773	1.782	1.795	1.802	1.829	1.887	1.896	1.896
	in %	56,5	56,0	56,5	56,2	56,8%	56,8%	57,7%	57,3%	58,1%	59,4%	59,1%	59,1%
in selbständiger Tätigkeit	abs.	355	350	363	362	361	371	354	366	378	363	372	372
	in %	11,2	11,3	11,8	11,8	11,6%	11,8%	11,4%	11,6%	12,0%	11,4%	11,6%	11,6%
mit mehreren Erwerbseinkommen	abs.	149	142	147	150	154	163	147	152	160	163	166	166
	in %	4,7	4,6	4,8	4,9	4,9	5,2	4,7	4,8	5,1	5,1	5,2	5,2
mit Brutto-Einkommen > 800 €	abs.	1.001	996	985	1.000	1.035	1.068	1.083	1.120	1.111	1.128	1.147	1.147
	in %	31,6	32,1	32,1	32,5	33,2%	34,0%	34,8%	35,6%	35,3%	35,5%	35,7%	35,7%
Erwerbsbeteiligung Männer	in %	**34,4**	**33,5**	**32,7**	**32,8**	**33,4%**	**33,5%**	**33,2%**	**33,8%**	**34,0%**	**34,4%**	**34,8%**	**34,8%**
Erwerbstätige	**abs.**	**771**	**754**	**736**	**710**	**716**	**724**	**699**	**687**	**738**	**755**	**769**	**769**
-15 bis unter 25 Jährige-	**in %**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	**100,0**	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%	100,0%
dar. in geringfügiger Beschäftigung	abs.	256	250	251	264	264	262	256	250	245	238	247	247
	in %	33,2	33,2	34,1	37,2	36,9%	36,2%	36,6%	36,4%	33,2%	31,5%	32,1%	32,1%
in sozialversicherungs-pflichtiger Beschäftigung	abs.	502	491	472	434	443	455	437	432	488	510	516	516
	in %	65,1	65,1	64,1	61,1	61,9%	62,8%	62,5%	62,9%	66,1%	67,5%	67,1%	67,1%
in selbständiger Tätigkeit	abs.	13	13	13	12	9	7	6	5	5	7	6	6
	in %	1,7	1,7	1,8	1,7	1,3%	1,0%	0,9%	0,7%	0,7%	0,9%	0,8%	0,8%
mit mehreren Erwerbseinkommen	abs.	17	16	16	13	12	6	10	14	20	19	16	16
	in %	2,2	2,1	2,2	1,8	1,7	0,8	1,4	2,0	2,7	2,5	2,1	2,1
mit Brutto-Einkommen > 800 €	abs.	52	60	61	50	55	70	72	65	69	64	66	66
	in %	6,7	8,0	8,3	7,0	7,7%	9,7%	10,3%	9,5%	9,3%	8,5%	8,6%	8,6%
Erwerbsbeteiligung 15 bis unter 25 Jährige	in %	**22,1**	**21,3**	**20,5**	**19,7**	**19,9%**	**20,0%**	**19,0%**	**19,0%**	**20,4%**	**21,2%**	**21,7%**	**21,7%**

Das Medianeinkommen entspricht dem Bruttoeinkommen aus Erwerbsarbeit, das 50 % der Erwerbstätigen im SGB II in dieser Kategorie erreichen.

Übersicht 8: Teilnehmerzahlen an Eingliederungsmaßnahmen

Art der Eingliederungsmaßnahme		Jan 13	Feb 13	Mrz 13	Apr 13	Mai 13	Jun 13	Jul 13	Aug 13	Sep 13	Okt 13	Nov 13	Dez 13	kum. bis Dez 13
		endgültig												
1. 1. Beratung, Vorbereitung und Unterstützung der Arbeitsuche														
1.1 Eingelöste Vermittlungsgutscheine (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 45 Absatz 4, Satz 3 SGB III)	TN	1	2	2	1	2	1	3	5	3	1	1	2	24
	dar. weibl. (%)	100,0	50,0	0,0	100,0	50,0	0,0	66,7	20,0	66,7	100,0	0,0	100,0	50,0
1.2 Beauftragung Dritter mit der Vermittlung (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 45 Abs. 1, Nr. 3 SGB III)	TN	373	331	358	336	331	297	184	184	185	183	193	190	1.039
	dar. weibl. (%)	37,5	35,3	36,0	33,0	32,3	31,0	35,9	38,6	37,8	36,1	37,8	37,9	37,2
1.3 Förderung aus dem Vermittlungsbudget (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 44 SGB III) - nachrichtlich -	TN	389	339	365	337	324	382	406	289	324	287	313	255	4.011
	dar. weibl. (%)	48,1	50,7	51,2	54,0	51,2	52,4	48,5	50,9	48,5	49,1	44,7	49,8	49,9
1.4 Teilnahmen an Maßnahmen zur Aktivierung und beruffl. Eingliederung (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 45 SGB III)	TN	571	622	633	584	505	526	578	564	622	640	623	573	2.863
	dar. weibl. (%)	48,5	47,9	49,0	48,5	48,3	46,0	45,0	43,6	42,3	46,7	46,7	48,0	45,3
Teilnehmer/innen insg. (ohne Einmalleistungen)	**TN**	**945**	**955**	**993**	**921**	**838**	**824**	**765**	**753**	**810**	**824**	**817**	**765**	**3.926**
	ter. weibl. (%)	**44,2**	**43,6**	**44,2**	**42,9**	**42,0**	**40,5**	**42,9**	**42,2**	**41,4**	**44,4**	**44,8**	**45,8**	**43,2**
2. Qualifizierung														
2.1 Berufliche Weiterbildung (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. §§ 81 ff. SGB III)	TN	219	211	226	195	191	160	129	137	154	171	166	119	596
	dar. weibl. (%)	54,3	50,7	50,0	43,6	46,1	49,4	54,3	49,6	55,2	55,0	53,0	50,4	48,0
2.2 Umschulungen (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. §§ 81 ff. SGB III)	TN	223	213	209	230	234	213	190	210	246	252	255	258	402
	dar. weibl. (%)	67,7	70,4	69,9	72,6	71,8	72,3	73,7	70,5	69,1	69,4	69,0	69,0	67,7
Teilnehmer/innen insg.	**TN**	**442**	**424**	**435**	**425**	**425**	**373**	**319**	**347**	**400**	**423**	**421**	**377**	**998**
	ter. weibl. (%)	**61,1**	**60,8**	**59,5**	**59,3**	**60,2**	**62,5**	**65,8**	**62,2**	**63,8**	**63,8**	**62,7**	**63,1**	**55,9**
3. Förderung der Berufsausbildung														
3.1 Berufsvorbereitende Maßnahme (BVB) (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 51 SGB III)	TN	84	82	80	79	74	68	50	19	53	66	66	63	176
	dar. weibl. (%)	34,5	36,6	38,8	38,0	37,8	36,8	34,0	26,3	28,3	27,3	31,8	31,7	32,4
3.2 Berufsausbildung Benachteiligter (BAE) (§ 16 Abs 1 SGB II i. V. m. § 76 SGB III)	TN	271	255	246	239	228	225	196	221	290	290	285	283	424
	dar. weibl. (%)	32,8	34,1	33,3	32,6	32,5	32,9	32,1	30,3	33,1	32,4	30,9	31,8	32,3
3.3 Wiesbaden EQ (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 54a SGB III)	TN	7	7	6	6	6	6	6	2	1	1	1	1	10
	dar. weibl. (%)	14,3	14,3	16,7	16,7	16,7	16,7	16,7	0,0	100,0	100,0	100,0	100,0	30,0
3.4 sonst. Förderung der Berufsausbildung	TN	8	9	8	7	7	7	6	5	1	2	2	2	10
	dar. weibl. (%)	50,0	44,4	50,0	57,1	57,1	57,1	50,0	60,0	0,0	50,0	50,0	50,0	50,0
Teilnehmer/innen insg.	**TN**	**370**	**353**	**340**	**331**	**315**	**306**	**258**	**247**	**345**	**359**	**354**	**349**	**620**
	ter. weibl. (%)	**33,2**	**34,6**	**34,7**	**34,1**	**34,0**	**34,0**	**32,6**	**30,4**	**32,5**	**31,8**	**31,4**	**32,1**	**32,6**
4. Beschäftigungsfördernde Maßnahmen														
4.1 Förderung abhängiger Beschäftigung (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. §§ 88 ff. SGB III bzw. §§ 417 ff. SGB III)	TN	278	261	246	240	239	237	243	237	223	210	191	172	531
	dar. weibl. (%)	39,2	41,0	41,9	40,4	43,9	43,5	42,4	42,2	42,6	43,3	42,4	40,7	42,2
4.2 Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) (§ 16e SGB II)	TN	57	57	57	57	56	56	54	54	54	56	56	56	63
	dar. weibl. (%)	21,1	21,1	21,1	21,1	19,6	19,6	20,4	20,4	20,4	21,4	21,4	21,4	20,6
4.3 Förderung der Selbständigkeit (§ 16b und § 16c SGB II)	TN	97	115	125	99	108	103	97	78	91	47	54	52	309
	dar. weibl. (%)	37,1	34,8	39,2	40,4	38,9	42,7	46,4	52,6	47,3	61,7	59,3	57,7	43,4
Teilnehmer/innen insg.	**TN**	**432**	**433**	**428**	**396**	**403**	**396**	**394**	**369**	**368**	**313**	**301**	**280**	**903**
	ter. weibl. (%)	**36,3**	**36,7**	**38,3**	**37,6**	**39,2**	**39,9**	**40,4**	**41,2**	**40,5**	**42,2**	**41,5**	**40,0**	**41,1**
5. Arbeitsgelegenheiten														
5.1 Arbeitsgelegenheiten (AGH) mit Mehraufwandsentschädigung (§ 16d SGB II)	TN	274	269	249	264	272	267	249	223	220	232	236	230	581
	dar. weibl. (%)	49,6	50,2	50,6	50,8	51,5	49,1	49,4	47,1	48,6	49,1	47,5	47,8	50,8
5.2 AGH mit Anleitung (§ 16d SGB II)	TN	534	498	482	470	468	455	455	419	422	399	372	343	1.034
	dar. weibl. (%)	32,6	32,7	29,5	28,3	28,6	28,4	29,7	30,3	29,6	29,8	32,0	32,9	32,0
Teilnehmer/innen insg.	**TN**	**808**	**767**	**731**	**734**	**740**	**722**	**704**	**642**	**642**	**631**	**608**	**573**	**1.615**
	ter. weibl. (%)	**38,4**	**38,9**	**36,7**	**36,4**	**37,0**	**36,0**	**36,6**	**36,1**	**36,1**	**36,9**	**38,0**	**38,9**	**38,8**
6. Freie Förderung														
6.1 Freie Förderung nach § 16f SGB II	TN	18	15	15	19	17	29	24	18	21	22	20	21	74
	dar. weibl. (%)	77,8	80,0	80,0	68,4	58,8	44,8	45,8	50,0	61,9	54,5	60,0	52,4	54,1
6.2 Darlehen (§ 16f SGB II)	TN	3	5	2	6	4	3	13	5	9	9	8	7	74
	dar. weibl. (%)	0,0	0,0	0,0	33,3	0,0	66,7	15,4	20,0	22,2	11,1	50,0	42,9	23,0
Teilnehmer/innen insg.	**TN**	**21**	**20**	**17**	**25**	**21**	**32**	**37**	**23**	**30**	**31**	**28**	**28**	**148**
	ter. weibl. (%)	**66,7**	**60,0**	**70,6**	**60,0**	**47,6**	**46,9**	**35,1**	**43,5**	**50,0**	**41,9**	**57,1**	**50,0**	**38,5**
7. Flankierende Leistungen														
7.1 Schuldnerberatung (§ 16a Nr. 2 SGB II)	TN	170	169	183	172	175	161	160	148	154	140	138	140	353
	dar. weibl. (%)	44,7	43,2	42,6	45,9	45,1	47,2	46,3	47,3	45,5	46,4	47,8	49,3	42,5
7.2 Suchtberatung (§ 16a Nr. 4 SGB II)	TN	39	43	44	51	49	50	48	50	50	53	58	57	115
	dar. weibl. (%)	12,8	16,3	18,2	15,7	16,3	18,0	16,7	20,0	22,0	20,8	19,0	21,1	16,5
7.3 Kinderbetreuung (§ 16a Nr. 1 SGB II)	TN	191	183	179	172	171	165	157	135	132	130	128	125	321
	dar. weibl. (%)	91,6	92,9	92,7	93,6	94,2	93,9	94,3	94,1	94,7	94,6	94,5	94,4	93,1
7.4 psycho-soziale Leistungen (§ 16a Nr. 3 SGB II)	TN	27	30	28	25	24	22	19	18	19	17	16	17	58
	dar. weibl. (%)	37,0	43,3	42,9	44,0	50,0	45,5	52,6	55,6	63,2	70,6	56,3	47,1	46,6
Teilnehmer/innen insg.	**TN**	**427**	**425**	**434**	**420**	**419**	**398**	**384**	**351**	**355**	**340**	**340**	**339**	**847**
	ter. weibl. (%)	**60,0**	**58,8**	**58,1**	**59,0**	**59,2**	**60,3**	**59,9**	**59,0**	**58,0**	**58,5**	**58,2**	**58,7**	**58,4**
8. Integrations- und Sprachkurse für Migranten														
8.1 Integrationskurse für Migranten (BAMF) (§ 44 AufenthG)	TN	606	610	626	638	605	678	516	562	672	616	652	604	2.291
	dar. weibl. (%)	62,7	61,0	62,1	61,1	61,0	59,9	59,1	59,6	58,2	58,0	56,0	59,1	60,1
8.2 berufsbezogene Sprachkurse für Migranten (BAMF)	TN	37	59	44	43	43	41	83	48	45	44	42	84	174
	dar. weibl. (%)	83,8	72,9	65,9	67,4	67,4	68,3	63,9	56,3	55,6	56,8	57,1	61,9	66,7
Teilnehmer/innen insg.	**TN**	**643**	**669**	**670**	**681**	**648**	**719**	**599**	**610**	**717**	**660**	**694**	**688**	**2.465**
	ter. weibl. (%)	**63,9**	**62,0**	**62,4**	**61,6**	**61,4**	**60,4**	**59,8**	**59,3**	**58,0**	**57,9**	**56,1**	**59,4**	**60,5**
9. Drittfinanzierte Projekte und auslaufende Förderinstrumente														
9.1 Perspektive 50plus (aus Pakt-Mitteln des Bundes)	TN	461	488	454	493	547	625	618	615	622	624	620	593	1.358
	dar. weibl. (%)	54,7	53,9	54,0	53,1	53,0	52,5	49,7	49,8	49,7	50,8	50,2	49,7	50,1
9.2 sonst. Ausbildungen (Drittmittel)	TN	33	32	32	41	41	39	36	46	40	40	40	39	64
	dar. weibl. (%)	78,8	78,1	78,1	85,4	85,4	84,6	86,1	78,3	85,0	85,0	85,0	84,6	79,7
9.3 sonstige drittfinanzierte Projekte	TN	48	55	62	54	53	60	56	77	75	71	85	91	231
	dar. weibl. (%)	83,3	80,0	80,6	81,5	73,6	73,3	71,4	71,4	69,3	67,6	65,9	63,7	68,8
Teilnehmer/innen insg.	**TN**	**542**	**575**	**548**	**588**	**641**	**724**	**710**	**738**	**737**	**735**	**745**	**723**	**1.653**
	ter. weibl. (%)	**58,7**	**57,7**	**58,4**	**58,0**	**56,8**	**55,9**	**53,2**	**53,8**	**53,6**	**54,3**	**53,8**	**53,4**	**53,8**
Gesamt (Eingliederungsstatistik)	**TN**	**4.630**	**4.621**	**4.596**	**4.521**	**4.450**	**4.494**	**4.170**	**4.080**	**4.404**	**4.316**	**4.308**	**4.122**	**13.175**
	ter. weibl. (%)	**49,2**	**48,9**	**49,0**	**48,6**	**48,7**	**48,6**	**48,4**	**48,3**	**48,0**	**48,8**	**48,7**	**49,5**	**48,5**
zum Vergleich														
Gesamt - ohne Flankierende Leistungen -	**TN**	**4.203**	**4.196**	**4.162**	**4.101**	**4.031**	**4.096**	**3.786**	**3.729**	**4.049**	**3.976**	**3.968**	**3.783**	**12.328**
	ter. weibl. (%)	**48,1**	**47,9**	**48,0**	**47,6**	**47,6**	**47,4**	**47,2**	**47,3**	**47,1**	**48,0**	**47,9**	**48,7**	**47,6**

Übersicht 9: Kurzerläuterungen zu den Eingliederungsmaßnahmen (Rechtsgrundlagen ab 01.04.2012)

1. Beratung, Vorbereitung und Unterstützung der Arbeitsuche		
1.1	Vermittlungsgutschein (§16 Abs. 1 SGB II in Verbindung mit §421g SGB III	Instrument zur Unterstützung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten bei der Arbeitsplatzsuche. Die Kommunale Arbeitsvermittlung verpflichtet sich, an einen privaten Arbeitsvermittler einen bestimmten Betrag zu zahlen, wenn dieser den Inhaber des Vermittlungsgutscheins in eine mindestens 15 Wochenstunden umfassende sozialversicherungspflichtige Tätigkeit vermittelt.
1.2	Beauftragung Dritter mit der Vermittlung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V. m. § 45 Abs. 1 Nr. 3 SGB III)	Beauftragung Dritter mit der Vermittlung entsprechend des ehemaligen § 37 SGB III. Dieses Angebot erhalten erwerbsfähige Leistungsberechtigte, die eine realistische Vermittlungschance auf dem 1. Arbeitsmarkt haben.
1.3	Förderung aus dem Vermittlungsbudget (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V. m. § 44 SGB III)	Individuelle Eingliederungsleistungen zur Anbahnung oder zur Aufnahme einer Ausbildung sowie einer versicherungspflichtigen Tätigkeit, z.B. Bewerbungskosten, Reisekosten, Mobilitätsbeihilfen oder sonstige Kosten und Gebühren. Die Förderungen aus dem Vermittlungsbudget werden nicht als „ Aktivierung“ gezählt, da es sich dabei um Einmalleistungen handelt.
1.4	Teilnahmen an Maßnahmen zur Aktivierung und berufl. Eingliederung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V. m. § 45 SGB III)	Maßnahmen zur Heranführung an den Ausbildungs- und Arbeitsmarkt. Feststellung, Verringerung oder Beseitigung von Vermittlungshemmnissen, Vermittlung in eine versicherungspflichtige Beschäftigung, Heranführung an eine selbständige Tätigkeit oder Stabilisierung einer Beschäftigungsaufnahme (z. B.: Berufsorientierungskurse, Bewerbungscoaching)
2. Qualifizierung		
2.1	Berufliche Weiterbildung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V. m. §§ 81 ff SGB III)	Berufliche Fortbildungsmaßnahmen i.S. des SGB III, die, aufbauend auf vorhandenen Berufserfahrungen, weiterführende umfassende Fachkenntnisse vermitteln.
2.2	Umschulungen (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V. m. §§ 81 ff SGB III)	Weiterbildungsmaßnahmen (Umschulungsmaßnahmen), die zu einem anerkannten Berufsabschluss führen.
3. Förderung der Berufsausbildung		
3.1	Berufsvorbereitende Maßnahmen (BVB) § 51 SGB III	10-monatige von der Agentur für Arbeit angebotene Berufsvorbereitungsmaßnahmen für Jugendliche und junge Erwachsene, die noch keinen Ausbildungsplatz gefunden haben. Die berufliche Orientierung, verbunden mit betrieblichen Praktika, verbessern die Aussichten auf einen Ausbildungsplatz. Es besteht die Möglichkeit, den Hauptschulabschluss nachzuholen.
3.2	Berufsausbildung Benachteiligter in außerbetrieblichen Einrichtungen (BaE) (§ 16 Abs. 1 SGB II in Verbindung mit § 76 SGB III)	Ziel ist der erfolgreiche Abschluss einer Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf nach § 25 BBiG. Angestrebt wird der Übergang in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis nach dem ersten oder zweiten Ausbildungsjahr.
3.3	Wiesbaden EQ (§ 16 Abs. 1 SGB II in Verbindung mit § 54a SGB III)	Die Einstiegsqualifizierung (EQ) wendet sich an Jugendliche und junge Erwachsene unter 25 Jahren, die einen Ausbildungsplatz suchen und bis zum 30. September des Jahres noch nicht vermittelt sind. Bei gleichzeitiger Teilnahme am Berufsschulunterricht besteht die Möglichkeit der Anerkennung als erstes Ausbildungsjahr.

4. Beschäftigungsfördernde Maßnahmen		
4.1	Förderung abhängiger Beschäftigung (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. §§ 88 ff SGB III bzw. §§417 ff SGB III)	Arbeitgeber können zur Eingliederung von förderungsbedürftigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Zuschüsse zu den Arbeitsentgelten (Eingliederungszuschuss / EGZ) zum Ausgleich von Minderleistungen erhalten. Arbeitgeber erhalten dadurch einen Anreiz für die Einstellung von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten mit Vermittlungshemmnissen.
4.2	Förderung von Arbeitsverhältnissen (FAV) (§ 16e SGB II)	Arbeitgeber können zur Eingliederung in Arbeit von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten mit erheblichen Vermittlungshemmnissen einen Beschäftigungszuschuss als Ausgleich der zu erwartenden Minderleistungen des Arbeitnehmers und einen Zuschuss zu sonstigen Kosten erhalten. Zielgruppe: Bewerbertyp D/E der für Wiesbaden entwickelten zielorientierten Bewerbertypisierung im SGB II. Der Beschäftigungszuschuss beträgt als Regelförderung 75% des tariflichen oder ortsüblichen Arbeitsentgeltes und wird als Regelförderungszeit für bis zu 24 Monate gewährt.
4.3	Förderung der Selbständigkeit (§ 16b SGB II, § 16c SGB II)	a) Einstiegsgeld nach § 16b SGB II Zuschuss zum Einkommen aus Erwerbstätigkeit, wenn dies zum Zwecke der Eingliederung in den allgemeinen Arbeitsmarkt erforderlich erscheint und die Fördervoraussetzungen erfüllt sind (Ermessensleistung). b) Leistungen zur Eingliederung von Selbstständigen nach § 16c, Absatz 1, SGB II Zuschüsse und Darlehen zur Beschaffung von Sachgütern für Existenzgründer und Selbstständige. c) Leistungen zur Eingliederung von Selbstständigen nach § 16c, Absatz 2, SGB II Beratung und Kenntnisvermittlung für bereits Selbständige
5. Arbeitsgelegenheiten		
5.1	AGH mit Mehraufwands-entschädigung (§ 16d SGB II)	Bei den Arbeitsgelegenheiten handelt es sich um nicht versicherungspflichtige Beschäftigungen von erwerbsfähigen Leistungsberechtigten. Die Arbeiten sind zusätzlich und im öffentlichen Interesse und begründen kein Arbeitsverhältnis im Sinne des Arbeitsrechts. Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Arbeitsgelegenheiten erhalten für die Dauer der Tätigkeit zuzüglich zum Arbeitslosengeld II eine Mehraufwandsentschädigung.
5.2	AGH mit Mehraufwands-entschädigung und Fachanleitung (§ 16d SGB II)	Arbeitsgelegenheiten bei Beschäftigungsgesellschaften. Die Beschäftigungsträger erhalten für die Kosten der fachlichen Anleitung eine Kostenpauschale. Teilnehmer/Teilnehmerinnen an Arbeitsgelegenheiten erhalten für die Dauer der Tätigkeit zuzüglich zum Arbeitslosengeld II eine Mehraufwandsentschädigung.
6. Freie Förderung		
6.1	Freie Förderung nach § 16f SGB II	Förderung von Einzelmaßnahmen, die nicht nach § 16 SGB II i. V. m. SGB III gefördert werden können, oder Leistungen des SGB II und III aufstocken, wenn diese nicht ausreichen, um das individuelle Ziel zu erreichen. Auch die Förderung von Projekten zur Anschubfinanzierung ist möglich.
6.2	Darlehen (§ 16f SGB II)	Zur Integration in den 1. Arbeitsmarkt kann als Eingliederungsleistung ein Darlehen gewährt werden, wenn z. B. ein konkretes Angebot für eine Festeinstellung vorliegt (z.B. Führerschein).
7. Flankierende Leistungen		
7.1	Schuldnerberatung (§ 16a Nr.2 SGB II)	Schuldnerberatungen sind kommunale Eingliederungsleistungen, die von verschiedenen Trägern für Menschen mit Schuldenproblemen angeboten werden. Primäres Ziel der Einzelberatung ist es, durch geeignete Maßnahmen das Auskommen der Bedarfsgemeinschaft zu sichern, eine soziale Stabilisierung zu erreichen und mittel- bzw. langfristig eine Schuldenreduzierung / -befreiung zu realisieren.
7.2	Suchtberatung (§ 16a Nr.4 SGB II)	Angebote für erwerbsfähige Leistungsberechtigte mit Suchtproblemen als kommunale Eingliederungsleistung.

7.3	Kinderbetreuung (§ 16a Nr.1 SGB II)	Vorrangige Nutzung des städtischen Kinderbetreuungsangebots. Wenn es den Eltern nicht gelingt, den Betreuungsbedarf im Wiesbadener Regelangebot oder im privaten Umfeld abzudecken, erhalten erwerbsfähige Leistungsberechtigte Unterstützung durch eine Betreuungsbedarfsmeldung (kommunale Eingliederungsleistung).
7.4	psycho-soziale Leistungen (§ 16a Nr. 3 SGB II)	Beratung, individuelle Hilfeplanung und Rehabilitationsbetreuung sowie medizinische Gutachten bei schweren psychischen Krisen, psychiatrischen Erkrankungen, Suchtproblemen, geistigen Behinderungen und unklaren seelischen Beeinträchtigungen (kommunale Eingliederungsleistung).
8. Integrations- und Sprachkurse für Migranten		
8.1	Integrationskurse für Migranten (BAMF) (§43-45 AufenthG/ Integrationskursverordnung)	Deutsch – Integrationskurse des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Die Kurse richten sich an Personen, die über geringe Kenntnisse der deutschen Sprache verfügen. Der Unterricht findet ausschließlich auf Grundkursniveau statt.
8.2	berufsbezogene Sprachkurse für Migranten (BAMF)	Aufbauende Sprachkurse mit berufsbezogenen Inhalten. Die Kursgruppen werden nach Berufsfeldern zusammengestellt.
8.3	Berufsbezogener Sprachkurs i.V. mit Arbeitsgelegenheiten	Verbesserung der Sprachkompetenz in einem arbeitsweltbezogenen Kontext durch die Kombination von Beschäftigung und Sprachunterricht.
9. Temporäre Projekte ohne konkrete Zuordnungsmöglichkeiten		
9.1	Perspektive 50plus (aus Paktmitteln des Bundes)	Die Maßnahmen zielen auf die Aktivierung und Vermittlung von 50-Jährigen und älteren Arbeitsuchenden.
9.2	Sonst. Ausbildungen (Drittmittel)	Ausbildungsmaßnahmen, die über Programme der Hessischen Landesregierung finanziert oder mit Mitteln des SGB II kombiniert werden.
9.3	Sonst. drittfinanzierte Projekte	Eingliederungsmaßnahmen, die in Kombination mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds entweder über Programme der Hessischen Landesregierung oder Bundesprogramme mit Mitteln des SGB II kombiniert werden.

Quelle: Maßnahmenmanagement des Kommunalen Jobcenters Wiesbaden

Übersicht 10: Trägerstatistik

Es werden die Träger ausgewiesen, die je nach Maßnahmeart die höchsten Teilnehmerzahlen (>= 50) im Jahr 2013 aufweisen; max. 3 Maßnahmen pro Träger

Maßnahmeart	**Träger**	**Teilnehmer 2013**
1.2 Beauftragung Dritter mit der Vermittlung	BauHaus Werkstätten Wiesbaden GmbH	350
	Volkshochschule Wiesbaden (vhs)	281
	Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft e. V.	168
1.4 Teilnahmen an Maßnahmen zur Aktivierung und berufl. Eingliederung (§ 46 SGB III)	BauHaus Werkstätten Wiesbaden GmbH	606
	Volkshochschule Wiesbaden (vhs)	661
	Wiesbadener Jugendwerkstatt	460
2.1 Berufliche Weiterbildung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 81 ff. SGB III)	Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft e. V.	95
	TARGET GmbH	55
2.2 Umschulungen (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 81 ff. SGB III)77 ff. SGB III)	Deutsche Angestellten Akademie GmbH	103
	Louise-Schroeder-Schule	53
3.1 Berufsvorbereitende Maßnahme (BVB) (§ 16 Abs. 1 SGB II i. V. m. § 51 SGB III)	Agentur für Arbeit Wiesbaden	175
3.2 Berufsausbildung Benachteiligter (BAE) (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. § 76 SGB III)	Wiesbadener Jugendwerkstatt	189
	Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft e. V.	99
	FRESKO e.V.	88
4.1 Förderung abhängiger Beschäftigung (§ 16 Abs. 1 SGB II i.V.m. §§ 88 ff. bzw. §§ 417 ff. SGB III)	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Wiesbaden e. V.	61
4.3 Förderung der Selbständigkeit (§ 16b und § 16c SGB II)	EXINA GmbH	181
5 Arbeitsgelegenheiten (§16d SGB II)	BauHaus Werkstätten Wiesbaden GmbH	251
	Wiesbadener Jugendwerkstatt	473
	Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V.	142
7.1 Schuldnerberatung (§16a Nr. 2 SGB II)	Caritasverband Wiesbaden-Rheingau-Taunus e.V.	133
	Diakonisches Werk Schuldnerberatung	118
	Arbeitsgemeinschaft Schelmengraben e.V.	83
7.2 Suchtberatung (§16a Nr. 4 SGB II)	Suchthilfezentrum Wiesbaden	60
	Caritasverband Wiesbaden e.V.	52
7.3 Kinderbetreuung	Kommunale Arbeitsvermittlung	160
	XENIA Interkulturelle Projekte GmbH	69
8.1 Integrationskurse für Migranten (BAMF) (§44 AufenthG)	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge	1227
8.2 berufsbezogene Sprachkurse	FRESKO e.V.	174
9.1 Perspektive 50plus (aus Pakt-Mitteln des Bundes)	BauHaus Werkstätten Wiesbaden GmbH	358
	Volkshochschule Wiesbaden (vhs)	426
	TERTIA Vermittlungsagentur GmbH	272
9.3 sonstige drittfinanzierte Projekte	FRESKO e.V.	61

Übersicht 11: Integrationen

Integrationen 2013	Januar	Fabruar	März	April	Mai	Juni	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Gesamt
Insgesamt	354	338	326	365	426	373	436	624	600	478	368	297	4.985
Geschlecht													
Männlich	201	173	189	203	254	215	289	344	324	288	219	182	2.881
Weiblich	153	165	137	162	172	158	147	280	276	190	149	115	2.104
Alter der eLb													
15 unter 25 Jahre	31	26	38	30	41	45	48	238	233	85	42	35	892
25 bis unter 50 Jahre	278	262	248	284	320	278	299	316	308	332	259	216	3.400
50 Jahre und älter	45	50	40	51	65	50	89	70	59	61	67	46	693
Beschäftigungsaufnahmen nach der Art													
Geförd. sv-pflichtige Beschäftigung	11	10	19	32	27	31	28	30	17	23	16	15	259
Ungeförd. sv-pflichtige Beschäftigung	310	286	282	303	369	312	374	359	364	375	308	248	3.890
Duale Berufsausbildung	*	9	5	8	*	3		199	172	34	18	16	464
Vollqualifizierende Berufsausbildung	0	0	0	*	0	*	0	11	14	8	1	0	34
Geförderte selbständige Tätigkeit	*	*	0	*	*	*	*	*	*	0	0	0	
Ungeförderte selbständige Tätigkeit	23	*	20	19	26	24	23	*	*	38	25	18	216

Quelle: Sonderauswertung der BA, Statistik Service-Südwest; eigene Darstellung

Übersicht 12: Kennzahlen nach § 48a SGB II

Kennzahl
K1 Veränderung der Summe der Leistungen zum Lebensunterhalt (= Arbeitslosengeld, Sozialgeld, Mehrbedarf und Einmalleistungen, jeweils vor Sanktion) im Berichtsmonat im Vergleich zum Vorjahresmonat

Monat	WI	MZ	DA	FFM	OF	Median V-Typ 4	Median neuer V-Typ IIe
Dezember 2012	2,2 %	5,9 %	6,3 %	2,6 %	8,8 %	1,6 %	
Durchschnitt Jan-Dez 2012	-1,6 %	3,2 %	3,6 %	1,3 %	2,6 %	-0,8 %	
Januar 2013	2,7 %	5,3 %	7,2 %	2,5 %	9,0 %	1,5 %	
Februar 2013	2,9 %	5,3 %	7,0 %	2,1 %	9,4 %	1,0 %	
März 2013	1,3 %	6,3 %	7,6 %	2,2 %	12,3 %	2,0 %	
April 2013	2,6 %	7,1 %	7,3 %	2,3 %	10,8 %	2,5 %	
Mai 2013	3,5 %	6,2 %	6,9 %	2,3 %	8,9 %	3,0 %	3,9 %
Juni 2013	4,1 %	7,3 %	6,6 %	3,2 %	7,5 %	3,6 %	4,4 %
Juli 2013	5,4 %	7,9 %	7,0 %	3,7 %	6,5 %	3,8 %	5,3 %
August 2013	4,2 %	7,5 %	7,4 %	3,7 %	4,5 %	4,1 %	5,0 %
September 2013	4,7 %	7,5 %	7,6 %	4,0 %	3,8 %	4,0 %	5,5 %
Oktober 2013	4,7 %	6,6 %	6,9 %	4,0 %	3,2 %	4,0 %	5,1 %
November 2013	5,4 %	6,5 %	6,9 %	4,3 %	3,8 %	3,2 %	5,4 %
Dezember 2013	5,2 %	6,7 %	6,6 %	4,4 %	3,8 %	3,6 %	5,1 %
Durchschnitt Jan-Dez 2013	3,9 %	6,7 %	7,1 %	3,2 %	7,0 %	3,0 %	4,9 %

Kennzahl
K2 Integrationsquote (Integration = Aufnahme sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, voll qualifizierende Berufsausbildung oder selbständige Tätigkeit mit und ohne Förderung)
Definition: Summe der Integrationen in den letzten 12 Monaten*100/durchschnittliche Zahl der eLb in den letzten 12 Monaten

Monat	WI	MZ	DA	FFM	OF	Median V-Typ 4	Median neuer V-Typ IIe
Dezember 2012	26,2 %	23,8 %	23,9 %	24,2 %	24,5 %	26,0 %	
Januar 2013	26,2 %	23,4 %	23,6 %	24,0 %	23,4 %	26,0 %	
Februar 2013	26,3 %	23,0 %	23,6 %	24,1 %	23,4 %	25,9 %	
März 2013	25,9 %	22,6 %	23,5 %	23,9 %	23,0 %	25,7 %	
April 2013	25,6 %	22,7 %	23,4 %	23,6 %	22,8 %	25,2 %	
Mai 2013	25,3 %	22,7 %	23,5 %	23,3 %	22,8 %	25,1 %	23,9 %
Juni 2013	25,4 %	22,7 %	23,7 %	23,4 %	22,9 %	25,0 %	23,9 %
Juli 2013	25,2 %	22,4 %	24,2 %	23,2 %	23,0 %	25,1 %	23,9 %
August 2013	24,8 %	21,6 %	23,8 %	22,9 %	23,0 %	24,9 %	23,7 %
September 2013	24,7 %	21,7 %	24,8 %	23,3 %	23,1 %	24,9 %	24,0 %
Oktober 2013	24,5 %	22,0 %	24,8 %	23,2 %	22,9 %	24,6 %	23,8 %
November 2013	24,2 %	21,9 %	24,7 %	23,1 %	23,1 %	24,4 %	23,9 %
Dezember 2013	24,1 %	21,5 %	24,7 %	23,0 %	23,3 %	24,3 %	23,9 %

Ergänzungsgröße
K2E4 Integrationsquote der Alleinerziehenden

Monat	WI	MZ	DA	FFM	OF	Median V-Typ 4	Median neuer V-Typ IIe
Dezember 2012	22,1 %	20,1 %	18,8 %	19,5 %	17,2 %	22,7 %	
Januar 2013	22,3 %	19,9 %	17,7 %	18,9 %	17,4 %	22,1 %	
Februar 2013	22,5 %	19,6 %	17,5 %	19,3 %	16,3 %	22,3 %	
März 2013	22,2 %	19,2 %	17,4 %	19,1 %	15,8 %	22,2 %	
April 2013	22,0 %	19,3 %	17,9 %	18,9 %	15,0 %	22,1 %	
Mai 2013	21,6 %	19,1 %	17,8 %	18,6 %	15,1 %	21,1 %	19,4 %
Juni 2013	21,2 %	19,4 %	18,3 %	18,5 %	15,4 %	21,1 %	19,2 %
Juli 2013	20,7 %	18,2 %	18,7 %	18,5 %	15,0 %	20,6 %	19,6 %
August 2013	20,7 %	16,6 %	17,9 %	18,2 %	15,3 %	20,6 %	19,0 %
September 2013	20,3 %	15,9 %	18,3 %	18,7 %	16,0 %	20,0 %	18,7 %
Oktober 2013	19,6 %	15,8 %	18,7 %	19,0 %	16,8 %	19,8 %	18,9 %
November 2013	19,2 %	15,4 %	18,5 %	18,6 %	16,5 %	20,3 %	18,6 %
Dezember 2013	18,9 %	15,5 %	18,1 %	18,7 %	16,2 %	20,0 %	18,5 %

K2E3 Nachhaltigkeit der Integrationen (ab 01/2012, Darstellung t-6)
(= Anteil der eLb mit Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung, die 12 Monate später noch oder wieder sv-pflichtig beschäftigt sind)

Monat	WI	MZ	DA	FFM	OF	Median V-Typ 4	Median neuer V-Typ IIe
September 2012	63,4 %	63,1 %	59,8 %	60,8 %	58,0 %	60,5 %	
Oktober 2012	63,6 %	63,0 %	60,2 %	60,9 %	58,4 %	60,6 %	
November 2012	63,2 %	62,3 %	59,5 %	60,3 %	58,4 %	60,4 %	
Dezember 2012	63,1 %	62,0 %	59,6 %	60,1 %	58,4 %	60,4 %	
Januar 2013	63,4 %	62,0 %	59,3 %	60,1 %	58,1 %	60,4 %	
Februar 2013	63,3 %	62,3 %	59,2 %	60,1 %	57,7 %	59,8 %	61,4 %
März 2013	62,9 %	61,9 %	58,4 %	60,0 %	57,6 %	59,1 %	61,7 %
April 2013	62,9 %	60,8 %	58,2 %	59,8 %	57,2 %	58,8 %	61,1 %
Mai 2013	63,1 %	60,6 %	59,2 %	59,6 %	56,7 %	59,1 %	60,7 %
Juni 2013	63,0 %	60,9 %	59,0 %	59,3 %	56,1 %	59,0 %	60,6 %
Juli 2013	63,1 %	60,6 %	57,8 %	59,7 %	56,2 %	59,3 %	60,5 %
August 2013	63,2 %	59,6 %	59,4 %	59,5 %	56,3 %	59,8 %	60,3 %
September 2013	63,2 %	59,6 %	59,2 %	59,5 %	56,9 %	59,6 %	60,4 %

Kennzahl
K3 Veränderung des Bestandes an Langzeitleistungsbeziehern (Langzeitbezug = eLb >= 17 Jahren, die in den letzten 24 Monaten mindestens 21 Monate hilfebedürftig waren)
Definition: (Zahl der Langzeitbezieher im Berichtsmonat /Zahl der Langzeitbezieher im Vorjahresmonat-1) * 100

Monat	WI	MZ	DA	FFM	OF	Median V-Typ 4	Median neuer V-Typ IIe
Dezember 2012	-3,1 %	0,2 %	0,5 %	-2,2 %	-1,6 %	-3,7 %	
Durchschnitt Jan-Dez 2012	-2,3 %	0,1 %	-3,0 %	-2,3 %	-4,0 %	-3,3 %	
Januar 2013	-2,5 %	0,3 %	1,3 %	-2,0 %	-1,7 %	-3,1 %	
Februar 2013	-2,1 %	0,8 %	1,7 %	-1,8 %	-0,6 %	-3,0 %	
März 2013	-3,1 %	0,5 %	3,1 %	-1,2 %	5,9 %	-2,7 %	
April 2013	-2,6 %	0,6 %	3,7 %	-0,9 %	6,4 %	-2,6 %	
Mai 2013	-2,8 %	0,5 %	3,8 %	-1,0 %	3,9 %	-2,3 %	0,5 %
Juni 2013	-2,3 %	0,5 %	3,5 %	-0,8 %	3,0 %	-1,9 %	0,6 %
Juli 2013	-2,7 %	1,3 %	3,4 %	-0,3 %	2,5 %	-1,5 %	1,3 %
August 2013	-2,4 %	0,8 %	4,0 %	-0,5 %	0,6 %	-1,7 %	0,8 %
September 2013	-2,0 %	1,9 %	4,4 %	0,0 %	0,3 %	-1,4 %	0,9 %
Oktober 2013	-1,4 %	1,9 %	4,6 %	0,2 %	0,2 %	-1,1 %	1,0 %
November 2013	-0,9 %	1,5 %	4,6 %	0,4 %	1,6 %	-0,9 %	1,4 %
Dezember 2013	-1,3 %	2,0 %	4,3 %	0,2 %	2,6 %	-0,4 %	1,4 %
Durchschnitt Jan-Dez 2013	-2,2 %	1,0 %	3,5 %	-0,6 %	2,1 %	-1,9 %	1,0 %